Die deutsche Rechtsordnung verfällt S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 6 – 7. Februar 2015

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Schleusen öffnen sich: Die Solidität der Gemeinschaftswährung wird weiter untergraben

Bild: ddp images

Faule Kompromisse

Brüssel und Athen wollen die Wahrheit um jeden Preis weiter verstecken

Mit Tricks bei den Krediten und einer „Troika“ in neuem Gewande sollen die Bürger weiter hinters Licht geführt werden.

Kaum ist der Pulverdampf des Wahlkampfs und des Regierungswechsels in Griechenland verzogen, bastelt man in Athen und Brüssel bereits hastig an faulen Kompromissen. Athen will nun angeblich auf einen Schuldenerlass verzichten. Aus Rücksicht auf die Stimmung der Bürger in den Geberländern bringt der griechische Finanzminister Giannis Varoufakis unter anderem eine Umstellung der Kredite auf unbegrenzte Laufzeiten ins Spiel.

Er muss die deutschen Steuerzahler für erbärmliche Trottel halten. Selbst schlichte Gemüter wissen, dass ein unbefristeter Kredit nichts anders ist als eine Schenkung in anderem Gewande. Statt zurückzuzahlen, wartet man einfach ab, wie das Geld über die Generationen in der Sonne der Inflation verdampft.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bietet den Griechen im Gegenzug an, die dort verhasste „Troika“ abzuschaffen. Auch das ist nichts als Täuschung: Die Probleme verfliegen nicht dadurch, dass man ihre Zeugen verjagt. An die Stelle der Kontrolleure wird ein neues Gremium treten. Vielleicht eines, das „hilfreicher“ dabei ist, das Desaster mit schönen Formulierungen zuzukleistern, statt es beim Namen zu nennen.

> Die Rechnung wird kommen, und sie wird brutal sein

Das Dilemma, in welches sich die Akteure selbst manövriert haben, hat der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach in ein treffendes Bild gefasst: „Wenn Sie das Hemd schon mit dem ersten Knopf falsch zugeknöpft haben, können Sie weiter unten unmöglich richtig weiterknöpfen.“ Es geht den verantwortlichen Politikern nur noch darum, abermals „Zeit zu kaufen“. Dabei erhöhen sie jedoch den Abgrund immer weiter, in den die Euro-Zone unweigerlich stürzen wird.

Derweil werden die Deutschen mit den vermeintlichen Vorzügen des Euro bei Laune gehalten. Sie hätten einen neuen Rekordüberschuss beim Außenhandel erzielt, seien mit Abstand Exportweltmeister. Das hätten wir auch dem schwachen Euro zu verdanken, der deutsche Waren so billig mache.

Übersehen wird, dass dies ein vergiftetes Geschenk ist. Es war unter Ökonomen unbestritten, dass die harte Mark als Innovationstreiber fungierte. Weil die Deutschen teuer waren, mussten sie besser sein. So gelangten wir zur Weltspitze. Dieser Treiber ist nun weg, Resultat: Die Investitionen schrumpfen, Deutschland macht Gewinne als „Billigland“, womit unser qualitativer Wettbewerbsvorteil schwindet.

Auch mit noch mehr Krediten, Beschönigungen und Enteignungsmaßnahmen zulasten der Bürger wird das von Anfang an „falsch geknöpfte“ Euro- und Euro-Rettungs-Experiment nicht gelingen. Nach seinem Scheitern werden den Deutschen die Kosten und Versäumnisse knallhart präsentiert. Dieses Land wird dann weitaus ärmer und weniger wettbewerbsfähig sein. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Mieses Spiel

Ein Pastor steht in Bremen öffentlich am Pranger, weil er in einer Predigt ein klares Bekenntnis zum christlichen Glauben abgegeben hat. Unter anderem wandte er sich dagegen, die Unterschiede zwischen Christentum und Islam zu verwischen, und erklärte, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Außerdem rief er die Christen dazu auf, Buddha-Figuren aus ihren Wohnungen zu verbannen. Dafür wird Olaf Latzel von Medien, linksgrünen Politikern und sogar der eigenen Kirchenleitung als „Hassprediger“ und „geistiger Brandstifter“ angefeindet. Auch die Staatsanwaltschaft hat sich in diese Phalanx eingereiht und ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

Die Methode von Latzels Kritikern ist simpel. Anstatt seine Aussagen in ihrem Sinnzusammenhang wiederzugeben, pikken sie sich einzelne Passagen und Satzteile heraus und präsentieren sie als Beleg für seinen angeblichen religiösen Fundamentalismus. Und noch etwas fällt auf. Bei seinem „Rundumschlag“ bedachte Latzel den päpstlichen Segen, die Reliquienverehrung und die Heiligenverehrung mit Worten, die in ihrer Schärfe unangemessen waren und von der Katholischen Kirche als diffamierend angesehen werden können. Darüber jedoch verlieren die Empörten, auch die in der evangelischen Kirche, kein Wort. Ihr Lamento richtet sich nur gegen Latzels weitaus weniger scharf vorgebrachte Kritik an anderen Religionen, deren Ansehen ihnen offensichtlich wichtiger ist als das einer christlichen Konfession. Und wann eigentlich wird die Staatsanwaltschaft ermitteln, wenn in Moscheen fortgesetzt der Dschihad propagiert wird? Alles ein mieses Spiel.

Vorgezogener Plebiszit

Die EU-Mitgliedschaft ist das Thema im britischen Wahlkampf

In einem guten Vierteljahr wird im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland gewählt. Eigentlich müsste auf der Insel Zufriedenheit herrschen, denn die Arbeitslosigkeit liegt mit sechs Prozent so niedrig wie seit sechs Jahren nicht und die Wirtschaft befindet sich auf Wachstumskurs. Dennoch ist völlig ungewiss, ob Premierminister David Cameron und seine konservativen Tories an der Macht bleiben werden. Die parteipolitische Landschaft ist zersplittert wie nie zuvor. Mehr als acht Parteien könnten nach dem jetzigen Stand ins Parlament einziehen und das, obwohl im Vereinigten Königreich das Mehrheitswahlrecht herrscht. „Die Wahl von 2015 ist die am stärksten unvorhersehbare seit Menschengedenken“, sagte der Politologe Robert Ford gegenüber dem Nachrichtensender n-tv.

> Offenes Rennen bei der Unterhauswahl

Das große Thema im Wahlkampf ist Europa. Dies liegt vor allem an Nigel Farage und seiner EU-kritischen UK Independence Party (Ukip, Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs), die auf rund 20 Prozent der Stimmen kommen könnte. Wie viele Sitze sie tatsächlich erhält, ist allerdings völlig offen, fest scheint nur zu stehen, dass sie im Lager der Tories wildern wird. Die oppositionellen Sozialdemokraten von der Labour Party dürften dagegen viele Sitze in Schottland an die separatistische, linksliberale Schottische Nationalpartei abgeben.

Regierungschef Cameron hat angekündigt, im Falle seiner Wiederwahl ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens abzuhalten. Eine Mehrheit für den britischen Ausstieg scheint nicht ausgeschlossen. Da Sozialdemokraten, Grüne und Liberale in der EU bleiben wollen, ist der 7. Mai 2015 eine Art Vorentscheidung über den Weg Großbritanniens. *Peter Entinger*

Präsident der Hoffnung

Sergio Mattarella soll Bewältigung der Krise in Italien ermöglichen

Während Griechenland nach der Wahl von Alexis Tsipras weiter auf den Abgrund zusteuert, hat Italien mit der Wahl eines neuen Staatsoberhaupts den Weg für Reformen geebnet. Das italienische Parlament hat am vergangenen Wochenende im vierten Anlauf den Mitte-Links-Kandidaten von Ministerpräsident Matteo Renzi, den 73-jährigen Sizilianer Sergio Mattarella, zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Der Verfassungsrichter und frühere Verteidigungsminister kommt aus der christlich-demokratischen Bewegung, gilt als Mann der Mitte und genießt über alle parteipolitischen und gesellschaftlichen Grenzen hinweg hohes Ansehen. Für Renzi bedeutet die Wahl das Ende einer Zitterpartie, nachdem sein Kandidat zuvor in drei Wahlgängen an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gescheitert war. Eine erneute Niederlage Mattarellas hätte erhebliche Zweifel an seiner Autorität innerhalb seiner sozialdemokratischen Partei PD geschürt und möglicherweise sogar zu Neuwahlen geführt.

> Neues Wahlrecht für mehr Stabilität

Mit der Wahl des als Gerechtigkeitsfanatiker geltenden Mattarella, der sich im Kampf gegen das organisierte Verbrechen einen Namen gemacht hat, verbindet sich die Hoffnung auf politische Stabilität, soziale Gerechtigkeit, verantwortliche Haushaltspolitik sowie die Förderung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Dementsprechend positiv wird die Wahl Mattarellas bei der EU aufgenommen.

Renzi kann noch einen weiteren Erfolg verbuchen. Damit Reformen zukünftig einfacher umgesetzt werden können, beschloss der Senat die Einführung des Mehrheitswahlrechts, das es der stärksten Partei erlaubt, eine stabile Regierung zu bilden. Damit sollen wackelige Regierungsbündnisse, von denen es seit 1945 nicht weniger als 65 gab, der Vergangenheit angehören. *J.H.*

MELDUNGEN

Demonstranten blieben friedlich

Wien – Anders als in den Vorjahren verliefen die Proteste gegen den von der FPÖ ausgerichteten Wiener Akademikerball am vergangenen Freitag überwiegend friedlich. Bei rund 5000 Demonstranten gab es 54 vorläufige Festnahmen. Sechs Polizisten und vier Demonstranten wurden leicht verletzt. Linke Bündnisse hatten zu Kundgebungen und Blockaden eingeladen und auch aus dem Ausland Unterstützung erhalten. So waren aus sieben deutschen Städten organisierte Busreisen angeboten worden. Protestaufrufe hatte es auch in Italien, Tschechien, der Slowakei und Slowenien gegeben. Damit „linksextreme Kräfte aus dem Inund Ausland unter dem Vorwand der Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen in der österreichischen Gesellschaft keine Spielwiese vorfinden“, hatte Ursula Stenzel, Bezirksvorsteherin der Inneren Stadt, eine massive Polizeipräsenz durchgesetzt. *J.H.*

Zwangstürkisch für Erstklässler

Stuttgart – Wohl jeder erinnert sich aus seiner Grundschulzeit noch an die Linienblätter, mit deren Hilfe er das Malen der Buchstaben des Alphabets gelernt hat. Der renommierte Ernst Klett Verlag gibt dafür das Buchstabenheft „Zebra 1“ für Erstklässler heraus. Die Verwendung der betreffenden Buchstaben wird den ABC-Schützen jeweils anhand von Beispielwörtern, kurzen Texten oder auch Reimen verdeutlicht. Auf Seite 63 geht es um das Ü. Nun gibt es viele deutsche Wörter, die diesen Buchstaben enthalten, beispielsweise übrig, Übermut, und überflüssig mit sogar zwei Ü. Dennoch werden an dieser Stelle in dem Buchstabenheft keine deutschen, sondern ausschließlich türkische Wörter wie zürafa (Giraffe), gözlük (Brille) oder otobüs (Autobus) aufgeführt. Damit die Kleinen nicht verwirrt werden, steht auch „Türkische Wörter“ darüber, gerade so, als wäre das in einem deutschen Schulbuch das Normalste der Welt. Das Heft ist auf der Internetseite des Klett-Verlags einsehbar. Das nennt man wohl „Bereicherung“ durch fremde Kulturen. *J.H.*

Islamkritische Filme verboten

Paris – Nach Attentatswarnungen durch den französischen Inlandsgeheimdienst wurde die öffentliche Vorführung des Films „Der Apostel“ über die Konversion eines jungen Muslims zum Christentum bis auf weiteres untersagt. Kinos in Nantes und Neuilly mussten den Film der Nachwuchsfilmemacherin Cheyenne Carron aus dem Programm nehmen. Der Geheimdienst hatte Veranstalter und Kinobesitzer gewarnt, die Ausstrahlung des Films „könnte von der muslimischen Glaubensgemeinschaft als Provokation aufgefasst werden“. Auch die Aufführung des für das Festival in Cannes nominierten Films „Timbuktu“ von Abderrahmane Sissako, der die Schreckensherrschaft der Schebab-Milizen beschreibt, wurde in dem Pariser Vorort Villiers-sur-Marne, „präventiv“ untersagt. Es liege zwar keine konkrete Bedrohung vor, aber er befürchte, der Film „könnte den Terrorismus verherrlichen“, begründete der Bürgermeister das Verbot. *U.M.*

König Olaf, der Unbezwingbare

Bürgerschaftswahl in Hamburg: Scholz scheint unbezwingbar. Spannend wird es ganz woanders

Erst Hamburg, dann Bremen: Nur zwei Wahlen stehen in diesem Jahr in Deutschland an. Umso genauer werden die Ergebisse bundesweit wahrgenommen. Wenn zunächst Hamburgs Bürger am 15. Februar ihre Stimmen abgeben, wird vor allem das Abschneiden zweier Parteien von deutschlandweiter Bedeutung sein.



Herausforderer und Amtsinhaber: CDU-Spitzenkandidat Dietrich Wersich und Bürgermneister Olaf Scholz *Bild: xyz*

Kitaplätze. Wirtschaftskraft. Wohnungsbau. Mit minimalistischen Slogans und seltsam verrätseltem Mona-Lisa-Grinsen späht Olaf Scholz in düsterem Schwarz-Weiß von den großformatigen Wahlplakaten. Anfangs präsentierten die SPD-Werber dem Wählervolk sogar nur die untere Hälfte des Bürgermeisterantlitzes. Über der Bürgermeisterbrust prangte der wenig sinnvolle Spruch „Hamburg weiter vorn“.

Muss man diese Kampagne verstehen? Eigentlich nicht, denn Olaf Scholz steht ohnehin als Gewinner der Bürgerschaftswahl in Hamburg fest. Er wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch die nächsten fünf Jahre in hanseatischer Pracht im Bürgermeisteramtszimmer des Rathauses residieren. Die absolute Mehrheit wird für „König Olaf“ aber wohl dahin sein. Der Hamburger Tradition entsprechend, einer Partei nie zweimal hintereinander zur Alleinherrschaft im Hamburger Rathaus zu verhelfen, sehen Umfragen die Sozialdemokraten nur noch bei 44 Prozent Stimmanteil. Scholz‘ Wunschpartner für eine Koalition sind die Grünen. Sie stehen derzeit bei 13 Prozent. Ihre zukünftige Regierungsbeteiligung scheint eine ausgemachte Sache zu sein. Niemand erwartet allerdings ernsthaft, dass sich dann Grundlegendes in der Regierungspolitik ändern würde.

Von einer Wechselstimmung ist der Hamburger Wahlkampf etwa so weit entfernt wie die Hansestadt von den Alpen. Zwar stehen Verkehrschaos, hohe Kriminalitätsrate, Wohnungsmangel, Flüchtlingsproblematik und diverse Skandale um das Jugendamt der Stadt auf der Minusseite der SPD-Herrschaft. Aber nichts davon reicht aus, ihr den Wahlerfolg abspenstig zu machen. Vielleicht wirken die Auftritte der CDU auch deswegen so lustlos. Spitzenkandidat Dietrich Wersich errang im direkten TV-Duell mit Olaf Scholz dank Sachkenntnis und souveränem Auftreten zwar einen Achtungserfolg, seine Partei aber steckt im Umfragetief. Nur noch historisch niedrige 20 Prozent der Hamburger würden sich aktuell für sie entscheiden. Da erscheint es fast wie eine Verzweiflungstat, wenn die CDU in letzter Minute versucht, mit strengen Law-and-Order-Forderungen nach mehr Polizei und mehr Sicherheit potenzielle AfD-Wähler zu werben. Da es ausgerechnet sie war, die Hamburgs Polizeitruppe noch vor wenigen Jahren zusammengestrichen hat, werden sich die Umworbenen wohl lieber für das Original entscheiden.

Oder etwa für die FDP? Spitzenkandidatin Katja Suding hat „Hamburgs Zukunft fest im Blick“, heißt es auf den Wahlplakaten. Trotz Abspaltung der „Neuen Liberalen“ haben tatsächlich fünf Prozent der Wähler derzeit laut Umfragen die „Magenta-Partei“ im Blick. Schon haben sich Suding und Bundesparteichef Christian Lindner der SPD via „Bild“-Interview als möglicher Koalitionspartner angedient. Aber auch ohne abschließende Regierungsbeteiligung zählt die Frage, ob die FDP diesmal die Fünf-Prozent-Hürde nimmt, sicherlich zu den wichtigsten Fragen der Wahl.

Die AfD-Anhänger können sich nur noch heimlich treffen

Die zweite noch spannendere Frage ist das Abschneiden der AfD. Gelingt den Euro-Skeptikern der Einzug in die Bürgerschaft, wären sie zum ersten Mal auch im Westen Deutschlands in einem Landesparlament vertreten. Bislang sitzen ihre Abgeordneten nur in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in den Landtagen. Da sich AfD und Pegida-Bewegung in den Augen vieler nahestehen, wird das Abschneiden der Alternative für Deutschland zudem aufzeigen, wie viele Sympathien die schweigende Mehrheit der Deutschen für die Islamisierungskritikern aufbringt. Umfragen sehen die Hamburger AfD derzeit bei sechs Prozent. Da nicht alle Befragten zugeben mögen, dieser Partei ihre Stimme zu geben, liegt ihr tatsächliches Wählerpotenzial wohl etwa drei Prozentpunkte höher, wie sich bei vorangegangenen Wahlen zeigte.

Gelingt der Einzug in die Bürgerschaft, haben sich die AfD-Anhänger um Spitzenkandidat Jörn Kruse, einem Professor für Volkswirtschaftslehre, in einem Wahlkampf unter schwierigsten Bedingungen durchgesetzt. Etwa 90 Prozent ihrer Plakate sind zerstört worden. Die Wohnungen dreier AfD-Kandidaten wurden mit Steinen und Farbbeuteln beworfen. Wahlkampfstände werden von Anhängern der linken Szene systematisch attakkiert. „Es ist so schlimm, dass wir unsere Veranstaltungen eigentlich nur noch heimlich abhalten können“, erklärt ein AfD-Mitglied bei einem Treffen der Jugendorganisation der Partei in einem Restaurant an der Alster. Draußen bewachen Polizisten den Eingang.

Auch dies scheint schon jetzt zu den wichtigsten Erkenntnissen aus der Hamburg-Wahl zu gehören: Um die Demokratie und um die demokratische Meinungsbildung ist es in Deutschland nicht immer gut bestellt. Wer die Ursache dafür sucht, sollte nicht nach rechts schauen, sondern nach links.

Frank Horns

Machtkampf im Kongo

Präsident Joseph Kabila strebt widerrechtlich dritte Amtszeit an

Während sich die Aufmerksamkeit der Welt, soweit es Afrika betrifft, wegen der Untaten von Boko Haram auf Nigeria und Kamerun richtet, brach in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo eine neuen Welle der Gewalt aus. Nach geltendem Recht darf der amtierende Präsident, Joseph Kabila, 2016 kein drittes Mal für das Amt kandidieren. Der Politiker aus der Bantu-Volksgruppe der Luba erklärte deshalb, dass der nächsten Wahl eine Volkszählung vorausgehen müsse. Sein Motiv war nur allzu offensichtlich. Sofern überhaupt möglich, würde eine Volkszählung im Kongo mindestens ein halbes Jahrzehnt dauern und für diesen Zeitraum wäre Kabila weiterhin Präsident und das, ohne sich einer Wahl stellen zu müssen.

Dagegen lief die Opposition Sturm. Kabilas Gegner nannten den Vorstoß einen „Staatsstreich“. Sie fühlten sich durch empörte Reaktionen aus den USA und der EU gestärkt, die sich ebenfalls gegen Kabilas Trick wandten. In der Hauptstadt Kinshasa kam es zu Protesten, die in Gewalt ausarteten. Es gab Tote und Verletzte, als die Regierung nicht nur Tränengas einsetzen, sondern auch schießen ließ. Im Süden von Kinshasa, in der Nähe der Universität, beobachtete ein Journalist von Agence France Presse, wie die Polizei gegen Studenten das Feuer eröffnete, um sie zu vertreiben. Auch in Matonge, einem Viertel unmittelbar in der Nähe des Parlaments, schoss die Polizei. Die Opposition hatte dazu aufgerufen, das Parlament zu besetzen. Vital Kamerhe, der Chef der oppositionellen UNC, wurde im Partei-Gebäude zusammen mit seinem Mitarbeiter Jean-Claude Mayumbo von der Polizei eingeschlossen. In der Stadt kam es zu Plünderungen, deren Opfer vielfach chinesische Geschäftsleute waren. In den Straßen brannten Autoreifen.

Opposition spricht von 42 Toten

„Wir fordern, dass Kabila geht“, sagte einer der Sprecher der Opposition, Jean-Paul Beya. „Ich denke, das Volk wird das nach und nach erreichen, und wir wiederholen das Beispiel von Burkina.“ Dort, im westafrikanischen Burkina Faso, war vergangenes Jahr der Präsident Blaise Compaore mit dem Versuch gescheitert, sich länger, als es die Verfassung zuließ, an der Macht zu halten.

Dass die Empörung ernstzunehmen war, erkannte die Regierung nicht zuletzt an dem Umstand, dass sie sich nicht allein auf die Hauptstadt beschränkte. Auch im weitentfernten Goma (Nord-Kivu) im Osten des riesigen Landes wurde protestiert und geschossen. Oppositionsgruppen rotteten sich im Stadtzentrum zusammen, andere unterbrachen die Straße zum Flughafen. Führende Politiker der Oppositionsparteien UNC, UDPS und Ecidé wurden sofort festgenommen. Auch in Bukavu (Süd-Kivu) breiteten sich die Unruhen aus.

Angesichts derartiger Proteste und des Blutzolls von nach Angaben der Opposition 42 Toten lenkte die Regierung ein, braucht dazu aber die Bestätigung einer Parlamentskammer. Man wird nun eine Wahl durchführen „auf der Grundlage der vorliegenden demografischen Daten“. Präsident Kabila muss das hinnehmen. Er ist ohnehin nur eine Marionette seiner Generäle. *Florian Stumfall*

Vielfach einig

LO-Sprecher trifft Aussiedlerbeauftragten

Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), hat sich in Berlin mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk, zu einem ausführlichen Informations- und Gedankenaustausch getroffen.



Harmut Koschyk (li.) und Stephan Grigat *Bild: BMI*

Besonders intensiv erörterten sie die Situation des deutschsprachigen Unterrichtsangebots für Angehörige der Deutschen Volksgruppe. Beide waren sich darin einig, dass auch im Vergleich mit anderen Regionen Polens wie etwa Oberschlesien hier noch großer Nachholbedarf bestehe. Die Situation des deutschsprachigen Schulwesens in ganz Polen ist unter anderem Thema eines für Ende Februar in Warschau geplanten Gesprächs mit der polnischen Regierung, das deutscherseits von Koschyk und Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, geleitet wird.

Ein weiterer Gesprächspunkt waren die Möglichkeiten für deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, an Bundestagswahlen teilzunehmen. Koschyk sicherte zu, durch geeignete Informationsmaßnahmen dazu beizutragen, dass möglichst viele Wahlberechtigte ihr Wahlrecht auch tatsächlich ausüben können. *E.B.*

Die deutsche Rechtsordnung verfällt

Teils ist es Unfähigkeit, teils aber auch böse Absicht: Die Politik ignoriert immer öfter gesetzliche Regeln

Viele Forderungen gingen nicht über das hinaus, was ohnehin geltendes Recht sei – so lautet ein Vorwurf, der wiederholt der Protestbewegung Pegida gemacht worden ist. Tatsächlich werden Recht und Gesetz hierzulande erstaunlich oft nicht angewendet – aus Mangel an Personal, oder aber weil der politische Wille fehlt.



Sitzblockade in Berlin: Sogenannte Gegendemonstranten verhindern Protestkundgebung gegen Asylbewerberheim Bild: action press

Ein anschauliches Beispiel für diese Diskrepanz förderte vor Kurzem eine Anfrage des Bundestagsvizepräsidenten Johannes Singhammer (CSU) an das Bundesinnenministerium zutage. Demzufolge halten sich nach Daten des Ausländerzentralregisters in Deutschland aktuell mehr als 600000 Ausländer auf, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder deren Flüchtlingsschutz abgelaufen ist. „Wer einen Zugang nach Deutschland gefunden hat, insbesondere auch durch eine erfolgreiche Schleusung, hat mit einer erheblichen Wahrscheinlichkeit einen längeren oder faktisch dauerhaften Aufenthalt“, so der CSU-Politiker gegenüber der Online-Ausgabe des Magazins „Cicero“.

In der politikwissenschaftlichen Forschung ist das zugrundeliegende Problem bereits seit Langem bekannt: Das in wirtschaftlicher Hinsicht als überaus effizient geltende Deutschland hat im Bereich der Politik erstaunlich oft mit einem Vollzugsproblem zu kämpfen. Es werden immer neue politische Projekte und Gesetze auf den Weg gebracht, die tatsächliche Umsetzung bleibt allerdings öfter mal auf der Strecke. Wie wenig man sich darauf verlassen kann, dass Gesetze im Alltag noch gelten, konnten die Berliner im letzten Jahr erfahren. Presseberichten zufolge waren in der deutschen Hauptstadt rund 6500 Haftbefehle nicht vollstreckt worden, obwohl rechtskräftige Urteile vorlagen. Angeführt wurden als Begründung Punkte wie „Flucht ins Ausland“ bis zum sattsam bekannten „Personalmangel“ bei den Strafverfolgungsbehörden.

Betroffen ist indessen nicht nur die Justiz in Deutschland. Generell gilt, dass eine Flut von Vorschriften und immer neuen Aufgaben von einer Exekutive umgesetzt werden muss, die im internationalen Vergleich als ausgesprochen klein gelten kann. So waren nach Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 2004 in Deutschland nur elf Prozent der Beschäftigten im öffentliche Dienst tätig. Deutlich mehr Staatsdiener haben dagegen die USA (16 Prozent) und Großbritannien (19 Prozent). Als regelrechter Beamtenstaat kann Frankreich gelten, das fast jeden vierten Beschäftigen im öffentlichen Dienst untergebracht hat. Aus Sicht der deutschen Steuerzahler spricht durchaus einiges dafür, den Staat weiterhin vergleichsweise „schlank“ zu halten. Allerdings muss dann sichergestellt werden, dass Justiz, Polizei und Verwaltung ihre Kernaufgaben erfüllen können und nicht durch immer mehr Vorgaben regelrecht gelähmt werden. Tatsächlich scheint sowohl in Brüssel als auch in Berlin die Tendenz ungebrochen, auch noch das letzte Alltagsdetail gesetzlich regeln zu wollen.

Aktuell ist es SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles, die wegen eines Entwurfs für eine Arbeitsstättenverordnung für Schlagzeilen sorgt. In Presseberichten aufgetaucht sind in diesem Zusammenhang Forderungen zur Einrichtung von Erste-Hilfe-Räumen bis hin zur Vorgabe, Unternehmen sollten künftig für Tageslicht in Teeküchen sorgen. Von Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer wurden derartige Gedankenspiele inzwischen als „bürokratischer Irrsinn in Absurdistan“ kommentiert. „Die Politik hat nicht erkannt, welche Brisanz und welcher bürokratische Aufwand hinter Paragraphen stecken, die harmlos klingende technische Details beschreiben“, so der Arbeitgeberpräsident zur „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Am Ende droht Willkür statt Gewaltenteilung

Die etablierte Politik scheint indessen noch nicht bemerkt zu haben, dass sie sich mit ihrem missionarischem Regulierungseifer, samt Vollzugsdefizit im Alltag, ein massives Glaubwürdigkeitsproblem eingehandelt hat. Aus Sicht vieler Bürger gaukeln Politiker mittlerweile eine Gestaltungsmacht vor, die sie in der Realität gar nicht mehr einlösen können. Verschärft wird diese schon länger schwelende Problematik mittlerweile dadurch, dass auch bei wichtigen internationalen Vereinbarungen, etwa dem Maastricht-Vertrag, der Schengen-Regelung und der Dublin-II-Vereinbarung, die Kluft zwischen gemachten Versprechungen und Realität immer größer wird. Die Politik sieht sich – etwa im Zuge der Euro-Rettungspolitik oder der Asylpolitik – inzwischen sogar dem Vorwurf ausgesetzt, eklatante Rechtsbrüche zumindest stillschweigend zu dulden.

Schwerlich mit dem Fehlen von Geld und Personal begründet werden kann etwa, dass deutsche Behörden Asylanträge bearbeiten, für die sie nach EU-Recht eigentlich gar nicht zuständig sind. Wie eine Bundestagsanfrage der Linken vor einiger Zeit zutage förderte, ging das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge davon aus, das im Gesamtjahr 2013 für fast jeden dritten hierzulande gestellten Asylantrag (32,2 Prozent) eigentlich ein anderes EU-Land zuständig gewesen ist. Für das vierte Quartal 2013 wurde angenommen, dass sogar mehr als jeder zweite Asylantrag (51,9 Prozent) im Zuständigkeitsbereich anderer EU-Mitgliedsländer gelegen hat.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Strafe schon für Ausreiseversuch

Berlin – Künftig soll bereits die Ausreise oder der Versuch der Ausreise in ein Gebiet, in dem sich ein Terrorcamp befindet strafbar sein. Allerdings muss die Reise zum Ziel haben, eine „schwere staatsgefährdende Gewalttat“ zu begehen. Zudem wird ein eigener Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung geschaffen. So kann sich bereits strafbar machen, wer nur eine kleine Summe an eine islamistische Organisation überweist. Diese Maßnahmen sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Regierungsangaben zufolge sind aus Deutschland rund 600 Personen in einschlägige Gebiete ausgereist, um sich islamistischen Gruppierungen anzuschließen. Ein großer Teil von ihnen kehrt nach einiger Zeit radikalisiert zurück und gilt als gefährlich. *J.H.*

Mehrheit für Rot-Rot-Grün weg

Erfurt – Viereinhalb Monate nach der Landtagswahl in Thüringen hat die rot-rot-grüne Landesregierung einer repräsentativen Wahlumfrage zufolge ihre ohnehin nur sehr knappe Mehrheit verloren. Wären jetzt Landtagswahlen, würde die CDU ein Ergebnis von 40 Prozent und damit 6,5 Prozent mehr als am Wahltag erreichen, der beste Wert seit August 2013. Allerdings legte auch die Linkspartei, die den Ministerpräsidenten stellt, im Vergleich zum Wahltag mit 29 Prozent um einen Prozentpunkt leicht zu. So groß war der Abstand zwischen CDU und Linkspartei seit zehn Jahren nicht mehr. Die SPD steigt um 1,5 Prozentpunkte auf elf Prozent ab, während die Grünen mit sechs Prozent leicht dazugewinnen und die AfD nahezu unverändert bei zehn Prozent liegt. Die FDP als prädestinierter Koalitionspartner der CDU würde mit nur einem Prozent den Einzug in das Landesparlament klar verfehlen. *U.M.*

Auf dem Weg zur Altpartei?

AfD-Parteitag in Bremen lief auf Stärkung Bernd Luckes hinaus

Die Alternative für Deutschland hat sich zumindest formal den Altparteien angenähert. Ab November sollen die Euro-Kritiker nur noch von einem Sprecher geführt werden. Daran, dass es sich dabei um den Parteigründer Bernd Lucke handeln dürfte, ließ der Parteitag am vergangenen Wochenende in Bremen keinen Zweifel.

Rund 1700 Anhänger waren zu der Mitgliederversammlung erschienen, es handelte sich um einen der größten Parteitage der Nachkriegsgeschichte. Doch dass das von der AfD propagierte Modell der Basisdemokratie seine Tücken hat, zeigte bereits das Ringen um die Tagesordnung. Es hagelte mehrere Dutzend Abänderungsanträge, teilweise war der Ton äußerst gereizt.

Bei der mit Spannung erwarteten Abstimmung über die neue Satzung ging es äußerst knapp zu. Zwar erhielt der Kompromissvorschlag des Vorstands, wonach die Partei ab April von zwei Vorsitzenden und nach Verabschiedung des Parteiprogramms im November von einem Chef geführt werden soll, mit 80 Prozent eine deutliche Zustimmung. Für das Gesamtpaket stimmten am Ende aber gerade die erforderlichen zwei Drittel der Mitglieder. „Wir haben eine äußerst schwierige Phase der Gründung hinter uns gelassen“, sagte Lucke erleichtert. Doch die AfD präsentierte sich am Wochenende alles andere als homogen. Der Parteigründer rechnete während seiner 45-minütigen Rede mit der Arbeitsweise des alten Vorstands ab, bezeichnete diese als „stümperhaft“. Eindringlich warb er für das Ein-Sprecher-Modell sowie die Installierung eines hauptamtlichen Generalsekretärs. Seine Co-Sprecherin Frauke Petry plädierte zwar ebenfalls für den Kompromiss, attackierte aber Luckes Führungsstil und sein Abstimmungsverhalten im EU-Parlament zu den Russland-Sanktionen. Der dritte Sprecher Konrad Adam ließ seiner Verbitterung freien Lauf, klagte darüber, dass es Sprecher erster und zweiter Klasse gebe, und kündigte seinen Rückzug aus dem Präsidium an.

Knappes Ergebnis bei Abstimmung über die neue Satzung

Im April soll nun zunächst eine Doppelspitze gewählt werden. Es wird allgemein erwartet, dass Lucke für Platz eins und Petry für Platz zwei kandidiert. Spannend wird die Antwort auf die Frage sein, wen der designierte Vorsitzende als Generalsekretär küren wird. Als Kandidaten gelten die Bundesvorstandsmitglieder Verena Brüdigam und Gustav Greve, die in der Vergangenheit als Unterstützer Luckes in Erscheinung getreten sind. Auch bei der Wahl der vier Stellvertreter deutet sich Zündstoff an. Petry gilt ab November als gesetzt, um die drei weiteren Plätze werden sich aller Voraussicht nach ein halbes Dutzend Kandidaten streiten. Alexander Gauland, Vertreter des rechten Parteiflügels und Landeschef in Brandenburg, lässt eine neuerliche Kandidatur offen, nimmt Lucke aber bereits in die Pflicht: „Wenn er es nicht schafft, die Flügel zu einen und auch in Sachen Russland oder Einwanderung Kompromisse zu erzielen, wird es schwer.“ Lucke selbst verließ Bremen in der Gewissheit, dass die nicht immer laut-, aber dafür mitgliedsstarken westdeutschen Verbände hinter ihm stehen. So hielt sich beispielsweise hartnäckig das Gerücht, der Parteichef könnte den bayerischen Landesvorsitzenden Andre Wächter zu einer Kampfkandidatur gegen Gauland ermutigen. *Peter Entinger*

Am Problem vorbei

»Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsprogramm« nicht überzeugend

Rund eine Milliarde Euro will Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bis 2018 ausgeben, um die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver zu machen. Das geht aus dem Entwurf eines „Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetzes“ hervor, mit dem sich der Bundestag derzeit befasst. Zur Begründung heißt es in der Vorlage, die Bundeswehr benötige „qualifizierte, motivierte und belastbare“ Soldaten. Mit den von ihr eingebrachten Verbesserungen der dienstlichen Rahmenbedingungen will von der Leyen die Streitkräfte im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um geeigneten Nachwuchs besser positionieren. Das Gesetzespaket sieht eine Reihe von Verbesserungen in den Bereichen Arbeitszeiten, Besoldung, Beförderungen und soziale Absicherung für die Soldaten vor. So sollen neben der Einführung der 41-Stunden-Woche die Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigungen nach dem Vorbild des öffentlichen Dienstes ausgebaut werden. Mit diesen Regelungen soll vor allem die Vereinbarkeit von Dienst, Familienleben und Freizeit erleichtert werden.

Um vor allem dringend benötigtes hochqualifiziertes Personal für die Streitkräfte zu gewinnen, ist die Einführung eines Personalbindungszuschlages für Zeit- und Berufssoldaten geplant. Dieser Zuschlag soll bis zu vier Jahre lang in Höhe von 20 Prozent des ersten Grundgehaltes gezahlt werden können. Damit sollen Personalengpässe in Verwendungsbereichen, die über sechs Monate lang ihre Sollstärke nur zu 90 Prozent erreichen, schneller beseitigt werden.

Erhöht werden sollen neben dem Wehrsoldtagessatz zudem die Erschwernis- und Stellenzulagen, zum Beispiel für Minentaucher, Angehörige des Kommandos Spezialkräfte und Soldaten, die ihren Dienst in Bunkeranlagen leisten. Zudem sollen nach dem Willen der Ministerin die Beförderungsmöglichkeiten von Mannschaftsdienstgraden durch eine Streichung der Planstellenobergrenzen erhöht werden. Für die Soldaten soll zukünftig analog zu den Bundesbeamten prinzipiell eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden gelten. Ausnahmen sollen nur erlaubt sein, wenn andernfalls die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und die Einsatzbereitschaft gefährdet wären. Verbesserungen sieht das Gesetz auch bei der sozialen Absicherung der Soldaten vor. Zudem soll der Stichtag für Entschädigungszahlungen nach dem Einsatzversorgungsgesetz für Soldaten, die in Auslandseinsätzen verletzt wurden, vom 1. Dezember 2002 auf den 1. Juli 1992 vorverlegt werden, damit endlich eine Gleichbehandlung aller Einsatzversehrten erfolgt.

Viele Missstände werden Nachwuchs weiter abschrecken

Dass allein durch diese Maßnahmen genügend qualifizierter Nachwuchs für die Truppe gewonnen werden kann, ist allerdings unwahrscheinlich. Denn zahlreiche schon seit Jahren bekannte Missstände – erhebliche Belastungen der Soldaten, der desolate Zustand des Großgeräts und der unzumutbare Zustand vieler Kasernen – werden nicht beseitigt. Auch der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus, der gerade mit seinem Jahresbericht eine verheerende Gesamtschau der Streitkräfte vorgelegt hat, äußert erhebliche Zweifel. Zwar begrüßt er das Gesetzesvorhaben ausdrücklich, hält es aber für nicht weitgehend genug. Die lange Mängelliste verringere die Aussichten auf eine baldige Umsetzung und einen Erfolg der Attraktivitätsoffensive deutlich, warnte Königshaus.

Jan Heitmann

(siehe auch Seite 4)

Verheerende Gesamtschau

Wehrbeauftragter sieht Bundeswehr an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit

Im Mai scheidet mit Hellmut Königshaus der letzte Liberale aus einem hohen bundespolitischen Amt. Das tut der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages mit einem Paukenschlag. Die Bundeswehr habe die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, warnt er in seinem Jahresbericht 2014 und zeichnet ein düsteres Bild vom Zustand der Truppe.

Dass es um die Streitkräfte nicht gut bestellt ist, sieht man allein schon an der Zahl der Beschwerden von Soldaten, die in den vergangenen beiden Jahren mit jeweils rund 5000 Eingaben Höchstwerte in der Geschichte der Bundeswehr erreichten. Damit wenden sich etwa 27 von 1000 Soldaten an den Wehrbeauftragten. Dabei lagen Eingaben zur Menschenführung und soldatischen Ordnung mit 21 Prozent an der Spitze, gefolgt von den Bereichen Besoldung und Vereinbarkeit von Familie und Dienst mit jeweils zwölf Prozent sowie Verwendungs- und Urlaubsplanung mit elf Prozent.

Königshaus bemängelt, dass sich die Neuausrichtung der Bundeswehr konzeptionell in hohem Maß am Afghanistan-Einsatz orientiere. Die neuen Auslandseinsätze der Bundeswehr erforderten jedoch teilweise andere Fähigkeiten. Der tatsächliche Bedarf und die strukturelle Planung klafften auseinander. Dies könne dazu führen, dass einzelne Truppengattungen „regelrecht verbraucht werden“. Besonders belastet seien derzeit beispielsweise die Flugabwehrraketentruppe, Schnell- und U-Bootfahrer, Luftumschlagkräfte, Marinetechnikpersonal und die Führer der Bordeinsatzteams der Marine.

Hohe finanzielle Aufwendungen sind unverzichtbar

Bei der Ausrüstung verwies Königshaus auf eine lange Liste gravierender Mängel bei militärischem Großgerät wie dem fehlerbehafteten Kampfflugzeug „Eurofighter“, dem noch immer unausgereiften Transporthubschrauber NH 90, dem überalterten Transportflugzeug „Transall“ und den Minenjagdbooten sowie beim unzureichenden Zulauf von Ersatzteilen und Betriebsmitteln. Dies wirke sich negativ auf die Einsatzfähigkeit und den Ausbildungsstand der Truppe aus. Nicht minder deutlich fällt seine Kritik am Zustand der Kasernen aus. Dieser sei unzumutbar. 38 Prozent der Unterkünfte wiesen erhebliche Mängel auf, neun Prozent sogar seien eigentlich unbewohnbar und würden trotzdem genutzt. Überbelegung von Stuben, Rost- und Schimmelbefall, Kloakengeruch und defekte Heizungen seien exemplarisch für die an vielen Standorten seit Jahren vernachlässigte Infrastruktur. Die derzeit im Verteidigungshaushalt eingeplanten Mittel für den Erhalt und den Neubau von Infrastruktur seien „bestenfalls ausreichend, die Dynamik des Verfalls aufzuhalten“.

Die Rückstände bei der Instandhaltung des Geräts und der baulichen Unterhaltung hätten einen nicht länger hinzunehmenden Umfang erreicht, so Königshaus. Er führt das darauf zurück, dass das Verteidigungsministerium sich jahrelang auf die Ausrüstung der Truppe im Einsatz konzentriert habe. Das, was nicht unmittelbar für die laufenden Einsätze relevant war, sei dagegen sträflich vernachlässigt worden.

Wie bereits im Vorjahr bemängelt der Wehrbeauftragte die Doppelbelastung der Soldaten durch die Auslandseinsätze und die Neuausrichtung der Bundeswehr. Die Streitkräfte wandelten bei der hohen Einsatzbelastung „auf einem schmalen Grat“, warnt Königshaus.

Die Bundeswehr habe die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, so das Resümee des Wehrbeauftragten. Die jetzt dringend notwendigen Verbesserungen erforderten erhebliche finanzielle Aufwendungen. Sollten diese nicht umgehend erfolgen, werde sich die „Abwärtsspirale“, in der sich die Bundeswehr schon lange befinde, noch schneller drehen. *Jan Heitmann*


Unangemeldeter Besuch: Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus im Isaf-Feldlager in Kunduz

Bild: action press

Zeitzeugen



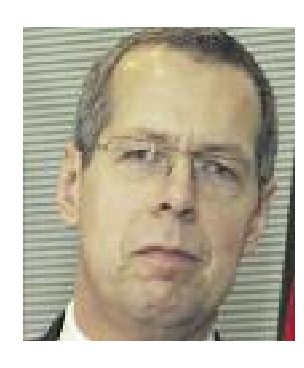
Ernst Paul – Im Jahre 1938 ging der nordböhmische Sozialdemokrat nach Schweden ins Exil. Von dort aus engagierte er sich gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen und organisierte Hilfsaktionen für die Heimatvertriebenen. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1949 in den Bundestag gewählt, initiierte er die Schaffung des Amts des Wehrbeauftragten.

Helmut von Grolman – Der ehemalige Berufssoldat, bei Kriegsende Generalleutnant, wurde 1955 niedersächsischer Vertriebenenstaatssekretär und Mitglied des Personalgutachterausschusses der Bundeswehr. 1959 zum ersten Wehrbeauftragten gewählt, geriet er schnell mit Verteidigungsminister Franz Josef Strauß aneinander. Nachdem seine homosexuelle Beziehung zu einem Minderjährigen bekannt geworden war, bat er 1961 um seine Entpflichtung.



Hellmuth Heye – Der 1895 geborene Vizeadmiral a.D. war schon zu Kriegszeiten als strategischer Denker, Kreuzerkommandant und Befehlshaber der Kleinkampfverbände der Kriegsmarine eine bekannte Persönlichkeit. 1961 wurde das CDU-Bundestagsmitglied einstimmig zum zweiten Wehrbeauftragten gewählt. Seine Kritik an der inneren Verfassung der Truppe führte zu einem Zerwürfnis mit dem Verteidigungsministerium und dem Verlust des Rückhalts im Parlament. 1964 trat Heye vom Amt des Wehrbeauftragten zurück.

Claire Marienfeld – Die Wahl der CDU-Bundestagsabgeordneten zur Wehrbeauftragten 1995 war eine Sensation, sollte der Amtsinhaber doch über mindestens ein Jahr Wehrdienst nachgewiesene eigene militärische Erfahrungen verfügen. Auch wenn sie schon bald liebevoll „Soldatenmutter“ genannt wurde, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie das Amt hartnäckig und kompromisslos ausübte.



Reinhold Robbe – Die Wahl des SPD-Bundestagsabgeordneten zum Wehrbeauftragten 2005 sorgte für viel Unverständnis, hatte er doch nicht nur keinen Wehrdienst geleistet, sondern diesen sogar verweigert. Gleichwohl widmete er sich seiner Aufgabe sehr engagiert. Bei seiner Kritik gerade im Hinblick auf die Auslandseinsätze nahm er nie ein Blatt vor den Mund und schonte weder die politische noch die militärische Führung. Seine Amtszeit endete 2010.

Kompetent und ganz bestimmt nicht bequem

Hans-Peter Bartels, designierter Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, zählt zu den profiliertesten Verteidigungspolitikern der SPD. Sein neues Amt übernimmt er in der wohl schwierigsten Phase der Geschichte der Bundeswehr. Es wird an ihm sein, beharrlich die mittlerweile zu existenziellen Dimensionen angewachsenen Mängel bei der Bundeswehr aufzuzeigen und von der Bundesregierung und seinen Parlamentskollegen deren Beseitigung zu fordern. Sein bisheriges Wirken lässt vermuten, dass er dafür genau der Richtige ist. Denn ein bequemer Wehrbeauftragter dürfte er ganz gewiss nicht sein, sagt der Sozialdemokrat doch von sich selbst, „kein klassischer Parteisoldat“ zu sein und nie versucht zu haben,

Amtsübernahme in schwierigster Phase

sich „immer angenehm zu machen“ oder Diskussionen und Konflikten aus dem Weg gegangen zu sein. Politische Wegbegleiter, Ausschusskollegen, darunter selbst politische Gegner, und Soldaten beschreiben ihn als hochkompetent, überaus fleißig und verantwortungsbewusst. Im Hinblick auf seine zukünftige Aufgabe als Wehrbeauftragter ist auch erwähnenswert, dass er sich immer besonders für die Belange der Soldaten eingesetzt hat.

Der promovierte Politologe gehört seit 1998 als stets direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Kiel dem Bundestag an und ist seit 15 Jahren Mitglied des Verteidigungsausschusses, dessen Vorsitz er im vergangenen Jahr übernahm. Vor seiner Wahl in den Bundestag war der 53-Jährige als Redakteur der „Kieler Rundschau“, Angestellter in der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei unter Björn Engholm und zuletzt als Sektenbeauftragter der Kieler Landesregierung tätig. Eigene militärische Erfahrungen sammelte Bartels vor knapp 35 Jahren als Wehrpflichtiger. *J.H.*

Kontrolleur und Anwalt

Einst beargwöhnt, wird der Wehrbeauftragte heute allseits geschätzt

Das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ und das Konzept der „Inneren Führung“ sollten die Kritiker der Wiederbewaffnung davon überzeugen, dass mit der Bundeswehr ein Militär geschaffen werde, dem niemand misstrauen müsse: dem Primat der Politik und demokratischen Regeln unterworfen und fest in der Gesellschaft verankert. Eine Kontroll- und Beschwerdeinstanz, die das sicherstellen sollte, war jedoch zunächst nicht vorgesehen. Deshalb brachte der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Paul einen militärischen Ombudsmann nach schwedischem Vorbild ins Gespräch. Der Gedanke, einen Wehrbeauftragten „zum Schutz der Grundrechte der Soldaten und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle“ zu berufen, führte 1956 zu einer Ergänzung des Grundgesetzes, mit der dieses neue Amt verfassungsrechtlich festgeschrieben wurde.

Der Wehrbeauftragte wird tätig, wenn ihm Umstände bekannt werden, „die auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldaten oder der Grundsätze der Inneren Führung schließen lassen“. Dazu darf er von allen Truppenteilen und Dienststellen Auskünfte und Akteneinsicht verlangen sowie ohne vorherige Anmeldung Besuche machen. Jeder Soldat kann sich jederzeit ohne Einhaltung des Dienstwegs an ihn wenden, ohne dass er dafür gemaßregelt oder benachteiligt werden darf.

Parteipolitische Ränkespiele führten allerdings dazu, dass erst 1959 ein Wehrbeauftragter gewählt werden konnte. Die Entscheidung für zwei hochrangige ehemalige Offiziere als den beiden ersten Wehrbeauftragten machte es den noch aus

Weltweit vorbildliche Institution

Reichswehr und Wehrmacht hervorgegangenen „alten“ Soldaten leichter, ihre Skepsis dem parlamentarischen Aufpasser gegenüber zu überwinden, waren diese doch zwei von ihnen. Doch dessen ungeachtet übten Helmut von Grolman und sein Nachfolger Hellmuth Heye ihr Amt in jeder Hinsicht unbestechlich aus und sparten nicht mit deutlicher Kritik an strukturellen, materiellen und infrastrukturellen Mängeln, Planungs- und Führungsversagen sowie einer drohenden gesellschaftlichen Selbstisolierung der Truppe. Beide gaben ihr Amt nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Verteidigungsministerium und öffentlichen Diskussionen um ihre Position und Befugnisse vorzeitig ab, ein Vorgang, der sich seitdem nicht wiederholt hat.

Standen in den Anfangsjahren die Folgen des schnellen und improvisierten Aufbaus der Streitkräfte im Fokus des Wehrbeauftragten, ging es später überwiegend um Mängel in Umgang und Führungsverhalten. Seit einigen Jahren nehmen neben den Dauerbrennern personelle und materielle Ausstattung Themen wie Einsatzbedingungen und -folgen, Betreuung, Versorgung, Besoldung, Personalführung und Verwendungsplanung einen breiten Raum in den Jahresberichten ein. Der Wehrbeauftragte hat sich, so der designierte Amtsinhaber Hans-Peter Bartels, „zu einer Beschwerde- und Abhilfe-Institution entwickelt, die in der Welt ihresgleichen sucht“. Als parlamentarische Kontrollinstanz und Anwalt der Soldaten zeichnet er auf der Grundlage der Eingaben und eigener Ermittlungen jährlich ein Gesamtbild, das die Situation der Bundeswehr in all ihren Facetten genau wiedergibt. *J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

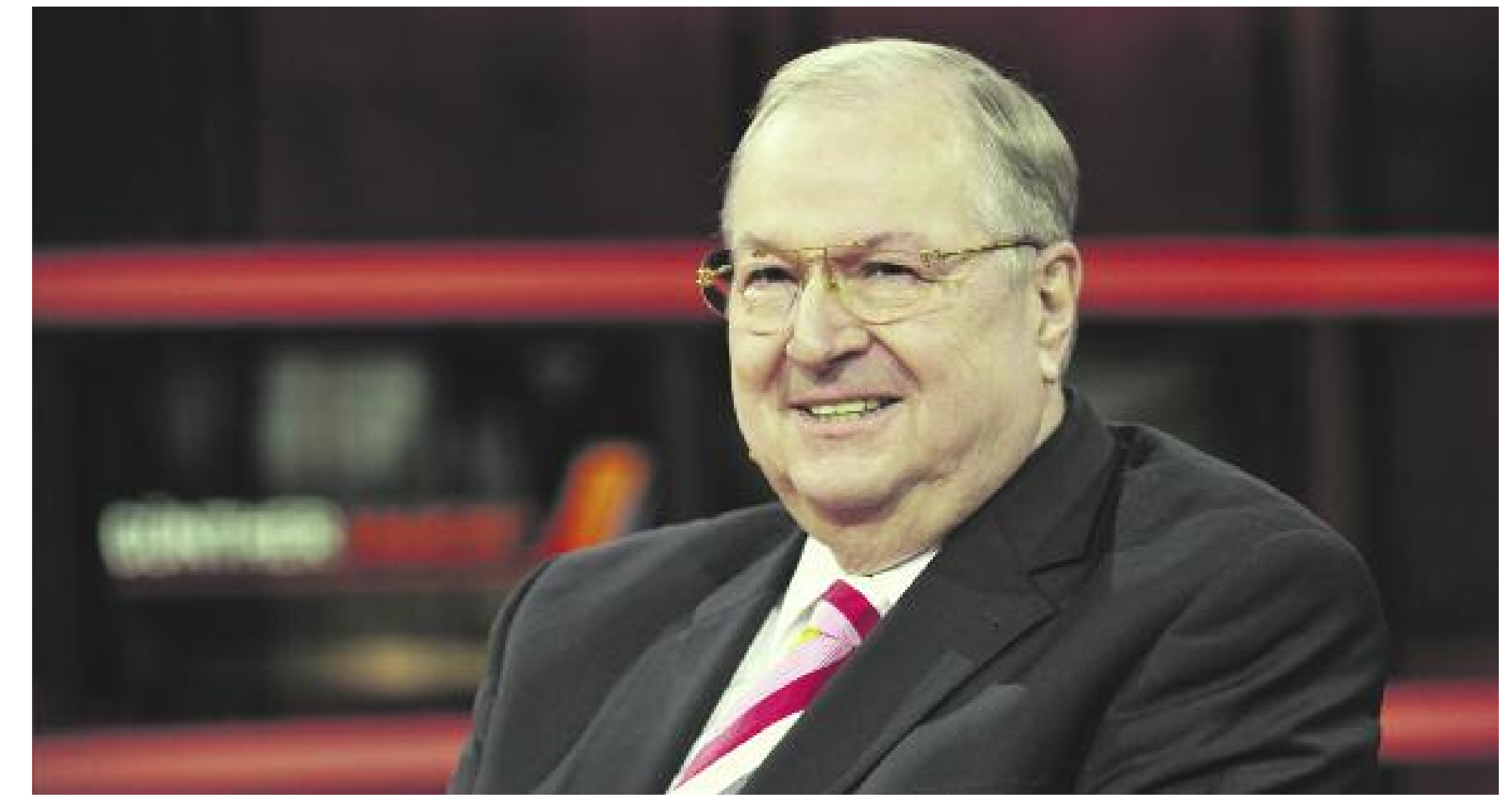
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Buschkowsky hochverdient

Der bundesweit bekannte Bezirksbürgermeister von Neukölln verlässt sein Amt erhobenen Hauptes



Vor allem aus den eigenen Reihen wurde der mutige Aufklärer über Fehler der Integrationspolitik heftig angefeindet: Heinz Buschkowsky, hier bei einem Auftritt in der ARD-Talkshow von Günther Jauch

Bild: pa

Der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, wird zum 31. März aus seinem Amt ausscheiden. Der Sozialdemokrat hat sich weit über Berlin hinaus hohe Verdienste erworben, indem er trotz Anfeindungen offen über Missstände und Fehlentwicklungen bei der Integrations- und Einwanderungspolitik aufgeklärt hat. Als seine Nachfolgerin wird die SPD die 36-jährige Bezirksstadträtin Franziska Giffey vorschlagen.

Heinz Buschkowsky hat allen gezeigt, was eine Harke ist. Zwar hat er seinen Rücktritt als Bezirksbürgermeister von Neukölln aus gesundheitlichen Gründen zum 31. März angekündigt. Doch ist dies letztlich ein von ihm aus freien Stücken selbst bestimmter Termin, und er scheidet hoch erhobenen Hauptes aus dem Amt. Das muss hervorgehoben werden, denn Buschkowsky, dem jetzt auch viele Lobeskränze gewunden werden, sollte bereits viel früher aus dem Amt gedrängt werden. Besonders nach dem Erscheinen seines Bestsellers „Neukölln ist überall“ 2012 wurde die Hetze gegen ihn, der längst als „Rassist“ diffamiert wurde, noch verstärkt.

Der aufrechte Bezirksbürgermeister, der im Juli 67 Jahre alt wird, hätte bereits 2013 regulär in Pension gehen können, und vielleicht hätte er dies fast schon getan. „Buschkowsky gibt 'ne Zugabe“, meldete im Januar 2013 die „Bild“-Zeitung. Aus dem Interview in „Bild“ ging hervor, dass er gerade wegen der Kampagnen gegen ihn weiter machen wollte. „Man setzt das Gerücht in die Welt“, erklärte er, „dass ich mein Buch gar nicht selbst geschrieben habe. Das hat mit sachlicher Auseinandersetzung nichts zu tun. Auch meine Frau, die eigentlich dafür war, dass ich aufhöre, hat gesagt: ‚Jetzt kannst du doch nicht gehen‘.“

An vorderster Front waren an der Kampagne linke Journalisten des Berliner „Tagesspiegel“ beteiligt, der unablässig Beiträge gegen Buschkowsky brachte. Abgesehen davon, dass immer wieder versucht wurde, die Verhältnisse in Neukölln schön zu schreiben, bohrten die linken Inquisitoren ständig nach, ob jemand im Bezirksamt Buschkowsky bei der Abfassung des Werkes geholfen habe.

> »Gott schütze mich vor meinen Genossen«

Der „Tagesspiegel“ zog sogar vor das Oberverwaltungsgericht, um darüber Auskunft zu erlangen. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sprach Buschkowsky von „Rufmord-Journalisten“ und erklärte: „Wo Erfolg ist, stellt sich auch Missgunst ein. Vor allem ein Journalist arbeitet sich an mir bereits seit Jahren ab.“ Und: „Natürlich hatte ich Zuarbeiter für Recherche, Texterfassung, Korrekturlesen oder ähnliche Hilfsarbeiten. Da habe ich auch nie ein Hehl draus gemacht.“

Doch sei das Buch vollständig sein intellektuelles Produkt, es habe keinerlei Ghostwriter oder Hilfsautoren gegeben, und jeder erkenne auch seine Sprache in dem Werk wieder.

Die Kampagne gegen Buschkowsky zog sich hin. Auch die frühere Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John (CDU), beteiligte sich. Im „Tagesspiegel“ forderte sie ihn auf, das Buchhonorar zu spenden, was er zu Recht ablehnte. Eine Lesung aus dem Werk in Neukölln musste wegen linker Störer abgebrochen werden. Bei Lesungen brauchte Buschkowsky Polizeischutz.

Selbstredend hatte niemand etwa Klaus Wowereit gefragt, ob dieser sein 2011 erschienenes Buch „Mut zur Integration – Für ein neues Miteinander“ als Regierender Bürgermeister selbst geschrieben habe, gar auf einem Dienstcomputer, oder ob ihm ein Mitarbeiter dazu auch nur eine einzige Unterlage reichte. Thilo Sarrazin nannte dieses Buch übrigens „inhaltsleer“ und eine „Schönwetter-Mutmachfibel“ ohne „geistiges Niveau“.

Gegen Buschkowsky wurde auch aus seiner eigenen Partei heraus gehetzt. Der Landesvorsitzende der „AG Migration und Vielfalt“ in der Berliner SPD und Mitglied des SPD-Landesvorstandes, Aziz Bozkurt, schrieb in einem Zeitschriftenbeitrag: „Es schmerzt einzugestehen, dass auch ein Mitglied der Sozialdemokratie rassistisch argumentiert und damit Geld verdient.“ Bozkurt nannte Buschkowsky abfällig „einen kleinen korpulenten Genossen aus Neukölln“ und schreckte nicht einmal davor zurück zu erklären, dieser argumentiere ähnlich wie der norwegische Massenmörder Anders Behring Breivik. Dazu sagte Buschkowsky später im Fernsehsender Phoenix: „Das ist an Bösartigkeit nicht mehr zu überbieten.“ Wieder einmal habe sich der Satz bewahrheitet: „Lieber Gott, schütze mich vor meinen Genossen, vor meinen Feinden kann ich mich alleine schützen.“

Um überhaupt grundsätzlich bis zum Ende der Wahlperiode 2016 im Amt bleiben zu können, musste Buschkowsky einen Antrag in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) stellen. „Ich bin sehr optimistisch, dass einige Leute sich noch eine Weile mit mir herumärgern müssen“, hatte er zuvor erklärt. Sein Antrag wurde von der CDU unterstützt und von der BVV genehmigt. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende André Schloßmacher hatte zuvor erklärt, dem Antrag stehe nichts entgegen: „Buschkowsky ist ein SPD-Politiker, der CDU-Thesen vertritt.“ Letztes Jahr brachte Buschkowsky das Kunststück fertig, noch ein zweites Buch über die Verhältnisse in Neukölln vorzulegen: „Die andere Gesellschaft“. Jetzt schwiegen die Inquisitoren.

Der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, erklärte nach der Rücktrittsankündigung Buschkowskys: „Wie wir ihn kennen, wird er sich auch künftig als streitbarer Politiker mit pointierten Beiträgen immer wieder zu Wort melden.“ *Michael Leh*

Winterfreuden

Von VERA LENGSFELD

Nachdem Berlin weitgehend schneefrei war, gibt es seit dem letzten Wochenende doch so etwas wie Winter in der Stadt. Sofort haben sich die Berliner aufgemacht, ihn zu genießen. Am Mont Klamott, wo in längst vergangenen Zeiten Wolf Biermann, der legendäre oppositionelle Liedermacher, seine Geliebte trotz Magistratsverbots küsste, geht es besonders hoch her.

Die höchste Erhebung im Ostteil der Stadt, höher als der berühmte Kreuzberg, ist ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Im Inneren des Berges befindet sich einer von beiden Friedrichshainer Flaktürmen. Als der Versuch der Roten Armee scheiterte, den Turm 1946 zu sprengen, beschloss man, ihn und seinen kleineren Bruder unter dem Schutt der Stadt zu verdecken.

Das gelang nicht ganz, Teile des Gefechtsturms sind noch zu erkennen. Ansonsten hat sich die Natur den künstlichen Berg fast vollständig erobert. An den Hängen hat sich so dichter Wald entwickelt, dass auf dem Rondell oben im Sommer kaum etwas von den Sehenswürdigkeiten zu sehen ist, die in allen Himmelsrichtungen ausgewiesen sind.

Jetzt ist die Sicht freier. Man hat einen schönen Rundblick über die Stadt. Wer es hierher mit dem Schlitten geschafft hat, kann sich auf eine tolle Abfahrt freuen, denn eine Rodelbahn wurde bisher mit viel Mühe frei gehalten.

Unten angekommen kann man sich am heimlichen Wettbewerb, wer den schönsten Schneemann baut, beteiligen. Oder er kann der Leidenschaft der Berliner, Currywurst, frönen.

Ein paar Männer, die man sonst mit ihren Tragegrills am Alexanderplatz oder anderen markanten Plätzen sieht, haben am Wochenende ihren Standort hierher verlegt. Der Verkaufserfolg gibt ihnen Recht. An anderen provisorischen Ständen werden Glühwein oder heißer Pusch angeboten. Die ganz Abgehärteten veranstalten Picknicks auf zusammengeschobenen Schlitten.

Schaut man in Richtung Hohenschönhausen, sieht man das Dynamo-Sportforum, in dem früher Spitzensportler trainiert und gedopt wurden, in seiner ganzen DDR-Hässlichkeit. Immerhin gibt es dort eine Eisbahn, wo man schnell Bekanntschaften macht, weil die Eisfläche so dicht besetzt ist, dass man nur umeinander herum fahren kann.

Das ist auf allen Eisbahnen der Stadt so. Auch am Potsdamer Platz, wo man nicht nur am Rande des dichten Verkehrs Schlittschuh laufen, sondern auf einer künstlichen Rodelbahn ein kurzes Fahrvergnügen haben kann. Die Currywurst und der Glühwein werden hier stilvoll in Holzbuden verkauft.

Wem das zu viel Trubel ist, der fährt zum Müggelturm und kann im Wintermärchenwald die Stadt für ein paar Stunden vergessen.

Die Filmwelt strömt an die Spree

65. Berlinale sorgte schon im Vorfeld für Proteste aus dem Iran und Nordkorea

Aufregung gab es schon im Vorfeld der 65. Berlinale. Aus dem Iran hagelte es Proteste gegen Festival-Direktor Dieter Kosslicks Entscheidung, den Film „Taxi“ des iranischen Regimekritikers Jafar Panahi zu zeigen.

Warnrufe kamen auch aus Nordkorea. Die Staatsmacht mahnte, von einer Aufführung des Films „Das Interview“ abzusehen. Pjöngjang hatte da wohl etwas durcheinander gebracht. Der US-Klamauk über ein fiktives Attentat auf einen Machthaber Nordkoreas erscheint nämlich gar nicht auf der Berlinale, sondern am Eröffnungstag in den deutschen Kinos. Möglicher Grund des Irrtums: Auf der Nominierungsliste für den Preis der Gala „Cinema for Peace“ findet er sich dennoch.

Der dritte Aufreger betrifft die Premiere des Erotik-Dramas „Fifty Shades of Grey“. Dieses wird in einer Spezial-Gala am 11. Februar präsentiert, in Anwesenheit der Hauptdarsteller und der Regisseurin Sam Taylor-Johnson.

Insgesamt werden, über ganz Berlin verteilt, 441 Filme aus 72 Ländern gezeigt. Neben „Ethnischer Identität“ nannte Kosslick das Schwerpunktthema „Starke Frauen in extremen Situationen“. So stammt auch der am 5. Februar im Berlinale-Palast am Potsdamer Platz gezeigte Eröffnungsfilm von einer Frau: Isabel Coixets Grönland-Drama „Nobody wants the Night“ mit Juliette Binoche.

> 441 Filme aus 72 Ländern werden gezeigt

19 Filme konkurrieren um goldene und silberne Bären, die am vorletzten Festivaltag verliehen werden. Darunter drei deutsche Regiearbeiten: Andreas Dresens „Als wir träumten“, Sebastian Schippers „Victoria“ und Werner Herzogs US-Produktion „Queen of the Desert“ mit Nicole Kidman. Weiterhin der rumänische Film „Aferim!“, „45 Years“ aus Großbritannien von Andrew Haigh, „Body“ aus Polen von Malgorzata Szumowska, „Journal d'une femme de chambre“ aus Frankreich von Benoît Jacquot, „Knight of Cups“ aus den USA von Terrence Malick, „Taxi“ aus dem Iran und weitere internationale Koproduktionen aus China, Japan, der Russischen Föderation, der Ukraine und Chile.

Außer Konkurrenz treten vier Filme an, darunter aus Deutschland Oliver Hirschbiegels „Elser – Er hätte die Welt verändert“ über den Hitler-Attentäter Georg Elser und der Drei-D-Film „Every Thing Will Be Fine“ von Wim Wenders, der außerdem für seine Verdienste mit einem goldenen Ehrenbären ausgezeichnet wird.

US-Regisseur Darren Aronofsky führt die siebenköpfige Jury an, in der neben anderen der Deutsch-Spanier Daniel Brühl und die französische Schauspielerin Audrey Tautou sitzen.

Berlinale-Direktor Kosslick wählte brisante Filme über Kindesmissbrauch, Homophobie und Religionswahn aus, aber auch Unterhaltung soll nicht zu kurz kommen. Erstmals zeigt das Festival in der Reihe „Berlinale Special Series“ an zwei Tagen Premieren neuer Episoden aus US-amerikanischen und europäischen Serien, darunter die US-Produktion „Better Call Saul“ und eine Sonderfolge der TV-Serie „Breaking Bad“.

Zahlreiche Prominente haben ihren Besuch angekündigt. Aus Hollywood Nicole Kidman, Ryan Reynolds, Cate Blanchett, Natalie Portman, Robert Pattinson, Tim Roth, aus Frankreich Léa Seydoux, Juliette Binoche und aus England Helen Mirren, Helena Bonham-Carter sowie Ian McKellen. *Silvia Friedrich*

Wahlkampf voraus

Berlin: SPD-Kolat gegen CDU-Henkel

Berlins Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) will Innensenator Frank Henkel (CDU) die Zuständigkeit für die Ausländerbehörde wegnehmen. Das ist eines der Ergebnisse einer Klausurtagung der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in Leipzig. Kolat will so möglicherweise einen vorgezogenen Wahlkampf gegen den Koalitionspartner CDU um die eingebürgerte Immigrantenklientel führen.

Sie „vermisse Menschlichkeit beim Umgang von Frank Henkel mit den Oranienplatz-Flüchtlingen ...“, heißt es. Die Fraktion stehe in dieser Frage hinter ihr.

Henkel sieht indes keinen Grund, die Zuständigkeiten seines Ressorts zu verändern. „Wir sehen da keinen Handlungsbedarf.“ CDU-Generalsekretär Kai Wegner unterstützt Henkel: „Dieser Beschluss hat praktisch keine Bedeutung. Das Thema ist für die Legislaturperiode klar geregelt. Da ändert sich nichts.“

> Wahl 2016 dürfte Rot-Schwarz beenden

Das wusste natürlich auch die SPD-Fraktion, als sie sich mit dem Thema beschäftigt hat. Politische Beobachter in der Hauptstadt schließen nicht aus, dass der stärkere Koalitionspartner dabei ist, Sollbruchstellen zu installieren, um nach den im Herbst 2016 anstehenden Landtagswahlen eine „Volksfrontregierung“ nach Thüringer Muster „erklären“ zu können. Rot-Grün dürfte bei dem erwarteten Einzug der AfD allein keine Mehrheit erzielen können. Sollte die CDU stärker als die SPD werden, würde sie den Anspruch auf das Amt des Regierenden Bürgermeisters erheben. Die einzige Aussicht für die SPD, dann weiter den Regierungschef zu stellen, wäre das Thüringer Modell. *Theo Maass*

MELDUNGEN

Tel Aviv hat andere Sicht

Tel Aviv – In den letzten Wochen wurde der Pegida-Bewegung unter anderem vorgeworfen, sie schade dem deutschen Ansehen im Ausland und damit auch den Interessen der hiesigen Wirtschaft. Das sah die Regierung in Israel allerdings ganz anders. Für sie waren nicht die Demonstrationen das Problem, sondern das polizeiliche Verbot am 19. Januar aufgrund von Anschlagsdrohungen seitens islamischer Extremisten. So äußerte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit Blick auf die Meldungen aus Dresden sowie die Terrormorde in Frankreich, offensichtlich werde die EU nun von einer „Welle der Islamisierung“ erfasst – was Israel zum strategischen Umdenken zwinge, denn sein Land könne es sich nicht leisten, von Staaten abhängig zu sein, in denen der Islam immer größeren Einfluss erlange.

Damit spielte Netanyahu insbesondere auf den Umstand an, dass die EU nach wie vor der größte Handelspartner Israels ist, gefolgt von den Ländern Südostasiens und den USA. Ähnlich deutlich äußerte sich auch Wirtschaftsminister Naftali Bennett von der nationalreligiösen Partei „Jüdisches Heim“: Wenn man in Israel etwas aus den Ereignissen der letzten Zeit lernen sollte, dann „nicht alle Eier in einen Korb zu legen“. Was das in der Praxis bedeutet, demonstrierten Netanyahu und Bennett Ende Januar während des Staatsbesuches des japanischen Premierministers Shinzo Abe. Sie nannten die Visite – immerhin die erste nach neun Jahren Pause – eine „historische Chance“ und betonten das Bestreben Israels, die ökonomischen Beziehungen zu Asien künftig massiv auszubauen. Deshalb müssen die deutschen Unternehmen nunmehr verstärkt mit japanischer Konkurrenz rechnen – allerdings nicht wegen Pegida oder ähnlicher Bürgerbewegungen, sondern aufgrund des Umstandes, dass der Islam in Deutschland die Spielregeln der Politik zu beeinflussen beginnt. *W.K.*

Schlachtensieg statt Völkermord

Erdogan will mit eigener Jubiläumsfeier von armenischen Genozid-Gedenkfeiern ablenken

Mit einer groß inszenierten Feier zum 100. Jahrestag der alliierten Landung bei den Dardanellen und des Sieges der Türken bei Gallipoli am 24. April möchte die Türkei von den nur einen Tag später beginnenden Gedenkfeiern in Armenien zum 100. Jahrestag des Beginns des Völkermords an den Armeniern in der Türkei ablenken.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat angekündigt, dass er sich „aktiv“ jedem Versuch einer Kampagne der armenischen Diaspora zur Anerkennung der Massaker an den Armeniern aus dem Jahre 1915 durch die Türkei als Genozid widersetzen werde. „Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und die betroffenen Institutionen werden diese Vorwürfe aktiv bekämpfen“, sagte Erdogan in einer Rede vor den türkischen Botschaftern, die sich in Ankara versammelt hatten.

Während Armenien ebenso wie viele andere Länder die Deportationen und Massaker an der armenischen Minderheit in den Jahren 1915 bis 1917 als gezielten Völkermord der damals regierenden Jungtürkenbewegung betrachtet, lehnt die Türkei den Begriff des Genozids für die damaligen Ereignisse ab und spricht nur von Massakern und einer kriegsbedingten Austreibung der Armenier, da einige von ihnen sich auf Seiten der gegnerischen russischen Armee am Krieg gegen das Osmanische Reich beteiligt haben sollen.

Im letzten April noch, zum 99. Jahrestag des Beginns der Ereignisse, hatte Erdogan, damals noch als Premierminister, in einer noch nie dagewesenen Initiative an „die Enkel der 1915 getöteten Armenier“ sein Beileid für die Massaker an den Armeniern (1,5 Millionen nach den Armeniern und 500 000 nach den Türken) ausgedrückt und erstmals von einem „gemeinsamen Schmerz“ gesprochen. Viele Beobachter hatten dies damals als Zeichen der Öffnung auf eine andere Sicht der Geschichte gedeutet.

Die Nachbarstaaten Türkei und Armenien haben bis heute keine diplomatischen Beziehungen. Erst im Jahr 2009 hatten die Türkei und der 1991 aus der Konkursmasse der Sowjetunion entstandene Staat Armenien in Zürich ein Versöhnungsabkommen unterzeichnet, dessen Ratifizierung jedoch scheiterte, weil das Problem

Große Feier zum 100. Jahrestag des Sieges bei Gallipoli

Berg Karabach nicht geregelt ist. Wohl aus diesem Grunde hat Armenien die Beileidserklärung des türkischen Regierungschefs Erdogan von 2014 zurückgewiesen. Die Leugnung eines Verbrechens bedeute dessen Fortsetzung. Nur die Anerkennung und die Verurteilung des Genozids könne eine Wiederholung verhindern, sagte der armenische Staatschef Sersch Sarkissjan.

Am 25. April jedes Jahres erinnern die Armenier weltweit an den Beginn des Völkermords im Jahre 1915. An diesem Tag wird in diesem Jahr das Gedenkjahr in der armenischen Hauptstadt Eriwan offiziell eröffnet. Zahlreiche Staatschefs, darunter Francois Hollande aus Frankreich, das eine große armenische Diaspora beherbergt, die aus der Flucht der Armenier aus der Türkei hervorgegangen ist, haben bereits ihre Teilnahme an diesen Gedenkfeierlichkeiten angekündigt.

Der türkische Präsident hat seinem armenischen Amtskollegen Sergej Sarkissjan dagegen für den 24. April zum gemeinsamen Gedenken an die Schlacht von Gallipoli im Jahr 1915 in die Türkei eingeladen. Sarkissjan erteilte Erdogan jedoch eine Abfuhr und warf ihm vor, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von den Gedenkfeiern in Armenien „ablenken“ zu wollen. In der Schlacht von Gallipoli während des Ersten Weltkriegs hatten muslimische Türken und christliche Armenier noch gemeinsam in der osmanischen Armee gegen den Angriff britischer, australischer, französischer und neuseeländischer Truppen auf die Meerenge der Dardanellen südlich von Istanbul gekämpft. Erst nach dem Sieg bei Gallipoli ein halbes Jahr später wurden die armenischen Soldaten aus den Reihen der osmanischen Armee ausgesondert und ebenfalls in die Wüstengebiete deportiert, wo sie umkamen. Trotz ihrer Beteiligung erinnert beim Çanakkale-Märtyrer-Denkmal in Gallipoli keine Gedenktafel an ihren Beitrag bei den Kämpfen um Gallipoli. Der Sieg bei den Dardanellen gehört zum Gründungsmythos der modernen Türkei. Er wird heute, obwohl die Türkei insgesamt zu den Verlierern des Ersten Weltkrieges gehört, als Anfang des späteren Triumphes gedeutet: als Ouvertüre zur Gründung der türkischen Republik fünf Jahre nach Kriegsende. Der Sieger von Gallipoli, General Mustafa Kemal Atatürk, der es 1922 auch gelang, die Griechen in Anatolien zu besiegen, wurde als Held und Gründer der modernen Türkei gefeiert. *Bodo Bost*


Bild: mauritius

Der armenische Beitrag zum osmanischen Schlachtensieg bleibt hier ungewürdigt: Çanakkale-Märtyrer-Denkmal in Gallipoli

Untertauchen statt kämpfen

Ukrainische Rekruten entziehen sich vierter Mobilisierungswelle

Petro Poroschenko will 104 000 frisch rekrutierte Ukrainer in den Kampf um die Ostukraine schicken. Es ist die vierte Mobilisierungswelle, die drei Monate dauern wird. Weitere sind im April und im Juni geplant. Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren haben – mit wenigen Ausnahmen – ihren Einberufungsbefehl erhalten. Doch wenn die Militärpolizei an die Haustüren der Einberufenen klopft, sind diese häufig nicht aufzufinden.

Der Widerstand gegen die neue Einberufungswelle scheint vor allem im Westen der Ukraine groß zu sein. Selbst Unterstützer der Euromajdan-Bewegung fragen sich inzwischen, wofür sie ihr Leben aufs Spiel setzen sollen. Es hat sich herumgesprochen, dass der versprochene Sold in der Regel ausbleibt. Nach einer nur drei Wochen dauernden Grundausbildung werden sie an die Front geschickt, wo sie auf ortskundige Milizen und auf aus Russland auf- und ausgerüstete, kampferfahrene und straff geführte Spezialeinheiten treffen.

Jurij Birjukow, Berater des ukrainischen Präsidenten, hat die Einberufenen der westukrainischen Kreise Iwano-Frankowo, Ternopil, Transkarpatien und Wolhynien beschuldigt, sich der Einberufung zu entziehen, indem sie sich in Rumänien, Ungarn, in der Slowakei und Polen verstecken. Laut Birjukow erschienen in Iwano-Frankowo zirka 57 Prozent der Einberufenen nicht, 37 Prozent von ihnen sollen die Ukraine verlassen haben. In den östlichen Regionen soll es weniger Deserteure geben. Gegen die Einberufung ihrer Söhne begehrten im vergangenen Jahr bereits Mütter in der Westukraine auf, indem sie Straßen blockierten. Sie sehen es nicht ein, ihre Söhne für einen Kampf gegen das eigene Volk zu opfern. 160 Soldaten aus Iwano-Frankowo, Ternopil und Transkarpatien kamen bislang ums Leben. Viele Ukrainer, vor allem russischstämmige, zieht es nach Russland. Laut dem russischen Migrationsdienst befinden sich über 2,4 Millionen Ukrainer auf russischem Territorium 1,17 Millionen von ihnen sind Männer im wehrpflichtigen Alter. Ihnen drohen Gefängnis und Geldstrafen. Poroschenkos Lockangebot, ihnen umgerechnet 50 US-Dollar Sold pro Tag im Kriegsdienst zu zahlen, hält sie jedoch nicht davon ab, das Land zu verlassen.

Putin gewährt ukrainischen Deserteuren Asyl

Russland macht es flüchtenden Ukrainern indessen leicht. Bei einem Treffen mit Studenten in der St. Petersburger Bergbau-Universität rief Wladimir Putin dazu auf, ukrainischen Deserteuren Unterschlupf zu gewähren. „Sie machen es richtig, weil man sie nur als Kanonenfutter dorthin schubst.“ Nach dem neuen Immigrationsgesetz dürfen sich Ukrainer aber nicht länger als 30 Tage auf russischem Gebiet aufhalten. Deshalb hat Putin eine Ausnahmeregelung für ukrainische Rekruten angeregt. Die Staatsduma, das Komitee für Angelegenheiten der GUS und politische Parteien unterstützen eine Gesetzesänderung, aber ein entsprechender Antrag liegt bis jetzt nicht vor. Michail Jemeljanow, stellvertretender Vorsitzender der Partei „Gerechtes Russland“ regte sogar an, gezielt ukrainische Offiziere zum Überlaufen zur russischen Armee zu bewegen: „Sie sind Geiseln in den Händen der ukrainischen Junta.“

Andere sehen in den ukrainischen Flüchtlingen nützliche Arbeitskräfte, die der russischen Wirtschaft gute Dienste leisten können. In Rostow am Don, wo bereits 830 000 Flüchtlinge leben, beurteilt man den weiteren Zuzug von Ukrainern weniger positiv. Die dortigen Flüchtlingslager sind überfüllt. *M. Rosenthal-Kappi*

Wie die CIA irrte

NIC-Prognosen von 2000 für Trends bis 2015 lagen meist daneben

Der mit zwölf Personen besetzte National Intelligence Council (NIC) war bis 2005 Teil des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA. In dieser Eigenschaft veröffentlichte das Gremium Ende 2000 eine knapp 100 Seiten lange Prognose über die „Global Trends“ bis zum Jahre 2015. Allerdings lagen die Analytiker unter der Leitung des NIC-Chefs John Gannon mit ihren Weissagungen nur selten richtig, wie die Entwicklung während der letzten anderthalb Jahrzehnte zeigt.

So kam es zwar tatsächlich zwischen 2000 und 2015 zu einer massiven Zunahme der terroristischen Anschläge, jedoch irrten sich die Experten, als sie prophezeiten, dass die Attentäter künftig vor allem Massenvernichtungswaffen – und hier insbesondere tödliche Bakterien und Viren – einsetzen würden.

Darüber hinaus sprachen die Verfasser des Zukunftsberichtes von einer wachsenden Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA durch den Iran, dem sie die Fähigkeit zuschrieben, bis 2015 ballistische Raketen mit Nuklearsprengköpfen zu bauen. Dahingegen wiegelten die „Global Trends“ weitgehend ab, was Russland und China betraf. Weder sagte das Dokument jene tiefgreifende Modernisierung der Volksbefreiungsarmee voraus, die es Peking nunmehr erlaubt, den USA im ostpazifischen Raum auf Augenhöhe entgegenzutreten, noch enthielt es den geringsten Hinweis darauf, dass der Kreml in der Lage sein könnte, dem Westen derart Paroli zu bieten, wie er dies seit Beginn der Ukraine-Krise tut. Stattdessen wurde ein dramatischer Rückgang der russischen Bevölkerung aufgrund von Alkoholismus und fallenden Geburtenraten angenommen, zu dem es freilich in der Realität niemals kam.

Ebenso verfehlt war der überbordende Optimismus hinsichtlich des US-amerikanischen Weltraumprogramms, denn von einer „Dominanz im All“ sind die USA, die es derzeit nicht einmal vermögen, aus eigener Kraft Astronauten zur Weltraumstation ISS zu schicken, schon seit Längerem weit entfernt. Komplett illusorisch kamen darüber hinaus auch die Aussagen zur Entwicklung in Europa daher. Dort seien zukünftig nur noch kleinere Probleme zu erwarten, die aus dem „bösartigen Nationalismus“ der Balkanstaaten resultieren, ansonsten zögen mit der EU Wohlstand und Frieden ein. Kein Wort von einer drohenden Finanz- und Schuldenkrise. Wenn die CIA-Wahrsager jemandem nicht zutrauten, mit Geld umzugehen, dann den Tigerstaaten in Asien.

Trotz Fehlleistungen stieg das CIA-Orakel auf

Die größte Schwachstelle der „Global Trends“ waren allerdings die Prognosen über die Zukunft der islamischen Welt. Für Gannons Team stand nämlich fest, dass es bis 2015 muslimische Staaten geben werde, in denen religiöse Minderheiten volle politische und kulturelle Rechte genießen. Außerdem wurde ein paralleler Siegeszug von Islam und Christentum angekündigt – tatsächlich jedoch ist der Islam in den letzten 15 Jahren doppelt so stark expandiert wie das Christentum. Dafür lag die Entstehung machtvoller Terrormilizen vom Schlage Islamischer Staat oder Boko Haram außerhalb des Vorstellungshorizontes der Analysten, weswegen die USA dann auch nur begrenzt auf einen Kampf gegen diese neue Art von Gegner vorbereitet waren.

Angesichts solch krasser Fehleinschätzungen mit höchst negativen Konsequenzen hätte es längst zur Auflösung des NIC kommen müssen, doch stattdessen avancierte das CIA-Orakel zum übergeordneten analytischen Organ aller 15 Geheimdienste Washingtons. *Wolfgang Kaufmann*

Sind Aktien die Rettung?

Niedrigzinspolitik lässt Flucht in Kapitalanteile attraktiv erscheinen, doch Börsengurus warnen

Mit der von der Europäischen Zentralbank betriebenen Niedrigzinspolitik droht, dass die Sparer in Deutschland zu Verlierern der Euro-Rettungspolitik werden. Die klassischen risikoarmen Sparformen werfen kaum noch Zinsen ab. Höhere Renditen auf dem Aktienmarkt sind wiederum mit einem Verlustrisiko verbunden, das nach Meinung einiger Finanzexperten zunehmend steigt.

Zumindest bisher galt für die meisten Deutschen die Regel, „Sicherheit geht vor Rendite“. Dementsprechend schlummerten im Schnitt rund 40 Prozent des deutschen Geldvermögens auf Tagesgeld- oder Sparbuchkonten. Da die Verzinsung bereits seit dem Jahr 2011 unter der Inflationsrate liegt, verlieren die Anleger allerdings schleichend an Kaufkraft, wenn sie sparen. Berechnungen der Commerzbank sind zu dem Ergebnis gekommen, dass bis 2018 den privaten Haushalten in Deutschland durch die negative Realverzinsung 230 Milliarden Euro an Kaufkraft fehlen werden. Im Klartext: Wer spart, verliert. Er wird schleichend enteignet. Zunehmend in der Bredouille stecken mit dem Zinstief auch die Lebensversicherer, die ihre Ausschüttungen an die Kunden zusammenstreichen müssen. Zu Recht warnt der Sparkassen-Präsident Georg Fahrenschon vor den Gefahren für die Sparer, die der Krisenkurs der Europäischen Zentralbank (EZB) samt Mini-Zinsen mit sich bringt. „Wir müssen uns viel mehr Gedanken darüber machen, dass nicht eine Generation von Sparern wirklich zu Verlierern wird“, so Fahrenschon im ZDF. Als unwahrscheinlich kann gelten, dass die Notenbanken die Leitzinsen in den kommenden Jahren wieder bedeutend anheben werden. Eine ganze Reihe von Staaten hat inzwischen so hohe Schuldenberge angehäuft, dass die Bedienung der aufgenommenen Kredite überhaupt nur noch bei einem niedrigen Zinsniveau zu meistern ist.

Angesichts solcher Umstände zieht der Volkswirt Frank Mella, der im Jahr 1987 den deutschen Aktienindex Dax kreierte, ein drastisches Fazit: „Wir müssen uns in Deutschland wohl noch daran gewöhnen, dass wir neuerdings in einer Schwachwährung zahlen und bilanzieren, nachdem es jahrzehntelang umgekehrt war. Als Berufsanfänger würde ich mich heute nur noch gegen Berufsunfähigkeit und als Familienvater versichern, aber nicht mehr zur Altersvorsorge.“ Statt nur über die Niedrigzinsen zu klagen, rät der Dax-Experte, das Zinstief zu nutzen: „Wer heute bauen will, findet paradiesische Zustände vor: Baugeld zu zwei Prozent auf 20 Jahre. Ziel der Altersvorsorge war es seit eh und je, im Ruhestand schuldenfrei in den eigenen vier Wänden zu wohnen.“

> In Deutschland hat die Geldanlage in Aktien kaum Tradition

Mit der Ankündigung eines Aktionsbündnisses von Banken und Börse, am 16. März auf alle Kosten für den Kauf eines Dax-Wertes zu verzichten, dürfte hierzulande auch die Diskussion um die Anlageform Aktie demnächst wieder etwas aufleben. Bislang sind laut dem Deutschem Aktieninstitut (DAI), einem Verband der Unternehmen und Institutionen, die am deutschen Kapitalmarkt tätig sind, haben lediglich sieben Prozent der Deutschen in Dividendentitel investiert. In anderen Ländern liegen die Quoten dagegen bei 20 Prozent und mehr. Denkbar ist durchaus, dass die bevorstehende Flutung der Anleihemärkte durch die EZB die europäischen Aktienkurse in die Höhe treibt, wie dies auch schon als Folge der Quantitive-Easing-Politik der US-Zentralbank zu beobachten war. Gezeigt hat sich, dass das Geld, das die Notenbanken ins Finanzsystem pumpen, über Umwege in Aktien fließt.

Auf der anderen Seite mehren sich kritische Stimmen aus dem Finanzsektor, die vor einem neuerlichen wirtschaftlichen Absturz warnen. Dazu kommen inzwischen auch noch Zweifel, ob nicht die Zentralbanken selbst mit ihrem Latein langsam am Ende sind und im Notfall als Retter ausfallen werden. „Eigentlich haben wir jetzt unser letztes Pulver verschossen“, kommentierte etwa Österreichs Nationalbankchef Ewald Nowotny die Ankündigung des 1,14 Billionen Euro schweren Anleihenkaufprogramms durch die EZB. In der angelsächsischen Wirtschaftspresse hat fast zeitgleich eine extrem düstere Prognose des britischen Hedgefundsmanagers Crispin Odey für Aufsehen gesorgt: Aus Sicht Odeys, der einen Zwölf-Milliarden-Dollar-Fonds verwaltet, stehen wichtige Volkswirtschaften vor einem so massiven wirtschaftlichen Abschwung, dass man sich daran „wahrscheinlich noch in 100 Jahren erinnern wird“. Wachsende Probleme in China sowie fallende Öl- und Rohstoffpreise mit Auswirkungen auf den Mittleren Osten und Länder wie Australien, Kanada, die USA, Norwegen und Schottland drohen aus Sicht Odeys eine Kettenreaktion in Gang zu bringen: „Gerät die Wirtschaftstätigkeit erst ins Stocken, dann wird es eine schmerzhafte Runde von Zahlungsausfällen geben.“ Die Aktienmärkte würden „zerschmettert“ werden. Odey glaubt, dass die Zentralbanken nicht mehr in der Lage sein werden, diese Entwicklung zu stoppen. „Man hat alle finanzielle Feuerkraft verbraucht, um den Rückgang aus den Jahren 2007 bis 2009 aufzufangen“, so die Warnung in einem Investorenbrief.

Norman Hanert



Bild: action press

Auch die hier gehandelten Papiere bieten keine absolute Sicherheit: Handelssaal der Frankfurter Wertpapierbörse

MELDUNGEN

Russland ohne Swift wird teuer

Brüssel/Moskau – Im Zuge neuer Sanktionen gegen Russland wollen die EU-Staats- und Regierungschefs Mitte Februar über den Ausschluss Russlands aus dem internationalen Banken-Netzwerk „Swift“ beraten. Elvira Nabiullina, Chefin der russischen Staatsbank, ist vorbereitet. Notfalls müssten russische Banken auf das alte System der Telefaxe zurückgreifen, sagte sie. Ein Ausschluss würde der russischen Wirtschaft zweifelsohne schaden, würde aber auch auf die EU zurückschlagen. Russland könnte weder ausländische Lieferanten bezahlen noch seine Außenschulden begleichen. *MRK*

Milliarden für Toll Collect

Berlin – Der Bund hat der Toll Collect GmbH als Betreiber des Lkw-Maut-Systems in den Jahren 2009 bis 2014 jährlich rund 500 Millionen Euro als Vergütung gezahlt, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. Zur Höhe der Toll Collect zugestandenen Rendite verweigerte die Bundesregierung die Auskunft, da diese Informationen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Toll Collect berührten. Bis 2017 soll die Vergütung auf 595 Millionen Euro im Jahr steigen. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.048.168.874.859 €
Vorwoche: 2.048.065.731.096 €

Verschuldung pro Kopf:
25.358 €
Vorwoche: 25.357 €

(Dienstag, 3. Februar 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Vorläufige Anwendung«

Laut Greenpeace soll TTIP auch ohne Ratifizierung in Kraft treten

Eigentlich als „Charme-Offensive“ in Sachen Freihandelsabkommen geplant, war der Österreich-Besuch von EU-Kommissarin Cecilia Malmström von einem brisanten Verdacht überschattet. Die EU plane, Teile der umstrittenen Freihandelsabkommen mit Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika zu völkerrechtlichen Tatsachen zu machen, bevor die Parlamente der Mitgliedsländer überhaupt zugestimmt hätten, so der Vorwurf von Greenpeace. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation soll eine Analyse des bereits mit Kanada fertig ausgehandelten, aber noch nicht in Kraft getretenen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) ergeben haben, dass die Regelungen zu Schadensersatzklagen von Unternehmen gegen Staaten bereits vor einer Abstimmung in den nationalen Parlamenten in Kraft treten sollen.

Dieses soll über eine sogenannte vorläufige Anwendung geschehen. Die Möglichkeit zu einer solchen „vorläufigen Anwendung“ bietet der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Dort heißt es, dass der Europäische Rat auf Vorschlag eines Vertragsverhandlungsführers eine vorläufige Anwendung eines Abkommens noch vor dessen Inkrafttreten genehmigen kann.

Nach Angaben eines österreichischen Sprechers von Greenpeace soll ein Vertreter der EU-Kommission auf Anfrage inzwischen bestätigt haben, dass man dem EU-Rat auch beim Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) ein derartiges Vorgehen vorschlagen will. Im Falle Österreichs wird befürchtet, dass Investoren auf diesem Wege für mindestens drei Jahre ein Klagerecht gegen die Alpenrepublik erhalten könnten, selbst wenn der Nationalrat die Ratifizierung des Abkommens letztendlich ablehnt.

> EU-Abgeordnete fürchten US-Einfluss auf EU-Gesetzgebung

Auch die stark in der Kritik stehenden privaten Schiedsgerichte könnten mithilfe der „vorläufigen Anwendung“ ihre Arbeit aufnehmen. Auf welche Ablehnung der Gedanke einer privaten Konzerngerichtsbarkeit stößt, hat die EU-Kommission durch eine von ihr selbst in Auftrag gegebene Meinungsumfrage vor Augen geführt bekommen, an der sich europaweit von Mai bis Juli 2014 vergangenen Jahres mehr als 150000 Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen beteiligt haben. Fast 90 Prozent der Befragten haben sich dabei klar gegen private Schiedsgerichte für ausländische Investoren ausgesprochen.

Inzwischen sind es nicht nur die bekanntgewordenen Pläne zur „vorläufigen Anwendung“ von TTIP-Vereinbarungen, die zu Befürchtungen geführt haben, die europäischen Parlamente sollten übergangen werden. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) unter Berufung auf ein zehnseitiges Geheimpapier der EU-Kommission berichtet, gibt es in Brüssel auch Pläne, sich im Rahmen von TTIP mit den USA frühzeitig über politische und gesetzliche Änderungen auszutauschen. Konkret soll einmal im Jahr eine Liste geplanter regulatorischer Vorhaben übergeben werden. Obendrein ist als Herzstück der Kooperation ein „Regulatory Cooperation Body“, ein Gremium für die regulatorische Zusammenarbeit, vorgesehen. In der Praxis soll das zu einer gegenseitigen, institutionalisierten Einflussnahme im Gesetzgebungsverfahren führen, so die „SZ“. Kritiker im EU-Parlament fürchten, dass diese angeblich gegenseitige Einflussnahme sehr einseitig vonseiten der USA ausgehen werde.

Noman Hanert

Berechtigte Skepsis

Warum Firmen zögern, bestimmte Bewerbergruppen einzustellen

Geht es um ihre Einstellungspolitik, scheinen Deutschlands Firmenchefs und ihre Personalverantwortlichen einzig von dumpfen, kurzsichtigen Vorurteilen geleitet zu sein. Ein ums andere Mal weisen Untersuchungen nach, dass sie Arbeitssuchende mit ausländisch klingenden Namen benachteiligen. So zeigte eine Studie, in der mehrere hundert fiktive Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz als Bürokaufmann und als Kfz-Mechtroniker verschickt wurden, dass ein Lukas bei gleicher Qualifikation sehr viel bessere Chancen auf ein Vorstellungsgespräch hat als ein Ahmet.

Die Betroffenen selbst sehen es ebenso. Besonders Einwanderer aus der Türkei und aus arabisch-muslimischen Staaten leiden, laut einer weiteren Studie, bei der 5000 Personen befragt wurden, unter Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt. 60 Prozent von ihnen fühlen sich benachteiligt.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, erklärte jüngst in einem Radio-Interview, dass vor allem Bewerber mit türkischen oder arabischen Namen Probleme hätten, eine Lehrstelle zu finden. „Sie werden aussortiert“, kritisierte die SPD-Politikerin. Nicht nur für „SpiegelOnline“ ist daher klar: „Deutschland hat ein ernstes Diskriminierungsproblem.“

Wie aber sieht es wirklich in der alltäglichen Praxis des Wirtschaftslebens aus? Unternehmen, die sich im ökonomischen Wettbewerb behaupten wollen, müssen nach den bestmöglichen Arbeitskräften Ausschau halten. Fleißig, ehrgeizig, klug und teamfähig sollen sie sein – gleich ob sie Lukas oder Ahmet heißen. Je kleiner der Betrieb ist, umso weniger kann er sich Fehlgriffe leisten, umso unvernünftiger wäre es zudem, sich von Vorurteilen leiten zu lassen.

> Ausbildungsabbruch schon bei kleinen Unstimmigkeiten

Persönliche Erfahrungen und die Erlebnisse von Berufskollegen spielen bei der ersten Auswahl der Bewerber eine wichtige Rolle. Wer bei manchen Namen skeptisch ist, hat Gründe. Dann haben sich Menschen mit ähnlichem Migrationshintergrund in der Vergangenheit als wenig tauglich erwiesen. Auch dazu gibt es Zahlen und Studien, die solche Erfahrungswerte sachlich belegen. Die Integrationbeauftragte Aydan Özoguz sollte sie eigentlich kennen. So lässt sich im jüngsten Bildungsbericht, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, nachlesen, dass Kinder von Eltern türkischer Herkunft zu 51 Prozent einem sogenannten Bildungsrisiko ausgesetzt sind.

Bei Kindern von deutschen Eltern liegt es bei 11,2 Prozent. Der Nachwuchs aus Zuwandererfamilien bricht die Schule mehr als doppelt so häufig ab wie deutsche Klassenkameraden. Jugendliche türkischer Herkunft haben zu 38 Prozent keine Ausbildung, bei Deutschen sind es acht Prozent.

Die Abbrecherquote bei Ausbildungsplätzen ist besonders hoch, stellte sogar eine vom türkischen Generalkonsulat herausgegebene Studie fest. Dort heißt es weiter: „Es gibt türkische Jugendliche, die manchmal auch wegen kleiner – lösbarer – Unstimmigkeiten mit der Familie oder der Firma die Ausbildung abbrechen.“ Diese Aussage würden wohl viele Unternehmer unterschreiben.

Frank Horns

Sprachverirrung

Von Christian von der Groeben

Vizekanzler Gabriel spricht bei einer Pressekonferenz über die aktuellen Probleme in Griechenland und über die Pflicht der reichen Griechen, ihrem Land wieder auf die Beine zu helfen. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Jahr 1945 und die Hilfe der im Westen verbliebenen (noch wohlhabenden) Deutschen, die nach Kriegsende einen Teil ihres Vermögens im Lastenausgleich an die Zuwanderer aus dem Osten hätten abgeben müssen.

Man muss zweimal hinhören, bis man begreift, von wem er da spricht: Mit „Zuwanderern“ meint Gabriel jene Vertriebenen und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten und aus der Tschechoslowakei, die als Deutsche aus Deutschland vertrieben und von Deutschen aufgenommen wurden.

Sein Wortgebrauch ist gewiss kein versehentlicher Lapsus, sondern wohlüberlegte Begriffsverwirrung. Damit reiht er sich in die ziemlich große Schar der Verharmloser ein. In den Schulen wurde ja bereits im Geschichtsunterricht von Umsiedlung gesprochen; jetzt nennt man uns Vertriebene also Zuwanderer, in einigen Jahren werden wir vielleicht als Asylanten bezeichnet.

Selbsttäuschung

Von Hans Heckel

Die Bürgerbewegungen, die sich um und aus der Dresdener Pegida-Gruppe gebildet haben, scheinen zu zerfasern. Politik und Medien nehmen dies mit sichtlicher Erleichterung auf: Die sind wir wohl los.

Wirklich? Kaum: Die Erleichterten unterliegen einer mehrfachen (Selbst-)Täuschung. Zunächst einmal war Pegida nicht das Problem, sondern bloß ein Symptom, das nun abzuschwellen scheint. Auch verniedlichen die (bis auf Dresden) überschaubaren Teilnehmerzahlen die tatsächliche Unterstützung der Bewegung im Volk.

Denn: Die bürgerlichen Kreise, welche die „Gida“-Bewegungen wesentlich tragen, sind deutlich weniger geneigt, auf Demonstrationen zu gehen, als die politische Linke. Daher ist davon auszugehen, dass hinter jedem bürgerlichen Demonstranten eine hohe Zahl stiller Sympathisanten steht, die sich nur nicht haben überwinden können, auf die Straße zu gehen. Auch waren die oft hasserfüllten Gegenveranstaltungen nicht selten dermaßen gewalttätig, dass sich viele Bürger einfach nicht zu den angegriffenen Demonstrationen getraut haben.

Schließlich entfachten Politik, Medien, Kirchen und alle anderen mächtigen Instanzen eine nie dagewesene Kampagne, die weitere Unterstützer der Bürgerproteste zwar abgeschreckt, aber gewiss nicht überzeugt haben. Vielmehr dürfte die Kampagne deren Entfremdung von der politischen „Elite“ des Landes nur noch vertieft haben.

An Anlässen für ein Wiederaufflammen der Bürgerbewegung wird kein Mangel sein. Dann könnte Deutschland eine „Pegida hoch drei“ erleben.

Ein Feigling war er nicht

Von Jan Heitmann

Nicht nur, weil man über Tote bekanntlich nichts Schlechtes sagen soll, gleichen die Nachrufe auf Richard von Weizsäcker eher elegischen Lobeshymnen. Schließlich wurde der dezent-elegante und in jeder Hinsicht gewandte Freiherr schon als amtierender Bundespräsident zum Staatsoberhaupt par excellence hochgeschrieben. Auffällig ist, dass sich in fast jedem Nachruf ein Hinweis darauf findet, dass der Verstorbene sich in der Endphase des Krieges „von der Truppe abgesetzt“ habe. Damit soll wohl seine besondere Ehrenhaftigkeit betont werden, gilt heutzutage doch der Deserteur als der wahre Held, während der Soldat, der bis zum bitteren Ende seine Pflicht getan hat, als Handlanger des NS-Regimes und fanatischer Kriegsverlängerer verunglimpft wird.

Auch diejenigen, die Weizsäcker ablehnen, weil er den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet, die Vertreibung als „erzwungene Wanderschaft“ verharmlost oder RAF-Terroristen begnadigt hat, weisen gern darauf hin, Weizsäcker habe sein Regiment eigenmächtig verlassen. Sie tun dies allerdings, um einen Schatten auf das Bild von der „Lichtgestalt unter den Bundespräsidenten“ zu werfen.

Um der historischen Wahrheit willen muss gesagt werden: Beide Seiten haben Unrecht. Diejenigen, denen 1945 die Flucht aus Ostpreußen gelang, denken dankbar an die deutschen Soldaten, die sich verbissen der Roten Armee entgegengestellt und so die Fluchtwege und Einschiffungsplätze freigehalten haben. Diesen Dank schulden sie auch dem Hauptmann Richard von Weizsäcker, denn er war einer von denen.

Weizsäcker blieb bei seiner Truppe

Dessen Kriegseinsatz lässt sich aus erhalten gebliebenen Unterlagen lückenlos nachvollziehen. Nachdem er den ganzen Krieg an der Ostfront verbracht hatte, wurde Weizsäcker mit seinem Regiment in Ostpreußen im Kessel von Heiligenbeil bei Balga in schwere Abwehrkämpfe verwickelt. Als die Russen am 27. März das Übersetzen der deutschen Truppen auf die Frische Nehrung durch Trommelfeuer und einen Sturmangriff verhindern wollten, übernahm der 25-Jährige an Stelle seines verwundeten Kommandeurs die Führung des zerschlagenen Regiments und schloss sich einem Gegenangriff an. Für diese Tapferkeitstat wurde er für die Nennung im Ehrenblatt des deutschen Heeres vorgeschlagen. In dem Vorschlag heißt es: „Der Russe erkannte den nach Süden vorgetragenen Angriff und überschüttete ihn mit Feuer aller Kaliber. Trotz dessen riss W. die letzten Männer seines Regiments durch sein leuchtendes Beispiel und notfalls härteste Maßnahmen immer weiter vor. ... Durch diesen todesmutigen Einsatz, den er auf seine Männer übertrug, wurden Tausende gerettet.“

Er selbst verließ verwundet und als einer der letzten den Brückenkopf. Vom Lazarett in Königsberg wurde Weizsäcker nach Pillau und weiter über die Ostsee nach Kopenhagen evakuiert und schließlich zu seinem Ersatztruppenteil in Potsdam in Marsch gesetzt. Hier wurde ihm ein Genesungsurlaub auf dem Gut seiner Großmutter in Lindau am Bodensee genehmigt, wo er das Kriegsende erlebte.

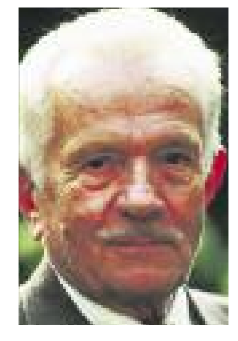
Weizsäcker hat sich also nicht eigenmächtig von der Truppe entfernt. Wie immer man zu ihm stehen mag, wer ihn als Fahnenflüchtigen hinstellt, verletzt die Ehre des tapferen Offiziers. Das ist unredlich und gilt selbst dann, wenn man es damit eigentlich gut mit ihm meint.



Die letzten deutschen Soldaten verlassen den Kessel von Heiligenbeil und setzen über das Frische Haff. Einer von ihnen war Hauptmann Richard von Weizsäcker

Bild: Archiv

Moment mal!



Lohn der Angstmacher

Von Klaus Rainer Röhl

Am 18. Januar wurde eine Pegida-Kundgebung in Dresden verboten, weil „die Gefahr“ eines „Anschlags auf die Anmelderin“ bestand. Von wem die Drohung ausging, wurde nicht verschwiegen: von islamistischen Terroristen. Es gibt sie also, und die Staatsschutzbehörden haben sie im Visier. Die Hauptbeschäftigung dieser Islamisten besteht darin, Geld, Waffen und Menschen für den Kampf für den „Islamischen Staat“ in Syrien und im Irak zu rekrutieren. Aber ganz nebenbei könnten sie ihre in Ausbildungslagern und, soweit möglich, auf realen Kriegsschauplätzen im Nahen Osten erworbenen Fähigkeiten zu schießen und Sprengstoff-Attentate zu verüben, auch mal gegen Kritiker in Europa anwenden.

Wie die Ermordung fast einer ganzen Redaktion von Satirikern in Paris gezeigt hat. Begründung: Die Zeichner hätten den Propheten Mohammed beleidigt. Sie wurden zum Tode verurteilt und das Urteil wurde ohne Federlesen sofort vollstreckt. Mit 1000 Peitschenhieben einen Ketzer schrittweise zu Tode foltern wie ihre Glaubensbrüder in Saudi-Arabien, damit halten sich die Schnellrichter des Terrors in Europa nicht auf. Tod ist Tod, und der soll abschrecken, Angst machen und die Europäer reif zur Unterwerfung. Chinas oberster Kommunisten-Chef Mao-Tsetung, der auch für seine Massenmorde noch lehrreiche Begründungen suchte, fand den passenden Spruch dafür: „Bestrafe einen, erziehe hundert.“ Als „terreur“ und schließlich „grande terreur“ von der Französischen Revolution erprobt. Angst als Herrschaftsmittel.

Mehr Angst als Vaterlandsliebe zeigte in dieser Woche das Kölner Faschingskomitee, indem es freiwillig einen der sogenannten „Motivwagen“ von dem geplanten Karnevalszug ausschloss. Einen Wagen mit diesen traditionell groben, aus Pappmaché zusammengebastelten und in grellen Farben bemalten Figurengruppen, wie sie zum großen Karnevalsumzug durch Köln fahren. Bei diesem Karnevalszug, der in ähnlicher Form auch in Mainz und in Düsseldorf stattfindet und durch pausenlose Direktübertragungen alljährlich in allen deutschen, Schweizer und österreichischen Wohnzimmern über den Fernsehschirm flimmert, werden die vielen Witzfiguren, die meist nicht sonderlich originell sind, vor allem mit Beifall bedacht, wenn sie besonders grobe erotische oder fäkal-derbe Anspielungen auf Prominente zeigen. Beispiel: Angela Merkel als säugende Muttersau mit vielen Zitzen, nichts ist da tabu – es ist ja alles „jeck“, das heißt verrückt, aber eben auch nur zur Karnevalszeit. Das war immer so.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Bis heute.

Auf einem dieser Wagen sollte nun, der aktuellen Situation nachempfunden, ein schwarz vermummter, blöde grinsender, mit Sprengkapseln umgürteter und seine Kalaschnikow schwenkender Terrorist zusammenstoßen mit einem blonden, rotnasigen Karnevalisten. Der steht vor einem Motiv-Wagen, auf dem vorne eine Friedenstaube mit einem Bleistift im Schnabel zu sehen ist und hinten ein Kasten mit der Aufschrift „Meinungsfreiheit!“ und „Pressefreiheit“. Der blonde Kölner rammt dem Schwarzvermummten einen armdicken Buntstift direkt in die Mündung seiner Kalaschnikow. Und unten auf dem Wagen steht auch die millionenfach verbreitete Solidaritätsbekundung „Ich bin Charlie“. Dieser Entwurf für einen Motivwagen, der im Vergleich mit den vor Jahren in Dänemark und den kürzlich in „Charlie Hebdo“ veröffentlichten Karikaturen sehr gemäßigt daherkam, hatte sich bei einer Abstimmung unter den Karnevalsvereinen auf Facebook mit großer Mehrheit durchgesetzt. Das Kölner Karnevals-Komitee entfernte den Wagen trotzdem aus dem Programm. Man nehme die Sorgen der „BürgerInnen“ ernst, so die Begründung.

„Wo fängt sie an“, fragte die linke „taz“, „wann geben wir uns geschlagen, vor der stärksten Waffe, die die Terroristen haben, der Angst?“ Gut, was die „taz“, für Geld, da schreibt. Was sie, umsonst, verschweigt, ist, dass es sich hierbei nicht um „die Terroristen“ und irgendwelche Drohungen, sondern ganz konkret um islamistische Gewalt handelt, vor der die Kölner Narren eingeknickt sind. Die Narren werden zu Angsthasen, und das ist gar nicht mehr zum Lachen. Und wenn wir aus Angst und im vorauseilenden Gehorsam vor dem Terror der Gotteskrieger bereit sind, die Meinungsfreiheit aufzugeben, werden die Terroristen das als Schwäche auslegen und in der Folge – bei immer geringeren Anlässen – mit brutaler Gewalt reagieren. Merke: Der Terror geht immer nur so weit, wie man es zulässt.

Während der islamistische Terror in Syrien und im Irak bereits einen eigenen Staat mit einer eigenen Killertruppe unterhält, öffentlich Todesurteile vollstreckt und der gleiche Irrwahn in Nigeria unter dem Namen Boko Haram täglich hunderte Mitmenschen ermordet, gibt es bei uns in Deutschland Leute, die Islamisten-Kritiker diffamieren, ob es sich nun um die Pegida-Demonstranten handelte oder um eine Partei wie die AfD, der bei ihrem Parteitag ein breites Bündnis von ungezieltem Hass entgegenschlug. Ein Hass, der manchmal auch in Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen“ unkontrolliert ausbricht. Stets richtet er sich gegen „die da“. Ja, sogar dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel wird von seiner Generalsekretärin, deren Vater einst vor dem Terrorregime der Mullahs im Iran geflohen ist, vorgeworfen, wie er sich nur mit denen da, mit „solchen Leuten“ treffen könne.

Der Autor: Bekannt wurde Klaus Rainer Röhl als Herausgeber der linken Zeitschrift »Konkret«. Vom Parteigänger der Kommunisten wandelte er sich zum engagierten und vielbeachteten Kritiker der 68er und ihrer Nachwirkungen. Röhl wurde 1928 in Danzig geboren und lebt heute in Köln.

In den ersten Wochen der Dresdner Demonstrationen versuchte man zu streuen, die Anführer oder Organisatoren von Pegida seien ganz einfach Nazis. Also wie, NPD-Mitglieder? Rechtsextreme, Hitler-Verehrer? Da man leicht erkennen konnte, aber auch nicht gern wahrhaben wollte, dass bei den Pegida-Demonstrationen nicht 20 000 „Nazis“ auf die Straße gegangen waren, erfand man eine neue anonyme Feindgruppe: Die da. Bei „denen da“ hieß es, dürfe man nicht „mitlaufen“, obwohl man die Sorgen und Ängste der Teilnehmer ja verstehen wolle. Ängste um den Arbeitsplatz womöglich. Die Demonstranten aber waren, ausweislich hunderter missglückter Versuche linker Fernsehteams, das Gegenteil zu beweisen, normale Bürger, die einem ordentlichen Beruf nachgingen, der ihnen auch keineswegs gefährdet erschien.

Gefährdet erschien ihnen jedoch unsere schöne und liebenswerte Heimat. Deutschland. Deshalb nannten sie sich Patrioten. Patriotismus, Liebe zu seinem Land, ist heute überall in Europa eine Selbstverständlichkeit, von England bis Spanien, wie im neuen Griechenland des Alexis Tsipras. In den Augen deutscher Autonomer und Linker aber sind Patrioten ganz einfach „Nazis“. Vor denen man mehr Angst haben müsse als vor dem Terror der Dschihadisten. Auch hier Angst als Waffe. Aber die Waffe Stumpfsinn bockt. Es ist eine neue Generation herangewachsen, die sie mit den alten Phrasen nicht mehr erreichen. Trotz fast schon obligatorischer Fernseh-Präsenz des ewig grinsenden DDR-Anwalts Gregor Gysi. Den holen die 68er Fernsehmacher immer noch in fast jede zweite Politsendung. Aber die Jungen haben den Kasten längst abgeschaltet und surfen im Netz. Und Gysi grinst weiter in die Kameras. Aber er grinst ins Leere.

Gläserner Sarg Ostsee

Günter Grass als Ausstellungspate – Kunstprojektionen zum Untergang der »Wilhelm Gustloff« in Lübeck

In Anwesenheit des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass und von Überlebenden des Untergangs der „Wilhelm Gustloff" fand in der Lübecker St.-Jakobi-Kirche eine Feierstunde zum größten Schiffsuntergang aller Zeiten statt. Es war der würdige Auftakt zur Ausstellung „War eigentlich ein schönes Schiff ...", die bis zum 27. September im Günter Grass-Haus in Lübeck zu sehen ist.

Als vor 70 Jahren, am zwölften Jahrestag von Hitlers „Machtergreifung", sowjetische Torpedos die „Wilhelm Gustloff" versenkten und über 9000 Passagiere, vorwiegend ostpreußische Flüchtlinge, in den eisigen Fluten der Ostsee ertranken, nahm kaum einer Notiz davon. Es war Krieg, die deutsche Bevölkerung war selbst mit dem eigenen Überleben befasst, und aus Sicht der Alliierten waren die Opfer alle „Feinde". Anders als beim Untergang der „Titanic", bei dem viel weniger Menschen starben, hüllte man um den Untergang der „Gustloff" und anderer versenkter Flüchtlingsschiffe des Zweiten Weltkriegs lieber den Mantel des Schweigens.

Es ist auch Günter Grass zu verdanken, dass dieses Rede-Tabu durchbrochen wurde. Nach anfänglichen kurzen Anspielungen auf diese Katastrophe in seinen früheren Büchern – in der „Blechtrommel" träumt Hauptfigur Oskar Matzerath von den „an die viertausend Kindern", die auf einem Fährtransport in den Westen ums Leben kamen – widmete der Autor diesem Thema erst sehr viel später ein ganzes Buch.

Das Günter Grass-Haus packt nun die Gelegenheit beim Schopf, zum Jahrestag des Schiffsuntergangs die 2002 erschienene Grass-Novelle „Im Krebsgang" ins Zentrum einer Ausstellung über die „Gustloff" zu rücken. Was diese Ausstellung bemerkenswert macht, ist weniger der Umstand, dass der in dem Buch begangene Tabubruch im Vordergrund steht, mit dem ausgerechnet ein linker Schriftsteller es wagte, ein an Deutschen begangenes Kriegsverbrechen zu thematisieren. Beachtlich ist vielmehr die Tatsache, dass dort nun auch – wenngleich kleine – Kostproben von Literaten, Künstlern, Musikern und Fotografen aus anderen Ländern des Ostseeraums zu sehen sind, die sich (selbst-)kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen und sich damit ebenfalls gegen das Vergessen stemmen. Vielfach weiß man in deren Ländern nichts von dieser Katastrophe.

Von den Städtischen Galerien Danzigs mitkonzipiert, wurde ein Teil der Ausstellung bereits in der dortigen Günter Grass-Galerie vorgestellt. Schon am Eröffnungsabend in der St.-Jakobi-Kirche legte sich die an der Ostsee aufgewachsene polnische Performance-Künstlerin Anna Steller in einen wassergefüllten gläsernen Sarg und stellte sich die Frage: „Habe ich unser Meer je als einen der größten Unterwasser-Friedhöfe betrachtet?" Dass unter solchen Vorzeichen ein unbeschwerter Blick auf die Geschichte schwierig ist, wird erst recht klar, wenn man die Unterwasseraufnahmen des Schweden Jonas Dahm oder die Sonarbilder seines Landmanns Magnus Petersson betrachtet. Eiserne Schiffssärge verrotten da auf dem Meeresgrund, nicht nur die der „Gustloff", sondern auch die der „Goya", der „Steuben" und anderer Kriegswracks.



Grass mit „Gustloff"-Sonarbild. Rechts oben: Originalmanuskript von „Im Krebsgang" Bilder (2): tws

Einen Tabubruch anderer Art wagt der russische Videokünstler Jewgenij Umanskij, indem er das Königsberger Denkmal für den U-Boot-Kommandanten Alexander Marinesko bildlich in seine Einzelteile zerlegt. Marinesko war es, der die drei Torpedos auf die „Gustloff" abfeuerte. Zunächst unehrenhaft aus der Marine entlassen und wegen Diebstahls in einen Gulag abtransportiert, wurde er nach seinem Tod rehabilitiert und von Michail Gorbatschow zum „Helden der Sowjetunion" ernannt. Umanskijs Arbeit kratzt an diesem Heldenbild und dürfte in seiner Heimat wohl als unpatriotisch gewertet werden, wenn die Ausstellung – wie geplant – auch in Königsberg gezeigt wird.

Wer sich lieber mit der „Gustloff"-Novelle „Im Krebsgang" beschäftigen will, kommt in der Ausstellung nicht zu kurz. Diese ist eine bunte Mischung von Kunstinstallationen, „Gustloff"-Bildern und Grass-Rezeption. Im Zentrum von Letzterer stehen das handgeschriebene Originalmanuskript von Grass sowie seine auf einer Olivetti-Schreibmaschine geschriebenen Textvarianten. Ein „Hörparcours" führt dabei von einer Ausstellungsstation zur nächsten. Schauspieler Mario Adorf, der schon 1979 in der Grass-Verfilmung von „Die Blechtrommel" mitwirkte, spricht Grass-Texte wie diesen aus „Mein Jahrhundert" (1999): „Ich sah mit Zivilisten, Verwundeten, Parteibonzen überladene Schiffe von Danzig-Neufahrwasser ablegen, sah die ‚Wilhelm Gustloff', drei Tage bevor sie sank. Ich schrieb kein Wort darüber."

Es wurde langsam Zeit, dass man darüber schreiben – und sprechen kann. *Harald Tews*

Günter Grass-Haus, Glockengießerstraße 21, 23552 Lübeck, geöffnet täglich außer montags 11 bis 17 Uhr. Eintritt: 6 Euro. Internet: www.grass-haus.de

MELDUNGEN

Weniger Gäste in den Museen

Berlin – Die Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz haben im vergangenen Jahr einen Besucherschwund verzeichnet. So wurden in den Museen, Konzerten und Sonderveranstaltungen 3,9 Millionen Besucher gezählt. Im Jahr 2013 waren es noch 405 000 mehr gewesen. Ein Grund des Rückgangs um zehn Prozent ist auch der Umbau des Pergamonmuseums, das seit Ende November geschlossen ist. *tws*

Aschenputtel aus Glas

Berlin – Anlässlich der Berlinale findet im Kraftwerk Berlin (Köpenickstraße 70) am 14. und 15. Februar eine Ausstellung über den neuen Disney-Film „Cinderella" statt. Gezeigt werden aufwendige Originalkostüme und Requisiten, die mit Swarovski-Kristallen geschmückt wurden. Der Eintritt ist frei. Deutscher Kinostart des Märchenfilms ist am 12. März. *tws*

Toller-Preis an Ukrainerin

Neuburg/Donau – Die in Berlin lebende ukrainische Autorin Katja Petrowskaja erhielt für ihr Buch „Vielleicht Esther" den mit 5000 Euro dotierten Ernst-Toller-Preis. Bei der Preisverleihung wurde auch der Abschluss der fünfbändigen Kritischen Gesamtausgabe des aus der Provinz Posen stammenden Dramatikers Ernst Toller (1893–1939) bekannt gegeben. *tws*

Gottvater aus der Karibik

Ein Däne in Frankreich – Werke von Camille Pissarro

Das Wuppertaler Von der Heydt-Museum wurde kürzlich von der „Welt am Sonntag" geadelt. Das Haus gehöre zur „ersten Liga deutscher Museen". Bei der jährlichen Kritikerumfrage der Zeitung erhielt es die Note „Bestes Ausstellungsprogramm 2014". Die frühere Ausstellung „Menschenschlachthaus" über den Ersten Weltkrieg (die *PAZ* berichtete) und die aktuell noch bis zum 22. Februar laufende „Pissarro – Vater des Impressionismus" sind Spitze.

Jacob Abraham Camille Pissarro – der Name legt eine jüdisch-französische, eventuell noch iberische Herkunft nahe. Sein Vater hatte zwar jüdisch-französische Wurzeln – tatsächlich aber war der Sohn dänischer Staatsbürger. Wer hätte das gedacht? Ein Däne als Förderer, Wegbereiter und „Vater" des Impressionismus! Der Hintergrund ist so einfach wie verblüffend. Als Pissarro 1830 geboren wurde, gehörte die Insel St. Thomas in der Karibik, der Geburtsort Pissarros, zu Dänemark und zwar noch bis 1917.

Schon früh, mit elf Jahren (1841), schickten die Eltern den Knaben auf ein Internat nach Frankreich. Hier fasste der Jüngling den Entschluss, Künstler zu werden. Mit 17 kehrte er in die Karibik zurück. Er zeigte wenig Neigung, in die Kaufmanns-Spuren seines Vaters zu treten. Stattdessen verdrückte er sich für eineinhalb Jahre mit dem dänischen Maler Fritz Melbye nach Venezuela. In den Jahren 1852 bis 1854 entstanden erste Bilder. Aus dem Jahr 1856 datiert ein sehr atmosphärisches Gemälde: „Zwei Frauen am Meer ins Gespräch vertieft" auf St. Thomas. Diese frühen Werke und auch einige Bilder Melbyes sind in der Ausstellung zu sehen.

1857 kehrte Pissarro mit seinen Eltern nach Frankreich zurück. In der Umgebung von Paris entstanden die ersten Landschaftsbilder. Aber auch die „einfachen" Leute aus seiner Umgebung bannte der Künstler auf die Leinwand: Bauern bei der schweren Arbeit auf dem Feld, den Schweinemetzger auf dem Markt, das „Bauernmädchen mit dem Strohhut", die Bäuerin beim Hüten der Kühe. Menschen, die bis dahin nur selten von Künstlern beachtet wurden.

Mit Cézanne, Gauguin und van Gogh, aber auch Sisley, Monet und Renoir war Pissarro eng befreundet. Auf einer Gemälde-Ausstellung 1874 wurde schließlich der Begriff „Impressionismus" geboren – anfangs eine eher spöttische Bezeichnung. Das Gemälde „Impression, Sonnenaufgang" von Claude Monet gab der Künstler-Bewegung ihren Namen.

Pissarros Kollegen nannten ihn „père Pissarro", nicht nur, weil er rund zehn Jahre älter war, sondern weil sie ihn als Vaterfigur betrachteten. „Angesichts seines mächtigen Rauschebarts", meint Von der Heydt-Direktor Gerhard Finckh, „könnte man ihn sogar spontan für den Gottvater dieses Stils halten."

Die Wuppertaler Ausstellung zeigt insgesamt 170 Werke des Impressionismus, davon allein 125 Werke von Pissarro. Es ist damit die größte bisher in Deutschland präsentierte Überblicksschau des dänisch-französischen Malers. *Siegfried Schmidtke*

Von der Heydt-Museum, Turmhof 8, 42103 Wuppertal, geöffnet bis 22 Februar Dienstag, Mittwoch 11 bis 18 Uhr, Donnerstag, Freitag 11 bis 20 Uhr, Sonnabend, Sonntag 10 bis 18 Uhr, Montag geschlossen. Eintritt: 12 Euro. Telefon (0202) 563-6231. Internet: von-der-heydt-museum@stadt.wuppertal.de

Pissarro: Selbstporträt von 1903 Bild: Tate London

Literarische Kriegführung

Wie die CIA Boris Pasternak (»Doktor Schiwago«) zu Ruhm verhalf

Selten übertrifft eine Buchverfilmung das literarische Original an Qualität. Im Fall von David Leans mit fünf Oscars geadelter Filmschmonzette „Doktor Schiwago" von 1965 dürfte das ausnahmsweise der Fall sein. Die Bilder vom Traumpaar Omar Sharif und Julie Christie, wie sie in der russischen Schneelandschaft ihr Liebesglück in Zeiten der bolschewistischen Revolution suchen, sind jedem Filmliebhaber ebenso präsent wie Maurice Jarres unvergängliche Filmmusik.

Der Film hat dafür gesorgt, dass die Romanvorlage und damit auch deren Autor nicht in Vergessenheit geraten. So wird man in diesem Jahr allerorten am 10. Februar an Boris Pasternaks 125. Geburtstag und am 30. Mai an seinen 50. Todestag erinnern. Und man wird daran erinnert, dass er 1958 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, wobei der US-Geheimdienst CIA kräftig die Finger mit im Spiel hatte.

In dem Jahr, als Chruschtschow Regierungschef der UdSSR wurde, nutzten die USA jeden Propagandakniff, um die neue Sowjetregierung zu destabilisieren. Und mit literarischer Kriegführung waren die Sowjets wegen ihrer Zensurpolitik im Kalten Krieg verwundbar. So wollte man einen russischen Dissidenten zum Literaturnobelpreisträger machen. Der Autor Andrej Sinjawskij sollte zum Dorn im Fleische der Kommunisten werden. Das Problem war nur, dass es kein international bedeutendes Werk von ihm gab, das den Nobelpreis verdient hätte.

Da kam Pasternak ins Spiel. Allerdings lag seine Glanzzeit lange zurück: In den 20er Jahren hatte er sich als Lyriker einen Namen gemacht. Weil seine Werke aber nicht dem sozialistischen Realismus entsprachen, zog er sich in der Stalinzeit in die Künstlerkolonie Peredelkino am Rande Moskaus zurück und lebte als Deutschlandkenner von Übersetzungen Goethes, Kleists, Rilkes und anderer. Er war weder Dissident noch dem System angepasst. Tatsächlich befürwortete er sogar die Säuberungen und unterzeichnete 1936 einen Aufruf in der „Prawda" zur Liquidierung einiger nonkonformer Politgrößen.



Im Liebestaumel: Omar Sharif und Julie Christie in „Doktor Schiwago" Bild: pa

Doch 1956 ließ er sein Romanmanuskript von „Doktor Schiwago" nach Italien schmuggeln, wo es der kommunistische Verleger Feltrinelli auf Italienisch erstveröffentlichen sollte. Die CIA bekam Wind davon, dass es sich um ein regimekritisches Werk handeln sollte, und bat den britischen Geheimdienst MI6, auf Malta, wo das Flugzeug mit dem Manuskript zwischengelandet war, heimlich Kopien anzufertigen. Die CIA ließ das Buch nachweislich in Holland drucken, und als erster russischer Raubdruck wurde es 1958 auf der Expo in Brüssel am Vatikans-Pavillon verteilt, der genau gegenüber dem der Russen lag.

Jetzt hatte man kurz vor der Vergabe des Nobelpreises ein Vorzeige-Werk, mit dem man international auftrumpfen konnte. Mit ins Boot soll der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, geholt worden sein, der 1961 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben kam. Denn er soll Verbindungen zur CIA gehabt haben und sprach als Mitglied der schwedischen Nobelpreis-Akademie ein gewichtiges Wort bei der Preisvergabe mit.

Die CIA katapultierte einen eher mittelmäßigen Roman auf Staatskosten zum Weltbestseller, und ein unbedeutender Autor erhielt den Nobelpreis und nicht – wie es die Sowjets gerne gesehen hätten – der systemtreue Michail Scholochow für sein großes Werk „Der stille Don". Dieser Propagandasieg ging an die USA. *H. Tews*

Er machte die ersten Luftbilder der Antarktis

Vor 150 Jahren kam der Geograf, Geophysiker und Polarforscher Erich von Drygalski in Königsberg zur Welt

Mit dem Schiff „Gauß“ fand von 1901 bis 1903 vom preußischen Kiel aus die 32 Mann starke erste deutsche Expedition in die Antarktis statt. In der Ostantarktis, nahe dem von ihnen entdeckten Kaiser-Wilhelm-II.-Land, sammelten die Forscher eine Fülle von Messdaten. Die Leitung des Unternehmens oblag Erich von Drygalski. Am 9. Februar 1865 kam der Geograph, Geophysiker und Polarforscher in der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg zur Welt.

In Kreisen der Regierung hatte man von der Forschungsreise Ergebnisse erhofft, die dem Deutschen Reich als Kolonial- und aufstrebende Seemacht konkreten Nutzen oder aber den Ruhm einer spektakulären Entdeckung eintragen würden. Dies schien nicht der Fall zu sein. Kaiser Wilhelm II. verhehlte daher nicht seine Enttäuschung darüber, dass die Wissenschaftler auf ihrer Fahrt durch das Eismeer nur bis 66 Grad südlicher Breite gelangten, während die Engländer unter der Leitung von Robert Falcon Scott bis 82 Grad Süd vorgedrungen waren. Drygalski hatte zudem das Pech, dass der Ruhm der Entdecker von Nord- und Südpol, Robert Edwin Peary, Scott und Roald Amundsen, wenig später alles überstrahlte. Dabei war er einer der ersten Europäer, die den antarktischen Kontinent betraten. Sein Name steht auf der „Ewigenliste“ der Südpolarforschung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte.

Erich von Drygalski war der Sohn des Direktors des Kneiphöfschen Gymnasiums in Königsberg, Fridolin von Drygalski. In Königsberg, Leipzig und Berlin studierte er Mathematik, Physik und Geographie. Während seiner Tätigkeit als Assistent am geodätischen Institut in Potsdam promovierte er über ein Thema zur Gletscherforschung, wurde danach aber von dem berühmten Geographen Ferdinand von Richthofen wieder für die Geographie gewonnen. 1891 und 1892/93 führte Drygalski im Auftrag der Berliner Gesellschaft für Erdkunde zwei Expeditionen nach Westgrönland durch, überwinterte dort planmäßig und sammelte über ein Jahr eine vollständige Messreihe der meteorologischen Elemente. Meteorologische Elemente oder Klimaelemente sind Messgrößen, die durch Messgeräte oder Beobachtung erfasst werden und zur Beschreibung des Wetters beziehungsweise des Klimas dienen. Die Klimaelemente berechnen sich dabei aus den meteorologischen Elementen beispielsweise durch die Bildung von Temperaturmittelwerten oder Niedschlagssummen. Mit der Auswertung der Daten habilitierte sich Drygalski 1898 in Berlin.

1895 hatten die Teilnehmer des Internationalen Geographischen Kongresses in London Wissenschaftler aus aller Welt zur Erkundung der Antarktis aufgerufen, also der Land- und Meeresgebiete vom Südpol bis zum Polarkreis auf 66 Grad 33 Minuten südlicher Breite, damals die letzte, noch fast völlig unbekannte Großregion der Erde. Man wusste nicht, ob das riesige Gebiet gänzlich aus Eis besteht oder eine eisbedeckte Landmasse ist.

1899 präsentierte Drygalski auf dem Geographen-Kongress in Berlin den Vorschlag, eine internationale magnetische und meteorologische Kooperation in der Antarktis durchzuführen. Daran beteiligten sich 1901 bis 1903 neben Handels- und Marineschiffen in der Antarktis tätige Expeditionen unter der Leitung des Schotten William Speirs Bruce mit der „Scotia“ (1901–1903), des Schweden Otto Nordenskjöld mit der „Antarctic“ (1901–1903) und des Engländers Scott mit der „Discovery“ (1901–1904) sowie eben Drygalski selbst mit seinen Kollegen auf dem „Gauß“.


Entdecker des Kaiser-Wilhelm-II.-Landes: Der Polarforscher Erich von Drygalski Bild: akg

Da die Polarforschung eine enorme wissenschaftliche und logistische Herausforderung darstellt, hatte Drygalski für die Unternehmung den Neubau eines geeigneten Spezialschiffs verlangt. Der Rumpf des 1901 in Kiel vom Stapel gelassenen, dampfgetriebenen Dreimastschoners „Gauß“ war robust aus Eichenholz gebaut. Seine runde Form diente dem Zweck, dass der Schiffskörper durch die Eismassen nicht zerquetscht, sondern hochgedrückt wurde. Im Innern war der „Gauß“ mit komfortablen Kabinen, elektrischer Beleuchtung und Dampfheizung sowie Dampfwinden zur Arbeitserleichterung ausgestattet.

Gemäß Absprache mit den Engländern fuhren die fünf deutschen Wissenschaftler, fünf Offiziere und 22 Mann Besatzung in den Südpazifik. Zum Jahreswechsel 1901/02 erreichten sie die Kerguelen im Indischen Ozean, wo ein Observatorium errichtet wurde. Von dort aus ließ Drygalski den „Gauß“ in südlicher Richtung weiterfahren. Am 22. Februar 1902 entdeckten sie in der Ferne gebirgiges Land, das sie nach ihrem Kaiser benannten, der ihre Expedition mit 1,2 Millionen Mark finanzierte. Doch etwas später steckte das Schiff im Packeis fest. Das erwies sich als so mächtig, dass die Männer eine Forschungsstation errichten konnten. Über ein Jahr lang lebten und arbeiteten sie dort, überstanden den antarktischen Winter. Unermüdlich maßen sie die Gezeiten und Niederschläge, untersuchten sie die überaus reiche Meeresfauna. Ihre Freizeit verbrachten sie mit Leseabenden und Musizieren. Einmal stieg Erich von Drygalski mit dem Fesselballon bis in 500 Meter Höhe auf und fotografierte als erster Mensch diese Region aus der Luft. Per Telefon berichtete er seinen Kollegen, was er in etwa 80 Kilometer Entfernung erblickt: einen erloschenen Vulkan. Er erhielt den Namen „Gaußberg“. Dorthin, bis 66 Grad 40 Minuten südlicher Breite, unternahmen sie eine Fahrt mit den Hundeschlitten. Es ist die südlichste Position ihrer Expedition. Erst Anfang Februar 1903 gelang es den Männern, das Schiff freizubekommen. Drygalski versuchte anschließend noch zweimal, weiter nach Süden vorzustoßen, doch vergeblich. Als sie im Juni 1903 in Kapstadt erfuhren, dass ihnen keine weiteren Mittel zur Verfügung standen, wurde die Unternehmung abgebrochen.

1904 veröffentlichte Drygalski sein Buch „Zum Kontinent des eisigen Südens“. Die Auswertung der ersten deutschen Südpolarexpedition erfolgte von 1905 bis 1920 in 20 Text- und drei Atlasbänden. Drygalski wurde mit mehreren Auszeichnungen für seine vorbildliche wissenschaftliche Leistung geehrt. Er galt als einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiet der Polarforschung. 1906 folgte er einem Ruf als Professor für Geographie und Geophysik an die Universität München. Dort gründete er das Geographische Institut, das er bis zu seinem Tode am 10. Januar 1949 leitete.

Dagmar Jestrzemski

Mit Zopf, Schnallenschuhen und Dreimaster

Im Zuge seiner Erhebung zum König in Preußen stiftete Friedrich III. ein hochmodernes Waisenhaus in Königsberg

Brandenburgs Kurfürst Friedrich III. verband mit seiner Selbstkrönung zum König in Preußen zwei Stiftungen. Er stiftete den ersten und bis zuletzt höchsten preußischen Orden, den Hohen Orden zum Schwarzen Adler für Männer, die sich um das junge Königreich verdient machten, sowie das Königliche Waisenhaus in Königsberg. Beide Stiftungen brachte er in eine Beziehung zueinander. Jeder neu ernannte Ritter des Schwarzen Adlerordens hatte bei seiner Investitur dem Waisenhaus 50 Dukaten als Geschenk zu überweisen. Oberster Direktor des Waisenhauses sollte, wenn möglich, ein Ritter des Schwarzen Adlerordens sein.

Ein Jahr nach seiner Selbstkrönung ernannte Kurfürst Friedrich III., der als preußischer König den Namen Friedrich I. führte, Joachim Ludwig Schultheiß von Unfriedt (1678–1753) zum Baumeister. Das von ihm am Sackheimer Tor errichtete Waisenhaus wurde 1703 eingeweiht.

Bild: Bildarchiv Ostpreußen

Mittlerweile vom Abriss bedroht (siehe Nr. 1, S. 13): Das Gebäude des Königlichen Waisenhauses

In der Fundationsurkunde des Königlichen Waisenhauses vom 18. Januar 1701 wurde festgelegt, dass 24 Waisen, und zwar je zwölf evangelisch-reformierte und evangelisch-lutherische Knaben, aufzunehmen seien, die „beiderseits [ihrer] Eltern beraubet seyn, und … das achte Jahr ihres Alters zum wenigsten erreicht haben“. Die Kleidung der Zöglinge war eine Uniform aus violettem Tuch mit der Chiffre F.R. für Fridericus Rex (König Friedrich) in orangener Farbe auf dem linken Arm. Hinzu kamen enge Kniehosen und Schnallenschuhe. Das Haar wurde den Knaben zum Zopf gebunden. Auf dem Kopf trugen sie einen breitkrempigen Hut, den sogenannten Dreimaster.

Mit der Leitung des Waisenhauses waren außer dem obersten Direktor zwei Geistliche, ein Reformierter und ein Lutheraner, betraut. Neben diesen gab es einen Waisenvater und eine Waisenmutter, die auch im Königlichen Waisenhaus wohnten. Zu den Aufgaben des Waisenvaters gehörte es, für die Haushaltung zu sorgen. Die Waisenmutter war für die Kleidung und Speisung der Zöglinge zuständig. Ihr unterstanden zwei Mägde für die Reinhaltung der Zimmer und Zubereitung der Speisen.

Nach der Stiftungsurkunde sollten die Waisenknaben im Lesen, Schreiben, Rechnen, Katechismus und in Latein unterrichtet werden. König Friedrich I. stiftete für die Zöglinge des Waisenhauses acht bis zehn Stipendien für den Besuch der Universität. Er wollte dem Waisenhaus den Charakter einer höheren Lehranstalt geben.

Gemäß einem späteren Lehrplan erhielten die Zöglinge der oberen Klassen dementsprechend wöchentlich 15 Stunden Unterricht in Latein, sechs in Schreiben, je vier in Religion, Französisch und Musik, zwei in Griechisch, Rechnen, Zeitunglesen, Logik und Redekunst sowie je eine in Geschichte, Geographie und Poesie. Insgesamt wurden 46 Unterrichtsstunden wöchentlich erteilt. Zu den Lehrern zählten zwei Geistliche, zwei Informatoren (Hauslehrer), ein französischer Sprachmeister, ein Kantor und ein Schreiblehrer. Die sieben Lehrer unterrichteten erst 24 und später 30 Schüler, die ab 1714 drei Klassen mit fünf Stufen zugeordnet waren.

> Später wurden im Waisenhaus Volksschullehrer ausgebildet

Eine zweite Gruppe bildeten die „geringer beanlagten“ Waisen. Sie wurden in Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie und Musik mit den Schülern der untersten Stufe gemeinsam unterrichtet, bis sie den Kenntnisstand erreichten, um zu einem Handwerker in die Lehre zu kommen. Eine dritte Gruppe verließ die Anstalt etwa mit dem 16. Lebensjahr und trat dann in den praktischen Beruf ein.

Zur Universität sind bis 1809 insgesamt 199 Zöglinge entlassen worden. Die adligen Zöglinge, meist Söhne von Offizieren, traten, wenn sie tauglich waren, in das Heer ein. 182 adlige Zöglinge sind bis 1809 im Waisenhaus gewesen.

Das für die Schulreform in Preußen grundlegende Schriftstück war das Promemoria „Die Einführung einer besseren Methode in die Elementarschulen betreffend“ aus der Feder von Ludwig Nicolovius (1767–1839), der ab 1808, dem Jahr, in dem die Denkschrift erstellt wurde, die Kultus-Abteilung in der Sektion für Kultus und Unterricht im Preußischen Innenministerium leitete. Darin schlug er die Methode des Schweizer Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827) zur Einführung in den Schulen vor. Von seiner Erziehungsmethode erwartete man viel. Die Schüler Pestalozzis wurden nach Preußen berufen und junge preußische Männer zu ihm nach Iferten in die Schweiz gesandt. Zur Ausbildung von Volkserziehern gründete man in Preußen sogenannte Normalinstitute. Das Königsberger Waisenhaus wurde direkt in den Dienst des Staates gestellt. Man hob die bisherige Schulordnung auf und entließ die Zöglinge. Die neu aufgenommenen Zöglinge bildete man zu Volksschullehrern aus. So entstand 1809 in Königsberg das erste Normalinstitut. *Margund Hinz*

»Brutal, aber sinnvoll«

War das Morale Bombing erlaubt? – Die Frage hat eine ethische und eine juristische Dimension

Der Bobenangriff auf Dresden vor 70 Jahren war eine der schlimmsten und letzten Flächenbombardierungen des Zweiten Weltkrieges. Noch heute gibt es Menschen, die ihn verteidigen.

Moralische Normen werden auf überstaatliche Gesetzgeber wie Gott, Natur oder Vernunft zurückgeführt. Ihr Geltungsanspruch erlischt nicht durch abweichende staatliche Gesetze oder Gerichtsurteile. Auch völkerrechtliche Verträge können Moralprinzipien nicht außer Kraft setzen.

Ins Blickfeld rücken die beiden Hauptströmungen abendländischer Moralphilosophie. Der Pflichtethik, wegen ihrer Hervorhebung subjektiver Handlungselemente („Handeln aus Pflicht“ und so weiter) zuweilen Gesinnungsethik genannt, steht die folgenbezogene (konsequentialistische) Verantwortungsethik gegenüber.

Die wohl griffigste Fassung einer pflichtethischen Grundnorm stammt von Thomas Hardy: „Tue nie etwas Unmoralisches aus moralischen Gründen.“ Für Güterabwägungen bleibt wenig Raum; menschliches Verhalten wird losgelöst von seinen Folgen als gut oder böse bewertet. Zur Pflichtethik gehören etwa die katholische Moraltheologie und Immanuel Kants Vernunftphilosophie des kategorischen Imperativs.

Als kategorische Moralpflicht kommt hier das Verbot der Tötung Unschuldiger in Betracht. Waren deutsche Zivilisten der Kriegsjahre 1939 bis 1945 aber auch „unschuldig“? Ein evangelischer Pfarrer, Stephan Fritz, hat das im neudeutschen Politikerjargon bezweifelt: „Es geht um die Deutungshoheit. Dresden war keine unschuldige Stadt, sondern eine Nazi-Stadt wie alle anderen.“

Diese Beschimpfung deutscher Städte endet – wie alle Kollektivschuldtheorien – im ethischen Niemandsland. Zwar töteten die Fliegerbomben neben harmlosen Männern und Frauen auch NS-Verbrecher und Antisemiten. Alliierte Befehlshaber und Besatzungen waren aber keine Richter oder Henker eines Strafverfahrens, sondern Soldaten im Kampfeinsatz. Der Soldat fragt nicht nach der Schuld. Wenn vom Feind eine Bedrohung für sein Leben ausgeht, darf er ihn töten. Anderenfalls darf er das nicht.

Unschuldig im Sinne einer Pflichtethik des Krieges sind daher alle Zivilisten, egal welcher Nationalität oder Weltanschauung. Für Naturrechtler Robert Spaemann korrespondiert damit eine kategorische Moralpflicht: „Daraus folgt ... das strikte Verbot von Bombardements auf offene Wohngebiete im Krieg.“

Populäres Beispiel einer Verantwortungsethik ist der Utilitarismus. Danach ist kein menschliches Verhalten von vornherein gut oder böse. Es kommt allein auf die Konsequenzen an. Eine utilitaristische Grundnorm hätte etwa folgende Struktur: Handle stets so, dass die sittlichen Vorteile deiner Handlung deren Nachteile überwiegen. „Der [moralische] Zweck heiligt die Mittel.“

Utilitaristisch argumentieren britische Militärhistoriker. „Barbarisch, aber sinnvoll“, nannte Richard Overy die Vernichtung deutscher Städte. Das klingt prägnant, ist aber falsch. „Barbarisch und sinnlos“ käme der Wahrheit deutlich näher.

Das Ziel des „Morale Bombing“ wurde nämlich glatt verfehlt. Deutsche Soldaten ließen sich nicht kriegsentscheidend demoralisieren. Ausgebombte und vom ständigen Alarm zermürbte Zivilisten mögen mutlos geworden sein, Auswirkungen auf die Front ergaben sich – für die Alliierten vorhersehbar – aber nicht. Auch in London, wo die Luftwaffe 1940 bei fehlgeschlagenen „Präzisionsangriffen“ viele tausend Menschen tötete, hatte es kaum Demoralisierungseffekte gegeben.

Wesentliche Teilursache für den Zusammenbruch des Reichs waren – meist von den US-Streitkräften geflogene – konzentrierte Angriffe auf Verkehrswege, Waffenschmieden und Raffinerien. Resultat: Der Wehrmacht ging ab Sommer 1944 der Treibstoff aus.



Bild: Bundesarchiv, Bild 183-08778-0001 / Hahn / CC-BY-SA

Vor 70 Jahren: Berg von Todesopfern der Luftangriffe auf dem Dresdner Altmarkt

Zwar bewirkten Morale-Bombing-Schläge Strom- und Produktionsausfälle, deren Beseitigung Ressourcen blockierte. Auch die Flächenangriffe dürften daher geringe Beiträge zur Kapitulation geleistet haben. Gerechtfertigt waren sie dennoch nicht. Verantwortungsethik fordert die strikte Beachtung von Verhältnismäßigkeit. Was sich durch Präzisionsangriffe auf militärische Objekte erreichen lässt, darf nicht alternativ durch wahllose Zerstörungen und Massentötungen von Zivilisten versucht werden. Ein kluger Jäger nimmt seine Beute zielgenau ins Visier und ballert nicht in den Wald hinein, bis er zufällig trifft.

> »Es geht um die Deutungshoheit. Dresden war keine unschuldige Stadt, sondern eine Nazi-Stadt wie alle anderen.«

Auch Verantwortungsethiker distanzieren sich daher vom Luftterror. In der Art eines platonischen Dialogs dozierte der 1949 geborene britische Professor für Philosophie am Birkbeck-College der Universität London Anthony Clifford Grayling über Flächenbombardements: „War Area Bombing notwendig? Nein. War es verhältnismäßig? Nein ... Richtete es sich gegen moralische Standards, die von der westlichen Zivilisation in den letzten fünf Jahrhunderten oder gar 2000 Jahren erkannt und akzeptiert wurden? Ja. ... Kurz zusammengefasst: War Area Bombing Unrecht? Ja. Schweres Unrecht? Ja.“

Moralische Verbotsnormen dekken sich aber nicht notwendig mit rechtlichen. Naturrechtslehren, die Derartiges verkünden, finden kaum noch Resonanz. Eine juristische Bewertung des Area Bombing kann nur von nationalem oder internationalem Strafrecht ausgehen.

Vieles spricht dafür, dass die Flächenangriffe Kernvorschriften des Strafgesetzbuchs (Mord, Körperverletzung, Sachbeschädigung und so weiter) verletzt haben. Das abschließende juristische Urteil hängt aber an der Frage, ob geltendes Kriegsrecht den Angreifern eine Rechtfertigung bot.

War alliierter Bombenterror also kriegsrechtlich erlaubt? Luftmarschall Arthur Harris bejahte das 1946: „In diesem Fall des Einsatzes der Luftstreitkräfte gibt es überhaupt kein Völkerrecht. ... Trotz allem, was in Hamburg geschah, erwies sich das Flächenbombardement als vergleichsweise humane Methode.“ Harris' Standpunkt prägte auch die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. US-Ankläger Telford Taylor sah keinen Grund zur Einbeziehung des Morale Bombing: „Die Ruinen in den deutschen und japanischen Städten ... zeugen davon, dass das Luftbombardement von Städten ... ein anerkannter Teil moderner Kriegführung war, der alle Nationen anhingen.“

Taylor ignorierte dabei die Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907, einen völkerrechtlichen Vertrag zum umfassenden Schutz von Zivilisten und gefangenen Soldaten. Luftbombardements wollten die Vertragsstaaten keinesfalls ausgrenzen. Sie wählten den Begriff „Landkriegsordnung“, weil der strategische Luftkrieg im Hinterland aus damaliger Perspektive eine völlig untergeordnete Rolle spielte.

Taylors Beschweigen der HLKO passt zum politkorrekten „Common Sense“ der Völkerrechtswissenschaft, die beispielsweise Artikel 23 b HLKO gar nicht auf den Luftkrieg bezieht: „Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verboten ist namentlich untersagt die meuchlerische [heimtückische] Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres.“ War der „nächtliche Massenmord an der Zivilbevölkerung“ (Golo Mann) etwa nicht meuchlerisch? Auch Artikel 23 g (Zerstörung feindlichen Eigentums) und 27 HLKO (Vorkehrungen zum Schutz von Kirchen, Kunstwerken, Hospitälern und so weiter) beschäftigen die Fachjuristen kaum. „Was bringt uns das?“, fragte der Staatsrechtler und damalige Bundespräsident Roman Herzog bei einer Gedenkveranstaltung in Dresden.

Zu den spannendsten Vorschriften gehört Artikel 25 HLKO: „Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.“

Hat das alliierte Area Bombing die Tatbestandsmerkmale dieser Norm erfüllt? Unstreitig trifft das auf die Begriffe „angreifen“ und „beschießen“ zu; in der französischen Originalfassung heißt es „bombarder“. Schwieriger ist die Auslegung des Merkmals unverteidigte Städte/Dörfer. Zwar wurden zur Verteidigung Flakstellungen und Jagdflieger eingesetzt; ihre Schutzwirkung war aber ziemlich gering. „Der Bomber wird immer durchkommen“, schwelgte Premierminister Stanley Baldwin 1932 im britischen Unterhaus.

Tatsächlich passen die Begriffe „verteidigte/unverteidigte Stadt“ nur auf den taktischen Luftkrieg an der Front und ihren Rückzugs- und Nachschubbereich. Der strategische Luftkrieg im Hinterland ließe sich sinnvoller durch andere Begriffspaare regeln. In der HLKO fand das keinen direkten Niederschlag, weil die Vertragsstaaten von 1907 die Zivilisationsfeindlichkeit des Area Bombing nicht vorhergesehen haben.

Wir haben es also mit einer Regelungslücke zu tun, die sich schließen lässt, indem man den Willen der HLKO-Vertragsstaaten folgerichtig zu Ende denkt. Aus dem Dualismus „verteidigte/unverteidigte Stadt“ wird dann per Analogiebildung das Gegensatzpaar „militärisches/nichtmilitärisches Ziel“.

Diese Argumentation kann hier nicht im Detail dargestellt werden. Gleiches gilt für die These Eberhard Spetzlers, Autor des Buches „Luftkrieg und Menschlichkeit. Die völkerrechtliche Stellung der Zivilpersonen im Luftkrieg“, dass Morale Bombing gegen ungeschriebenes Kriegsgewohnheitsrecht verstoßen habe. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die HLKO als einschlägiges Völkervertragsrecht ein etwaiges Gewohnheitsrecht verdrängt und der Bombenterror der Jahre 1942 bis 1945 auch Artikel 25 HLKO verletzt haben dürfte.

Luftangriffe in den Krisengebieten der Gegenwart bemessen sich nach dem Genfer Abkommen IV von 1949 („Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten“) und seinen Zusatzprotokollen. Zu den Kernvorschriften gehört Artikel 52 Absatz 1 Zusatzprotokoll I: „Zivile Objekte dürfen weder angegriffen noch zum Gegenstand von Repressalien [Vergeltungsschlägen] gemacht werden.“ *Björn Schumacher*

Luftbombardements im Zweiten Weltkrieg

Luftbombardements töteten im Zweiten Weltkrieg eineinhalb Millionen Menschen. Allein auf dem Gebiet des Deutschen Reichs von 1937 starben 500 000 bis 700 000 Personen: Soldaten, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, vor allem aber Zivilisten. Genauere Schätzungen lässt das Kriegschaos kaum zu. Städte wie Dresden und Swinemünde beherbergten riesige Flüchtlingsströme.

Einige 100 000 Menschen fielen Präzisionsangriffen auf klassische Militärziele zum Opfer. Zwar werfen auch solche „Kollateralschäden“ ethische und juristische Fragen auf, etwa unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit. Im Allgemeinen gelten Präzisionsangriffe aber als erlaubt.

Umstrittener sind Luftschläge gegen bewohnte Orte, wie sie bereits 1914/18 zur Kriegführung eingesetzt wurden. Bombenabwürfe von Zeppelinen und Großflugzeugen lösten auf der britischen Insel Schockwellen aus. Rüstungsminister Winston Churchill drohte für 1919 mit einem „Tausend-Bomber-Angriff“ auf Berlin. Sein Plan wurde wegen des Kriegsendes ad acta gelegt.

Einfangen ließ sich diese Furie aber nicht mehr. Ein gewaltiges Armageddon beschwor Churchill 1925: „Der Tod steht in Bereitschaft, ... die Menschen in Massen hinwegzumähen, bereit, wenn man ihn ruft, die Zivilisation ohne Hoffnung auf Wiederaufbau zu Staub zu zerstampfen. Vielleicht wird es sich das nächste Mal darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten.“

In nüchternen Worten bemühte sich der 1873 geborene erste Marshal of the Royal Air Force Hugh Trenchard um eine Rechtfertigung des totalen Luftkriegs: „Angesichts der Verzahnung der Wirtschaft in Industriestaaten“ könne zwischen zivilen und militärischen Zielen „nicht unterschieden werden“ (Trenchard-Doktrin). Die Briten stellten ein strategisches Bomberkommando auf, das ab 1940 zunächst militärische Objekte im Reich attackierte.

Den Rubikon zum britischen Terrorluftkrieg markieren drei Geschehnisse: der Einsatz viermotoriger Halifax- und Lancaster-Bomber, die Ernennung von Hardliner Arthur Harris zum Befehlshaber des Bomber Command und die berüchtigte Area Bombing Directive vom Februar 1942. Mit ausgeklügelten Mischungen aus Spreng- und Brandbomben wollten Premierminister Churchill und sein Kriegskabinett die Durchhaltemoral der Deutschen brechen. Charles Portal, während des Zweiten Weltkriegs als Chef des Luftstabs Oberhaupt der Luftstreitkräfte des Vereinigten Königreichs: „Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und nicht Werften oder Flugzeugfabriken. Das muss ganz deutlich gemacht werden, falls es noch nicht verstanden worden ist.“

Wenige Wochen später, am 28./29. März 1942, ging das alte Lübeck in Flammen auf. Feuerstürme entfachte das Bomberkommando in Hamburg, Darmstadt, Dresden, Pforzheim und so weiter. Die US-Streitkräfte schufen die atomare Apokalypse von Hiroshima und Nagasaki. Der deutsche Beitrag zum Terrorluftkrieg blieb dagegen gering. Über London, Coventry oder Belgrad mag man streiten; eindeutiger Luftterror waren nur die „Baedeker-Angriffe“ auf englische Kleinstädte und die Abschüsse der unzureichend steuerbaren V1- und V2-Raketen. *B.S.*

Man nannte ihn »Mr. Jaguar«

Ein kultivierter V12 klingt wie Musik. Und wie ein Autohersteller sollte auch ein Dirigent Sinn für Ästhetik und Freude am Schönen haben. Vielleicht ist das das verbindende Element zwischen Vater und Sohn Lyons. Der am 4. September 1901 in Blackpool geborene Dirigenten- und Musikersohn William Lyons brachte eher durchschnittliche Noten nach Hause und seine beruflichen Anfänge zeugen nicht gerade von Zielstrebigkeit. Im Motorradsport war er jedoch mit seiner Harley Davidson erfolgreich und nach Erreichen der Volljährigkeit gründete er mit dem acht Jahre älteren William Walmsley und der Unterstützung der beiden Väter die Swallow Sidecar Company, um Motorradbeiwagen herzustellen. Später kamen Autokarosserien hinzu.

Schon damals liebte Lyons, was die größte Katze des amerikanischen Doppelkontinents, aber auch Jaguar-Modelle wie den E-Type oder die legendären XJ auszeichnete. Lang und schlank in der Silhouette sollten sie sein. Da die Großserienhersteller entsprechende Chassis nicht im Segment hatten, überredete Lyons den Geschäftspartner Standard, selbige extra für ihn zu produzieren. Da keine Einigung darüber erzielt werden konnte, ob das Gemeinschaftsprodukt nun „Swallow-Standard“ oder „Standard-Swallow“ heißen solle, lautete der salomonische Kompromiss „SS“. Ausgerechnet im Jahr der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ wurde die ursprüngliche Markenbezeichnung zum Firmennamen. Lyons gründete die SS Cars Ltd. Ein Jahr später verließ Wamsley die Firma. Die Flugzeugfirma Armstrong-Sideley überließ SS Cars den Namen „Jaguar“ für deren Automobile. Nach dem Zweiten Weltkrieg dachten viele bei „SS“ eher an die deutsche Schutzstaffel der Nationalsozialisten als an den britischen Autoproduzenten und deshalb erhielt SS Cars 1945 seinen heutigen Namen: „Jaguar Cars“.

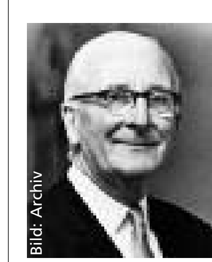


Bild: Archiv

William Lyons

Es folgten goldene Jahrzehnte für Jaguar. 1961 stellte Lyons, mittlerweile geadelt, den wohl bekanntesten Jaguar auf dem Genfer Auto-Saloon vor: den E-Type. Unter der nicht enden wollenden Motorhaube arbeitete ab 1971 das nicht weniger legendäre V12-Aggregat. Eingang fand die Zwölf-Zylinder-Maschine auch in die wohl bekannteste Familienlimousine des Unternehmens, den 1968 vorgestellten XJ.

1960 übernahm Jaguar Cars die Daimler Motor Company, was die Familienähnlichkeit zwischen deren Produkten erklärt. 1966 fusionierten Jaguar Cars und die British Motor Corporation zu den British Motor Holdings, die sich wiederum 1968 mit Leyland Motors zur British Leyland Motor Corporation, später nur kurz British Leyland, zusammenschlossen.

Diesem Sammelsurium war nur eine kurze Existenz beschieden. Premier Harold Wilson von der Labour Party rettete es 1975 durch Verstaatlichung vor dem Bankrott und in der Ära der konservativen Premierministerin Margaret Thatcher wurde es wieder entflochten und reprivatisiert.

Aber da stand Lyons schon nicht mehr bei Jaguar auf der Kommandobrücke. Zuletzt als Aufsichtsratsvorsitzender und Geschäftsführer das Kommando führend, ging Lyons 1972 in den Ruhestand. Der Ritter starb am 8. Februar 1985 auf seinem Gut Wappenbury Hall in Warwickshire.

Manuel Ruoff

Gekämpft wie eine Löwin

Zu: Die größte maritime Rettungsaktion aller Zeiten (Nr. 3)

Ich habe eine ganz besondere Erinnerung an die Rettungsaktion über die Ostsee. Wir kamen genau vor 70 Jahren auf das Schiff „Pretoria", das am 25. Januar 1945 den Hafen von Pillau verließ. Wir, das waren meine Mutter (40), mein Bruder (7), meine Schwester (15 Monate) und ich (14). Wir wurden schon im Oktober 1944 aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, nach Zinten evakuiert.

Im Januar 1945 standen wir in Heiligenbeil am Bahnhof, um mit der Bahn über die Weichsel zu gelangen. Mehrere Züge standen da und fuhren nicht. Plötzlich die Mitteilung, der Zug wird nach Königsberg zurückgeführt, da wir abgeschnitten sind. Ab Königsberg fuhren Züge nach Pillau, von dort Weiterfahrt per Schiff. Nach einer nächtlichen Fahrt erreichten wir Pillau. Wir fanden Obdach bei der Kriegsmarine.

Eines Tages kam unsere Mutter von einem Erkundungsgang zurück und sagte: „Schnell, schnell, nehmt unsere Sachen, wir können auf ein Schiff." Sie hatte vorher mit dem Posten der „Pretoria" gesprochen. Wir kamen dort an, und konnten auch das Schiff betreten. Offiziell nahm die „Pretoria" noch keine Flüchtlinge auf, nur Angehörige der Besatzung.

Wir waren erleichtert, aber wohin auf dem großen Schiff? Wir gingen einfach los und landeten in einem Raum. Plötzlich ging die Tür auf, der Kapitän stand vor uns: „Was machen Sie hier, wie kommen Sie auf das Schiff?" Ratlosigkeit unsererseits. „Bringen Sie die Leute zum Ausgang, sie müssen das Schiff verlassen", wies der Kapitän die Besatzung an. Wir wurden zum Ausgang geleitet. Der Posten dort antwortete jedoch: „Keiner darf ohne Genehmigung das Schiff weder betreten noch verlassen." Unsere Schiffs-„Begleitung" drehte sich um und verschwand. Wieder Ratlosigkeit.

Wir gingen zurück und fanden uns in einem Waschraum wieder und harrten dort aus. Auch da ging wieder die Tür auf. Wer kam herein? Unsere Rettung in Person einer Marinehelferin. „Was machen Sie hier? Kommen Sie mit in meine Kabine." Sie und ihre Mitbewohnerinnen haben uns wechselweise eine Koje zur Verfügung gestellt und uns auch mit Essen versorgt. Die ganze Nacht über wurden dann noch Flüchtlinge übernommen. Am nächsten Tag liefen wir aus. Auf hoher See hatten wir Maschinenschaden. Die ganze Fahrt bis Stettin dauerte mehrere Tage. Eine Tages kam der Kapitän, sah uns in der Kabine, sagte aber kein Wort.

Ich muss noch ein Loblied auf unsere Mutter aussprechen. Sie hat gekämpft wie eine Löwin, um uns durchzubringen.

Übrigens sollen auch die Särge vom Retter Ostpreußens im Ersten Weltkrieg, Paul von Hindenburg, und seiner Gattin, welche heute ein unbeachtetes Dasein in der Elisabethkirche von Marburg fristen, auf dem Schiff gewesen sein. **Heinz Krüger, Friedrichsdorf/Ts.**

Nächster Schwenk

Zu: Einfach den Ton abschalten (Nr. 2)

Klaus Rainer Röhl in seiner Schimpfe auf Kanzlerin Angela Merkel erkennt nicht die Strategie oder will sie verstärken: Durch Übernahme von Projektvorstellungen der konkurrierenden Parteien und annähernd konsequenter Durchführung dieser Projekte zeigt sie dem Volk, wohin das führt. Das muss auch krass sein, denn sonst ist die Wirkung verfehlt. Ist der Zorn des Volkes so richtig angeschwollen, so im richtigen zeitlichen Abstand vor der nächsten wichtigen Wahl, dann erfolgt der Schwenk nach dem Motto: „So geht es nicht weiter."

Die Zustimmung wird enorm sein und Angela Merkel gewinnt. Unter dieser Perspektive können wir beruhigt sein. Wir müssen nur noch ein Weilchen zusehen. Aus der AfD wird dann wohl nichts. Auch deren Konzept wird dann übernommen. **Albert Kutschelis, Unna**

Findet islamkritische Demos „nicht hilfreich": Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach bei ihrer Neujahrsansprache vom „Hass" im Herzen derer, die zu solchen Aktionen aufrufen Bild: action press

Zwiegespalten

Zu: Von der Verantwortung für die Völker (Nr. 3)

Ich teile die Einschätzung von Eva Herman und sehe die Entwicklung in unserem Land ebenfalls mit Besorgnis. Ich befürchte, dass die Kanzlerin mit Ihrer Neujahrsansprache und ihrem Aufruf gegen die Pegida-Bewegung leider Gewaltaktionen gegen demonstrierende Bürger legitimiert, obwohl es ihre Aufgabe wäre, genau das zu verhindern.

Jedoch kann ich Frau Herman leider nicht folgen bei ihrer Antwort auf die Frage: „Welche Ursachen sind für die Flüchtlingsströme verantwortlich?" Leider verfällt sie hier in linke Hohlphrasen. Und das noch dazu mit dem erhobenen verschwörungstheoretischen Zeigefinger: „Wir müssen endlich durchblicken lernen, wissend werden, wer uns in Wahrheit steuert." Sorry, ich hatte wirklich große Mühe, das zu Ende zu lesen. **Sigrun von Ostrowski, Kleinmachnow**

Eine Schande

Zu: Oben gegen unten (Nr. 2) und: Die Maske rutscht (Nr. 2)

Wenn Bürger in unserem angeblich freiheitlich-demokratischen Land ihre abweichende Meinung vom politisch verordneten Schablonen-Denken nur unter Polizeischutz äußern können, ist das nicht nur eine Schande für Dresden, sondern auch für ganz Deutschland. **Gisela Recki, Troisdorf**

Vorbildliches Blatt

Zu: *PAZ*

Seit einiger Zeit bin ich regelmäßiger Leser – oder Mitleser – Ihrer Zeitung, die ich von einem meiner Bekannten erhalte. Ich bin einfach begeistert von den Artikeln, Kommentaren und Berichten in Ihrem Blatt. Ach, wären doch alle Zeitungen unseres Landes so. **Christian Schöne, Königsbrück**

Ein Gefühl, als wäre man fremd im eigenen Land

Zu: Sommertheater mitten im Winter (Nr. 2)

Erst mit Zunahme des Terrors des „Islamischen Staates" mit öffentlich gefilmten Enthauptungen westlicher Geiseln und der Drohung des selbsternannten „Kalifen", bis 2025 auch Spanien für den Islam zu erobern, nahm das allgemeine Unbehagen gegenüber dem Islam in Deutschland wieder zu. Attentate auf das Welthandels-Zentrum in New York, auf die Bahnen in Madrid und die Busse in London mit sehr vielen Opfern waren fast schon vergessen wie auch die knapp verhinderten Anschläge auf die Deutsche Bahn.

Nicht nur in Syrien und im Irak, auch weltweit werden etwa 100 Millionen Christen verfolgt, meist von extremen Muslimen. Die Salafisten, Anhänger einer ultrakonservativen Strömung des Islam mit Rückbesinnung auf den streng sunnitischen Glauben, werben auch in Deutschland Kämpfer für den „Islamischen Staat" an. Es sind vermutlich jetzt schon weit über 500. Der türkische Staatspräsident Erdogan, auch Anhänger des sunnitischen Glaubens, durfte in Deutschland vor Tausenden seiner jubelnden Landsleuten bei Ausschluss der Öffentlichkeit Hassreden halten, die in dem Satz gipfelten: „Assimilation türkischer Einwanderer ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Jetzt kommen viele wirklich verfolgte Christen in unser Land, die wir unbedingt aufnehmen müssen. Aber wir nehmen leider auch ihre Verfolger auf. In den Unterkünften und in der Öffentlichkeit gehen die oft tätlichen Auseinandersetzungen weiter. Bei den Anti-Israel-Demonstrationen in Berlin konnten wir solch bösartige Sprechchöre gegen Juden erleben, wie wir sie hier nicht mehr für möglich gehalten haben. Die grausamen und kaltblütigen Morde an Mitarbeitern des Satiremagazins „Charlie Hebdo" zeigen, dass die Saat der Hassprediger in Moschee-Vereinen und Islamschulen aufgegangen ist.

Die Regierung und die sie tragenden Parteien sagen heute: „Wir sind ein reiches Land und jetzt auch ein Einwanderungsland." Wir Deutschen sind weder gefragt noch darauf vorbereitet worden, noch haben Bundesregierung, Länder und Gemeinden ausreichende Voraussetzungen dafür geschaffen. Viele Bürger unseres Landes fühlen sich übergangen und von den Medien belogen, auch von den öffentlich-rechtlichen Sendern. Oft wird man hier an den „Schwarzen Kanal" des DDR-Fernsehens mit Eduard von Schnitzler erinnert.

Die zum großen Teil berechtigten Ängste und Sorgen vieler Deutscher und auch Zuwanderer werden von allen vier Parteien im Bundestag meist belächelt und als Problem der Bildung, der geringen demokratischen Reife dargestellt und gern als NPD-Einfluss abgewiegelt. Die nun widerborstig gewordenen Sachsen in Dresden hätten mit ihren Pegida-Schweigemärschen erst recht keinen Grund, weil es dort kaum Ausländer und fast keine Muslime gebe. Im Westen seien die Menschen friedlich und fänden unbegrenzte Einwanderung nützlich für Rente, Multikulti und als Wählerpotenzial der Regierenden.

Warum also der Unterschied: Die auch von der Stasi geförderte 68er Studenten-Bewegung im Westen durfte es natürlich im Osten nicht geben. Im Westen trat sie den Marsch durch die Etagen des Staates, der Medien, Universitäten und Parteien an, ihre Kinder und Enkel taten das Übrige und sitzen nun als Beamte und Angestellte in allen Bereichen des von den Parteien vereinnahmten Staates. Sie werden kaum Interesse haben, daran etwas zu ändern.

Dresden hatte sich dagegen auch zu DDR-Zeiten ein möglichst unabhängiges Bildungsbürgertum bewahrt und möchte auch jetzt nicht von selbsternannten Gutmenschen belehrt und schon gar nicht beleidigt werden. Man sollte diese Bürger nicht unterschätzen. Veranstaltungen gegen das SED-Regime von 1989 und die trotz vieler Zweifler durchgezogene Wiedererrichtung ihrer nun weltberühmt gewordenen Frauenkirche haben gezeigt, was sie so drauf haben. Die Masche mit der Neonazi-Keule haben sie nicht verdient und tut uns allen weh.

Es ist doch jämmerlich, wenn sich gedungene V-Männer der NPD und verkleidete Journalisten unter die Montagswanderer mischen müssen, damit die Medien am Dienstag von einer rechtsradikalen und islamfeindlichen Veranstaltung berichten können, die Kanzlerin Merkel dann „nicht hilfreich" findet. Geradezu lächerlich mutet es an, wenn vom Staat abhängig Beschäftigte und einige Mitläufer herbeigeholt werden, um gleichgroße Gegendemos vorzuzeigen. Das erinnert mich sehr an DDR-Zeiten. Auch Dresdener kommen mal nach Berlin und erleben zunehmend Bezirke mit Parallelgesellschaften. Sie wollen nun mal nicht als Fremde in ihrer eigenen Heimatstadt leben müssen. **Reiner Strauß, Berlin**

Überzieher für linke Einfalt

Zu: Die Saat des Hasses (Nr. 4)

Pegida hat das Problem, einen ganzen „Staat" gegen sich zu haben, repräsentiert durch alle Parteien, Rundfunk, Fernsehen, Printmedien sowie die Linksalternative und die Antifaschisten nebst allen Untergruppierungen, die zu allem Übel für den stets gegenwärtigen „Kampf gegen Rechts" aus zig Geldtöpfen des Staates alimentiert werden. Bösartig gesprochen verfügt der Staat über eine willfährige Schlägertruppe, die reflexartig losschlägt, falls das Wort „Rechts" fällt.

Schon in früheren Jahren gab es Aktionen gegen „Rechts" wie zum Beispiel in Kreuzberg ein „Saufen gegen Rechts" für die Leute, die zu faul waren, auf der Straße zu demonstrieren. Der Staat hat sich in seinem Gebäude mit all seinen Facetten, wie Schuldkult und US-Freundschaft, zum dadurch ewig währenden Kampf gegen alles Andersartige eingerichtet, so dass eine Gesellschaftsform wie Pegida zwangsläufig Widerstand in übelster Form hervorruft, wie das den ekelhaftesten Beschimpfungen unschwer zu entnehmen ist.

Die bösartige Stimmung, die mit Ihrem Begriff „Wahnhafte Raserei" am besten beschrieben ist, habe ich mit Erschrecken in den Medien gesehen und gelesen. Pegida hat mit ihren Aktionen den Staat dabei erwischt, Volkes Stimmen nicht mehr zu achten. Dass Woche für Woche mehr Volk auf die Straße geht, sich nicht durch salbungsvolle bis hin zu gehässigen Sprüchen davon abhalten lässt, weiter zu demonstrieren, bringt die Politik zur Raserei.

Die erste zum Teil gewaltsame Demonstration der Hooligans zusammen mit Rechten hat dazu geführt, das ein Gericht die Hooligans mittlerweile zu einer „kriminellen Vereinigung" erklärt hat, die per Justiz endlich verfolgt und gegebenenfalls eingesperrt werden können. Eine Drohgebärde nach der anderen. Am liebsten wäre es der Politik, vermutlich auch Pegida in gleicher Weise zu kriminalisieren, da ja „auch Rechte" mitwandern.

Die bloße Masse der Pegida-Demonstranten hat die staatlicherseits beliebte „Antifa" nebst Ablegern bisher davon abgehalten, gewaltsam gegen Pegida vorzugehen. Trotzdem auch mal was Lustiges: Wir sehen auf jeder „machtvollen" Demo gegen die Rechten unter vielen Sprüchen auch das allseits beliebte „Bunte Vielfalt, statt Einfalt". Da fällt mir ein, dass eine Supermarktkette für eine Kondommarke mit dem Spruch „Bunte Vielfalt" wirbt.

Zwei mögliche Alternativen gibt es jetzt: Die Kondommarke verteilt jetzt an alle aufrechten, für die freiheitlich demokratische Grundordnung demonstrierenden Antifaschisten „Bunte Vielfalt"-Präservative, oder es gibt eine Unterlassungsklage gegen die Antifas. Dann bliebe nur noch „Vielfalt gegen Einfalt". Auch hochintelligent. **Manfred Krause, Isernhagen**

Beruhigungspillen für das Volk

Zu: Die Saat des Hasses (Nr. 4)

Deutschfeindliche Elemente sind auf breiter Front angetreten, um Deutschland zu islamisieren. In einer groß angelegten Lügenkampagne wird uns die irrwitzige These eingebleut, Islam und Islamismus hätten nichts miteinander zu tun. Leute, die den Islam kennengelernt haben, erzählen uns jedoch, dass der Islam nur so lange friedlich ist, wie er sich in der Minderheit befindet.

Doch wenn der Islam die Mehrheit hat, ist es mit der Friedfertigkeit vorbei. Und die Deutschen lassen sich von muslimischen Schaufenstererklärungen leicht täuschen. Zurzeit schreit alles: „Meinungsfreiheit! Meinungsfreiheit!" Bloß wenn man die Wahrheit sagt, soll die Meinungsfreiheit nicht mehr gelten. Dann kommen die linken Totschlagkeulen: rechtsradikal, fremdenfeindlich und islamophob.

Besonders Bundesjustizminister Heiko Maas geifert wie eine Giftschlange gegen deutsch denkende Menschen. Die Scheindeutschen werden immer frecher. Sie drohen uns jetzt schon Justizterror und Ausbürgerung an. Angeblich steht „deutsch" nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Sogar die Kirchen begünstigen den Islam. In ihrem Deutschenhass wissen die Kirchen natürlich genau, dass das deutsche Volk um so eher untergeht, je mehr es von Fremdvölkern überschwemmt wird. Als der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich einräumte, dass man die Identität von Volk und Nation zu leichtfertig vernachlässigt habe, kam sofort Gegenwind. Friedrich blieb mit seinem Eingeständnis weitgehend allein.

Als im Radio die Weihnachtsansprache von Bundespräsident Gauck angekündigt wurde, habe ich sofort ausgeschaltet. Diesen Unsinn wollte ich mir nicht anhören. Dasselbe habe ich Silvester mit der Merkel gemacht. Die Politiker haben sich mit der Medien-Mafia zusammengerottet, um dem deutschen Volk den Garaus zu machen. Die von Politikern gelegentlich geäußerte Bereitschaft, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, läuft auf folgende Maßnahme hinaus: Wir sollen als Angsthasen abgestempelt werden, deren Phobien am besten mit Beruhigungspillen behandelt werden müssen. **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 7. Februar 2015

MELDUNGEN

Gedenken an Todesmarsch

Palmnicken – Am Denkmal für die Opfer des Todesmarschs, bei dem Ende Januar 1945 7500 jüdische Frauen und Kinder grausam ermordet worden waren, fand am 1. Februar die diesjährige Gedenkveranstaltung statt, an der neben Gouverneur Nikolaj Zukanow und Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk auch der deutsche Generalkonsul Rolf Krause teilnahmen. Das Verbrechen jährt sich zum 70. Mal. Fast zeitgleich, als die Rote Armee Auschwitz befreite, trieb die SS 7500 jüdische Häftlinge auf einen Todesmarsch von Königsberg nach Palmnicken an die Ostseeküste. Die Gefangenen stamm-ten aus Außenlagern des KZs Stutthof bei Danzig auf dem Gebiet Ostpreußens, die im Herbst 1944 eingerichtet und



Mahnmal in Palmnicken: Archiv

kurz zuvor hektisch von der SS aufgelöst worden waren. Alle Gefangenen waren aus Auschwitz über Stutthof nach Ostpreußen gekommen. Den 50 Kilometer langen Weg nach Palmnicken säumten bis zu 2500 Leichen. Die Überlebenden sammelte die SS im Bernsteinwerk, führte sie in der Nacht zum 1. Februar 1945 zur Ostsee und jagte sie unter Maschinengewehrfeuer auf das Eis und ins Wasser. Nur 30 Überlebende sind bekannt.

Seit zehn Jahren wird mit einer Veranstaltung an die Tragödie erinnert. In diesem Jahr zogen Teilnehmer an einem „Marsch des Lebens“ von Polennen [Kruglowo] bis nach Palmnicken, um den Weg der vor 70 Jahren dorthin getriebenen Menschen nachzuempfinden. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Umgehungsstraße von Osterode [Ostróda], Baustelle; Reichenau [Rychnowo], Baustelle. Straße Nr. 15: Brattian [Bratian], Reparatur der Schutzplanken. Straße Nr. 16: Sensburg [Mragowo], Olsztynska Straße, Baustelle. Straße Nr. 16c: Bischofsburg [Biskupiec] – Großborken [Borki Wielkie], Reparatur der Schutzplanken. Straße Nr. 51: Guttstadt [Dobre Miasto], Baustelle. Straße Nr. 57: Bischofsburg [Biskupiec] – Rothfließ [Czerwonka], Baumfällarbeiten. Straße Nr. 58: Kurken [Kurki], Brückenbau, einspurig. Straße Nr. 59: Lötzen [Gizycko] – Wilkassen [Wilkasy], Baustelle. Straße Nr. 63 Stasswinnen [Staswiny] – Groß Konopken [Konopki wielkie], Baumfällarbeiten. *PAZ*

Ukrainer und Weißrussen statt Usbeken

Ängste der Bevölkerung veranlasst Königsberger Gebietsregierung zur Verringerung der Ausländerquote

Seit dem 1. Januar ist in Russland ein verschärftes Immigrationsgesetz in Kraft getreten, das auch für das Königsberger Gebiet Auswirkungen hat. Die Änderungen sollen vor allem illegale Arbeitsimmigranten aus Zentralasien fernhalten, von denen sich viele im nördlichen Ostpreußen aufhalten.

Seit dem 1. Januar gelten neue Regeln für den Aufenthalt und die Arbeit von Ausländern in der Russischen Föderation. Immigranten, die bei der Einreise verschweigen, dass sie zum Arbeiten gekommen sind, erhalten keine nachträgliche Arbeitserlaubnis. Bislang profitierten Arbeitsimmigranten aus GUS-Ländern von dem Privileg, sich ohne Registrierung bis zu 90 Tagen auf dem Gebiet der Russischen Föderation aufhalten zu dürfen. Sie hatten die Möglichkeit, bis zu drei Monaten zu arbeiten. In der Praxis blieben sie jedoch ständig. Nach drei Monaten verließen sie Russland einmal kurz, um dann ihre Arbeit für die nächsten drei Monate aufzunehmen. Damit ist es jetzt vorbei. Auch Usbeken müssen sich nun an das neue Gesetz halten und eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vorweisen. Bei Zuwiderhandlung droht ein Einreiseverbot für drei bis vier Jahre.

Laut Angaben des russischen Innenministeriums arbeiten 40 Prozent der Immigranten auf dem Bau, 30 Prozent im Handel, zehn in der Industrie und sieben Prozent in der Landwirtschaft. Nach den USA hat Russland den zweithöchsten Anteil an Immigranten weltweit. Das sind über zwölf Millionen Menschen, von denen sich die überwiegende Mehrheit illegal im Land aufhält.

Russland hatte den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte in den vergangenen Jahren mit einer jährlichen Quote zu regeln versucht.



Arbeitserlaubnis, Wohnungen, Übersetzungen: Ein Büro in Königsberg bietet Ausländern seine Dienste an Bild: J.T.

Für 2015 hat die Regierung des Königsberger Gebiets auf Druck der Öffentlichkeit die Quote für ausländische Arbeitsimmigranten deutlich gesenkt. Sie beträgt nun 4500 Menschen. Das ist im Verhältnis zur Bevölkerung des Gebiets eine hohe Quote im Vergleich der im Großraum Moskau. Immigranten werden aber auch in Zukunft außerhalb dieser Quotenregelung arbeiten können. Der Föderationsrat hat einem Gesetz zugestimmt, nach dem Arbeitsimmigranten eine Arbeitserlaubnis beantragen können, die „Patent“ genannt wird. Dieses ist auf ein Jahr befristet und ist nur einmal verlängerbar.

Diese neue Ordnung gilt für jene Ausländer, für deren Aufenthalt in Russland kein Visum erforderlich ist. Gouverneur Nikolaj Zukanow will aber die Ausgabe von Arbeitsgenehmigungen begrenzen und in erster Linie Bürger aus der Ukraine und Weißrussland ins Königsberger Gebiet locken.

Alle Ausländer, die in Russland arbeiten wollen, müssen künftig eine Prüfung über Kenntnisse der russischen Sprache und Geschichte sowie Grundwissen der Gesetzgebung nachweisen.

Einer der Gründe, die zu dieser Verschärfung der Gesetzgebung geführt haben, sind erhöhte soziale Spannungen in der Gesellschaft. Vor allem das Anwachsen der Ausländerkriminalität war ausschlaggebend. Laut Regierung hat im vergangenen Jahr die Zahl der schweren Verbrechen, die von Ausländern aus GUS-Staaten verübt wurden, um 70 Prozent zugenommen. Im Königsberger Gebiet soll ein Islamisches Gesellschaftszentrum eröffnet werden, um eine erfolgreiche Integration der Immigranten zu ermöglichen. Die Gebietsregierung hat ihre Unterstützung dafür zugesagt. Ein anderes Thema, das die Menschen beunruhigt, ist der hohe Grad an Infektionskrankheiten unter den Immigranten. Deshalb müssen Ausländer nun beim Migrationsdienst Bescheinigungen vorlegen, die belegen, dass sie weder drogenabhängig noch krank sind.

Das Gesetz über sogenannte „Gummi-Wohnungen“, das im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, soll Verstöße bei der Registrierung von Ausländern ahnden.

Illegale bei Razzien entdeckt

Hintergrund ist, dass bei Razzien im gesamten Land über 10 000 Wohnungen entdeckt wurden, in denen einige Menschen gemeldet waren, aber über eine halbe Million tatsächlich lebten. Die Dunkelziffer könnte noch erheblich höher sein.

Auch die Strafen für die Beschäftigung illegaler Arbeitskräfte wurden verschärft. Jedoch decken periodische Streifen der Polizei immer wieder neue Fälle illegaler Beschäftigung in Königsberg und im Gebiet auf. Dutzende Illegaler arbeiten auf Baustellen.

In Königsberg gibt es viele Firmen, die Hilfe bei der Beschaffung von Aufenthaltsgenehmigungen, Arbeitserlaubnissen, Übersetzungen behilflich sind und ähnliche Dienste anbieten. In letzter Zeit sieht man sogar Reklameschilder auf Usbekisch. Es hat den Anschein, als würden eine schärfere Gesetzgebung und Sanktionen die Nachfrage bei diesen Firmen nur noch erhöhen. *J. Tschernyschew*

Tragödie der Deutschen bleibt Nischenthema

Deutsche Minderheit gedenkt unterschiedlich des Zusammenbruchs in Oberschlesien 1945

Es war eine Tragödie des gesamten deutschen Ostens. Doch in der polnischen Öffentlichkeit ist das Kriegsende 1945 nur für die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Ostgebiete ein Zusammenbruch – und damit großflächig nur in Oberschlesien. Der Begriff der „Oberschlesischen Tragödie“ hat sich hier fest eingebürgert.

Anders als im östlichen Oberschlesien hat die Deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln – dem westlichen Oberschlesien – vielerorts das Ruder in der Hand. Doch dieser Umstand birgt auch Gefahren. Es sind „die üblichen Verdächtigen“, die der Tragödie meist beschränkt auf lokaler Ebene gedenken. Wenige Ortsgruppen der Deutschen wie in Chronstau finden die Kraft, der Öffentlichkeit den zeitgeschichtlichen Kontext 1945 erklären zu wollen. Doch hier gibt es mit dem Vorsitzenden Rafał Bartek auch einen Manns des Hauses, der als Direktor des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit entsprechenden Sachverstand einbringt. Die Oppelner Historikerin Adrianna Dawid diskutierte in Chronstau mit Zeitzeugen. Wissenschaft holte die Menschen in ihrem Dorf ab. Dawid war auch Referentin bei der Konferenz zur Oberschlesischen Tragödie, die die Oppelner Universität gemeinsam mit Proskaus Bürgermeisterin aus der Deutschen Minderheit Róża Malik am 14. Januar ausrichtete. Dieser Sprung aus dem Dorf in die Woiwodschaftshauptstadt war auch politisch von der deutschen Volksgruppe gewollt.

Doch nach der Konferenz war die Enttäuschung groß. „Ich hatte eigentlich gehofft, etwas Neues über die Tragödie zu erfahren. Das war aber nicht so, aber es ist wohl auch kein Wunder, wenn niemand weitere Studien zu dem Thema macht“, resümierte der Woiwodschaftsvorsitzende der Deutschen, Norbert Rasch. Ein Besucher beklagte: „Ich habe den Eindruck, die Universität hat sich fast widerwillig mit dem Thema auseinandersetzt. Die Einladung mit dem Programm ist erst seit gestern Nachmittag auf der Internetseite der Universität.“ Man bekam zudem den Eindruck, dass manche Historiker die Tragödie als etwas verstehen, das die Zivilbevölkerung selbst verschuldet habe, weil sie doch ein Teil des verbrecherischen NS-Volkes gewesen sei. Zwangsverpflichtete Schüler, die den Saal füllten, langweilten sich auch angesichts der Lobeshymnen der Wissenschaft auf sich selbst. Die Chance, junge Leute zu erreichen, wurde kläglich verspielt.

Es ist noch viel aufzuarbeiten: Norbert Rasch (l.) und Antoni Maziarz von der Oppelner Universität Bild: S-K

Anders stellt sich die Situation in der östlicher gelegenen Woiwodschaft Schlesien dar. In den Großstädten bieten sich mehr Diskussionsmöglichkeiten. Hinzu kommt, dass die Opfer der Tragödie hier von beiden Seiten der Zwischenkriegsgrenze kommen. Viele hatten hier schon vor 1939 die polnische Staatsangehörigkeit und mussten sich im Nationalsozialismus in Volkslisten zuordnen lassen. Das macht das Täter-Opfer-Schema breiter. Das Verständnis, dass es Opfer einer schlesischen Tragödie gibt, ist hier folglich viel dichter an der polnischen Gesamtgesellschaft dran.

Und so kommt der eigentliche Impuls aus dieser Woiwodschaft. Im Bahnhof von Radzionkau entsteht auf Initiative von Bürgermeister Gabriel Tabor, dessen Großvater 1945 in die Sowjetunion verschleppt wurde, das Dokumentationszentrum der Deportationen Oberschlesischer Bevölkerung in die Sowjetunion nach 1945 (www.deportacje45.pl). Tabor sicherte sich die wissenschaftliche Unterstützung des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) und hat so den Ort geschaffen, an dem künftig niemand mehr vorbeikommt. Nachdem der Bahnhof 2007 erworben wurde, traten der Initiative weitere Gebietskörperschaften bei. Im Februar wird das Dokumentationszentrum eröffnet. *Till Scholtz-Knobloch*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

manchmal muss ich an meinen lieben Onkel Max denken, der ein absoluter Genussmensch war und der glatt als Erfinder der „Schiebewurst“ gelten konnte. Diesen Begriff werden heutige Konsumenten nicht mehr kennen, er stammt aus den mageren Jahren, als ein dünnes Scheibchen Wurst für eine ganze Brotscheibe reichen musste. Genießer schoben es immer weiter, bis es dann auf dem letzten Bissen lag und mit Hochgenuss verzehrt werden konnte. Dieser, mein Onkel Max, pflegte nämlich das Weihnachtsmarzipan sorgsam bis zum Osterfest aufzubewahren, um es dann zu genießen. Die Schokoladeneier hortete er bis zum Pfingstfest, wo es ja keine süßen Spezialitäten gab. So einer war er, mein Onkel Max. Diese heiteren Akzente muss ich einmal in die uns so belastende Thematik dieser Fluchtwochen setzen, wobei der Schwerpunkt auf dem Begriff „Schiebetechnik“ liegt. Denn ich muss nun schieben, allerdings ungewollt, denn ich hatte nicht damit gerechnet, dass unsere Weihnachtsgeschichten vom letzten Fest in der Heimat in Nummer 51/52 so viele Leserinnen und Leser zum Schreiben anregen würden. Es sind heitere wie bitterernste Erinnerungen, und sie sind es wert, weitergegeben zu werden – nur nicht jetzt im Februar. Aber ich schiebe sie nicht auf die lange Bank, sondern sammele und hüte sie sorgfältig und sie werden uns dann erfreuen, wenn ihre Zeit gekommen ist.

Auf eine Zuschrift will ich doch noch eingehen, denn sie stammt von Frau **Christa Jedamski** aus Eschborn, die ihre Erinnerungen an die gerettete Weihnachtsgans, ihr geliebtes Paulinchen, unserer Sammlung beigesteuert hatte. „Meinem Paulinchen ist so viel Ehre erwiesen worden, dass ich richtig stolz auf sie bin, dass ich sie in meiner zu kurzen Kindheit haben durfte!“ Die dann abrupt beendet wurde, als vor genau 70 Jahren ihre Flucht begann, und sie alle Stufen eines Vertriebenenschicksals bewältigen musste. „Ein langer beschwerlicher und trauriger Weg, der mich mein ganzes Leben stets begleitet hat. Immer mit viel Tränen, Hoffnungslosigkeit und unermesslichen Demütigungen, die ich niemals mehr abwaschen konnte. Es ist nur verwunderlich, dass ich damals keinen vernünftigen Soldaten der Siegermächte erlebt habe. Kein Russe hat mich auf den Arm genommen und getröstet, kein Amerikaner mir entweder einen Kaugummi oder ein Stück Schokolade gereicht. Ich habe also keine guten Ansätze von Menschlichkeit erfahren. Mein einziger Trost waren Bücher, wenn ich eines bekommen konnte, sie waren alle meine Freunde.“ Und nun werden auch ihre Erinnerungen in einem Buch erscheinen, und wenn sie sich genauso gut lesen wie ihre Paulinchen-Geschichte, werden wir uns freuen.

Aber nun zu den Zuschriften, die nicht die Ereignisse vor 70 Jahren betreffen, und da bringt Herr **Hellmut Jucknat** aus Kiel einen neuen Begriff ins Spiel: Schwarmintelligenz. Dieser wurde – wie uns Herr Jucknat erklärt – durch den von **Frank Schätzing** verfassten Roman „Der Schwarm“ bekannt und bedeutet so viel wie „gemeinsames Wissen und Erfassen“ eines Pulks von Lebewesen – in unserem Fall der menschlichen, speziell der ostpreußischen, noch spezieller: der Ostpreußischen Familie! Herr Jucknat schreibt: „Wir, die Heimatgruppe der Insterburger Kreisgemeinschaft Stadt und Land e.V. mit Sitz der Geschäftsstelle in Krefeld, sind wegen eines im Jahr 1912 in Insterburg geschehenen Reiterunfalls angeschrieben worden. Der Fragesteller möchte nichts weiter wissen als den Vornamen des damals verunglückten Oberleutnants **Douglas**.“ Der Fall hatte wohl in Reiterkreisen großes Aufsehen erregt, denn sogar das „Berliner Tageblatt“ berichtete am 30. September 1912 darüber: „Bei dem gestrigen Abschiedsrennen des Litthauischen Reitervereins auf den Althöfer Wiesen bei Insterburg stürzte Oberleutnant Douglas von den Königsberger Wrangelkürassieren beim Nehmen einer Hürde auf seinem Steepler Athanas so unglücklich, dass er einen Schädel- und Genickbruch erlitt und auf der Stelle tot war. Oberleutnant Douglas war einer der erfolgreichsten ostdeutschen Herrenreiter. Seit drei Wochen war er verlobt. Die Leiche wurde nach dem Insterburger Garnisonlazarett gebracht und dort aufgebahrt.“ Gesucht wird also der Vorname des Oberleutnants Douglas. Das klingt einfach, ist es aber nicht, denn die Kreisgemeinschaft hat schon überall nachgefragt, wo eine authentische Auskunft zu erwarten war, aber immer hieß es: unbekannt. Auch beim Militärarchiv der Bundeswehr in Freiburg war man erfolglos, da dort die Akten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr vorhanden sind. Also wendet sich Herr Jucknat hoffnungsvoll an uns. „Wir haben es bisher mit der bundesdeutschen ‚Schwarmintelligenz‘ versucht, leider ohne Erfolg. Nun wollen wir gerne auch die ostpreußische bemühen und sehen, ob sie es schafft.“ Soweit also seine Bitte. Vor ein paar Jahren wäre ich noch in meiner eigenen Verwandtschaft fündig geworden – schmerzlich werden mir wieder einmal die Verluste der Menschen bewusst, die sichere Informanten gewesen wären. Aber ich bin sicher, dass unser „Schwarm“ es schaffen wird. Meldung bitte bei Hellmut Jucknat, Heimatgruppenleiter der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V. in Kiel, Telefon (0431) 311972, E-Mail: hellmut.jucknat@t-online.de



Wer kennt diese Wassermühle am Ufer der Passarge – ist es die Kalksteiner Mühle? Bild: privat

Und wieder ist es ein altes Foto, das Erinnerungen in mir erweckt, obgleich es mit der eigentlichen Frage zu diesem Bild nur so viel zu tun hat, dass es sich um eine alte ostpreußische Wassermühle handelt. Und ich dachte sofort an die Mühle in Montitten bei Tiefensee, dem Ferienparadies meiner Kindheit, die damals in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts Freunden meiner Eltern gehörte und in der wir unvergessliche Sommer erlebten. In der Weite und Freiheit einer stillen Landschaft, die uns ihre Schätze in Überfülle schenkte: Beeren, Pilze, Nüsse, Fische und Krebse ... Kehren wir zurück in die Gegenwart und damit zu dem Foto, das uns Herr **Klaus Neumann** aus Soest zusandte. Mit der Bitte, unsere Leserinnen und Leser zu befragen, ob es sich tatsächlich auf diesem Bild um die „Kalksteiner Wassermühle“ bei Liebstadt handelt, wie einige seiner Landsleute vermuten. Andere behaupten dagegen das Gegenteil, und ihm selber ist diese ihm aus seiner Kindheit vertraute Wassermühle, am rechten Ufer der Passarge gelegen, anders in Erinnerung geblieben. Herr Neumann schreibt dazu: „Wir Kinder und Jugendliche aus Stollen bei Liebstadt – ich selber war damals erst acht Jahre alt – sind nämlich in den Ferien häufig von Stollen aus über das Vorwerk Gillwalde zur Kalksteiner Wassermühle gelaufen. Mittlerweile kommen mir auch Zweifel, ob das Wehr und das zerfallene Gebäude, das wir aus unserer Kinderzeit als ‚Kalksteiner Wassermühle‘ in Erinnerung behalten haben, tatsächlich die sogenannte Mühle gewesen ist. Möglicherweise lag die auf dem Foto abgebildete Wassermühle an einer ganz anderen Stelle der Passarge?“ Sicher werden sich Leserinnen und Leser finden, die diese Mühle kennen und Herrn Neumann Auskunft geben können. Vor allem aber benötigt er Informationen über die Kalksteiner Wassermühle, denn er möchte in diesem Sommer wieder seinen Geburtsort Rosenau und Stollen, den letzten Wohnort seiner Familie, besuchen. Herr Neumann bittet deshalb seine Landsleute, ihm die genaue Lage mitzuteilen und ihm über das frühere und heutige Aussehen des Gebäudes zu berichten. (Klaus Neumann, Bischofstraße 2a in 59494 Soest, Telefon 02921/3455933, Fax 02921/9445753, E-Mail: klaus.neumann36@web.de)

Doch nun zu unserem Fluchtkalender, der gerade in diesen Februartagen an die verwehten, vereisten und auf dem Frischen Haff zur tödlichen Falle werdenden Fluchtwege erinnert, die aus den Lebensbildern vieler Landsleute nicht ausradiert werden können. So wie in der Vita von **Alfred Richter** aus Hamm, der seine Fluchterlebnisse auf Anforderung einer westdeutschen Zeitung aufgeschrieben hat, die dann vor Kurzem erschienen. Herr Richter übersandte uns einen Abdruck seines Beitrages mit der Bitte, ihn auch in der *PAZ* zu bringen. Ich habe schon die Vielzahl von Fluchtberichten erwähnt, die uns laufend erreichen, und die eine Auswahl fast unmöglich machen. Aber eine Passage aus seinem Beitrag will ich hier einbringen, weil sie einen Übergang zu unserer Sondergeschichte „Fluchtweg Nehrungsstraße“ bildet, denn es ist ein kurzer, aber prägnanter Bericht, der die Eindrücke des damals zehnjährigen Jungen aus Lötzen schildert, als er und seine Stiefmutter im eisigen Schneesturm das Haffufer erreichen:

„Da die russischen Truppen meine Heimat Ostpreußen bereits fast vollständig eingeschlossen hatten, blieb uns als letzte Fluchtmöglichkeit nur der Weg über das zugefrorene Frische Haff. Hier waren wir mitten im Inferno. Wir wurden von feindlichen Flugzeugen bombardiert und mit Maschinengewehren beschossen. Ich kann mich noch sehr gut an brennende, im zerborstenen Eis untergehende Flugzeuge, schreiende, verzweifelnde Menschen, hilflose Kreaturen – sowohl Mensch als Tier – erinnern. Es war die Hölle, auch ich stand Todesängste aus. Ein Schutzengel muss uns behütet haben: Wir erreichten wieder festen Boden!“ Und das war die zugefrorene Erde der Frischen Nehrung, auf der wir nun die Fluchtwege der Trecke vor nun genau 70 Jahren in unserem Sonderbeitrag verfolgen wollen.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiterhelfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Fluchtweg zwischen Frischem Haff und Ostsee

Aufzeichnungen aus dem Tagebuch einer damals über die Nehrungsstraße Geflüchteten

Vor einem Jahr veröffentlichten wir aus der Fluchtgeschichte einer Heilsberger Familie die Etappe ihres Fluchtweges, die über das vereiste Frische Haff führte, wobei der Treckwagen im brechenden Eis versank. Eine der Frauen, die sich an Land retten konnte, war die Organistin Charlotte Kuhr, die schon bald nach Kriegsende diesen Weg tagebuchartig festgehalten hat. Diese authentischen Aufzeichnungen hat ihre Tochter Renate Kuhr, die bei der Flucht 13 Jahre alt war, mit eigenen Erinnerungen ergänzt und als 80-Jährige in ihr Buch „Flucht auf dünnem Eis“ eingebracht, aus dem wir für die erste Veröffentlichung in der *PAZ*, Nummer 9/2014, die erwähnte Haffüberquerung wählten. Aber auch als Frauen und Kinder – vollkommen durchnässt und ohne jegliches Gepäck – das rettende Nehrungsufer erreicht hatten, waren Nöte und Ängste noch lange nicht ausgestanden, im Gegenteil: Hier auf diesem schmalen Landstreifen zwischen See und Haff bewegte sich eine endlose Menschenmasse nach Westen, um das Festland am Fuß der Nehrung zu erreichen. Unter ihnen Charlotte Kuhr mit Tochter Renate und deren sieben Jahre alten Schwester Sigrid und ihrer 64-jährigen Mutter. Da ihr als ehemaliger Frau eines hier tätigen Forstbeamten die Frische Nehrung vertraut war, vermeinte sie, einen relativ sicheren weiteren Fluchtweg vor sich zu haben. Aber da hatte sie sich geirrt, wie sie in ihrem Buch schildert, aus dem wir einige Ausschnitte entnehmen. Nach einer ersten Nacht in dem Nehrungsdorf Narmeln, wo sich zehn Erwachsene und zehn Kinder vier Betten in einer engen Fischerstube teilen mussten, machten sich die Vier auf den Weg nach dem 25 Kilometer entfernten Kahlberg. Das war nun vor genau 70 Jahren, und wir lassen Renate Kuhr berichten:

„Ein diesiger Morgen war hereingebrochen, feuchtkalt und trostlos. Die Wege waren durch die Hunderttausende der Trecks und der zu Fuß Flüchtenden in einem unbeschreiblichen Zustand. Meistens musste man sich seitlich des Weges zwischen den niederen Kiefern hindurch winden, um überhaupt vorwärts zu kommen. Die mir aus friedlichen Zeiten so gut bekannten, sonst so reizvollen Durchblicke auf Haff und See gewährten heute alles andere als schöne Aussichten. Rechts die graue See, bedeckt mit Schaumkämmen, und links die Eisfläche des Frischen Haffs, unterbrochen von Bombenlöchern der russischen Flieger und vorne, in Nehrungsnähe, sah man die endlose, unübersehbare Schlange der Trecks, die sich kaum vorwärts bewegten. Und über allem der graue, tiefe Winterhimmel. Langsam begann es zu nieseln, es wurde immer trostloser. In Höhe des Dorfes Neukrug trafen wir auf Lkw, die Verwundete in Sicherheit bringen sollten. Nach einigen Verhandlungen mit dem Fahrer ‚schwangen‘ wir uns auf einen offenen Lkw, auf dem einige Ölkanister und verfaultes Stroh lagen. Ab und zu erklomm ein Verwundeter den feuchten Sitz. Nachdem wir zwei Stunden dort abgesessen hatten, ohne auch nur einen Meter vorwärts gekommen zu sein, erschien eine Kontrolle, die festzustellen hatte, ob vielleicht einer der Verwundeten doch noch zu Fuß gehen konnte. Es fanden sich solche – mit Kopfschüssen und gebrochenen Armen. Natürlich mussten wir auch aussteigen und setzten uns wieder zu Fuß in Bewegung, hatten wir ‚nur‘ noch 18 Kilometer bis Kahlberg zu laufen. Es war ein Weg des Elends und des Leides! Das Vermögen eines Landes lag achtlos weggeworfen, zertreten, weggeworfen als unnützer Ballast und unbeachtet am Wege. Da lagen Radioapparate, Betten, leere und volle Koffer, sehr viele tote Pferde, denen man die Keulen herausgeschnitten hatte, so dass die blutigen Fetzen herum hingen, und – was das Furchtbarste war – auch tote Menschen, die am Wegrand lagen oder saßen, als hätten sie sich zur Rast hingesetzt und wären vor Erschöpfung eingeschlafen. Meistens waren es Kinder und Alte, die den Strapazen nicht mehr gewachsen waren. Die fast nicht mehr passierbare Nehrungsstraße zeigte tiefe Schlaglöcher, in welche die beladenen Trecks bis zu den Achsen einsanken.“

Charlotte Kuhr fand dann einen Nebenweg, der abseits von der Nehrungsstrasse nach Kahlberg führte, und so erreichten die Vier das Dorf Vöglers, mussten aber weiterziehen, weil das Schulhaus als einzig mögliche Unterkunft mit Soldaten besetzt war. Nur mit Mühe konnte sie ihre Mutter und die Kinder bewegen nicht aufzugeben. Als sie wieder auf die Nehrungsstraße kamen, wurde der Weg nach schlechter, sie versanken bis zu den Knöcheln im Schlamm. Endlich erreichten sie Kahlberg noch vor Einbruch der Dunkelheit, und die Suche nach einem Nachtquartier begann. Das fanden sie schließlich im zwei Kilometer entfernten Liep in einem Fischerhaus, in dem die dort einquartierten Soldaten zusammenrückten und sogar das Abendbrot mit den Flüchtlingen teilten. Und das bestand aus gebratenem Speck, Schwarzbrot und heißem Kaffee. Die Folgen bei den ausgehungerten Frauen und Kindern kann man sich vorstellen! Sie zwangen die Vier, noch länger in dem Fischerhaus zu bleiben, wobei neue Hoffnung aufkeimte, wie Frau Kuhr berichtet:

„Es ging die Sage, dass draußen auf See eine ganze Menge Dampfer bereitliege, um Flüchtlinge nach Pommern zu bringen. Dazu musste man im Besitz von Schiffskarten sein. Nach einigen Stunden Anstehen bei der Kreisleitung in Kahlberg konnte ich triumphierend zu den Meinen zurückkehren. Wir beschlossen, am nächsten Morgen den Versuch zu machen, mit einem Schiff weg zu kommen. Weit draußen auf See schaukelten tatsächlich einige Dampfer, und am Ufer stand wartend eine ganze Menge Flüchtlinge. Einige Männer des Sicherheitsdienstes machten uns darauf aufmerksam, dass das Verweilen am Strand mit Lebensgefahr verbunden sei. Das Heulen der russischen Granaten erklang ja auch nicht gerade ermunternd. Da auch noch der Wind auffrischte, schien uns das ganze Unternehmen reichlich aussichtslos, und wir zogen es vor, uns doch wieder auf die Nehrungsstraße zu begeben.“ Noch eine Nacht in einer – warmen! – Fischerstube in Pröbenau, dann ging es weiter in Richtung Bodenwinkel, wo die Nehrung allmählich Festland wird. „Und so wanderten wir weiter, was uns ohne jegliches Gepäck leichter gemacht wurde, die unergründliche Nehrungsstraße entlang mit überkrusteten Schuhen, die im Modder versanken.“ Es war um 2 Uhr am 14. Februar 1945, als die vier Flüchtlinge aus Heilsberg das Dorf Bodenwinkel und damit wieder das Festland erreichten. (Auszüge aus dem Buch „Flucht auf dünnem Eis“ von Charlotte und Renate Kuhr, Frieling-Verlag, Berlin, ISBN 978-3-8280-3182-1.) *R.G.*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Ballnus, Hedwig, geb. **Preikschat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Geede, Ruth, aus Königsberg, am 13. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Freyer, Siegfried, aus Lyck, Bismarckstraße 38, am 11. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Waschk, Horst, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hoffmann, Martha, geb. **Frank**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 8. Februar
Schöl, Erich, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Schwarznecker, Erna, geb. **Merten**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hantel, Hela, geb. **Eggers**, aus Havendorf, am 12. Februar
Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Theierl, Hildegard, geb. **Kohlke**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Buroff, Alma, geb. **Skowronnek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 7. Februar
Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar
Hensel, Annemarie, geb. **Rosowski**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Kallweit, Paul, aus Eidkuhnen Memel, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Neidenburg, am 7. Februar
Naglazki, Herta, aus Willenberg, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Pries, Paul, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Reuter, Ingeborg, geb. **Schmökel**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 7. Februar
Samorey, Marie, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dahmen, Erika geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preussisch Eylau, am 6. Februar
Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Jägerkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Haustein, Helene, geb. **Kondoch**, aus Grabnick Kreis Lyck, am 10. Februar
Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Kupczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Samland, am 8. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar
Matthees, Hildegard, geb. **Rasch**, aus Lyck, Yorkstraße 35, am 8. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. Februar
Pfeiffer, Irmgard, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Richert, Alfred, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 11. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bast, Charlotte, geb. **Fritz**, aus Ebenrode, am 7. Februar
Brehl, Frieda, geb. **Rippke**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Buksa, Paul, aus Lissau, Kreis Lyck, am 11. Februar
Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Miesczinski, Hildegard, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Februar
Ravn, Elfriede, geb. **Kuczinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, und Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Spogahn, Emmi, geb. **Schieweck**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar
Teiwes, Martha, geb. **Schliffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar
Willutzki, Dr. Hans, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brandstäter, Dorothea, geb. **Boss**, aus Wildnisrode, am 12. Februar
Buczko, Herbert, aus Lyck, Morgenstraße 11, am 7. Februar
Czossek, Otti, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Hennig, Marianne, geb. **Hennig**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
König, Heinz, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Kück, Elli, geb. **Lenk**, aus Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Moll, Hedwig, geb. **Todzi**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Nickel, Frieda, geb. **Skrzeba**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Rostek, Helmuth, aus Lyck, Morgenstraße 22, am 8. Februar
Tomkowitz, Kurt, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 13. Februar
Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Wieprecht, Ursula, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Zickermann, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Contzen, Edith, aus Klingsporn, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Februar
Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar
Fischer, Lydia, geb. **Schulz**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Günther, Elly, geb. **Ostwald**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Hannig, Gisela, geb. **Pultke**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Happach, Hildegard, geb. **Krause**, aus Liska-Schaaken, Kreis Samland, am 12. Februar
Hardt, Alfred, aus Treuburg, am 8. Februar
Heinecke, Eva, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, am 12. Februar
Juszkiewicz, Margarete, aus Lyck, am 12. Februar
Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Kokott, Ida, geb. **Salenga**, aus Neidenburg, am 13. Februar
Maaß, Anneliese, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. Februar
Masuhr, Irmgard, geb. **Knorr**, , aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar
Meilahn, Gertraud, geb. **Neumann**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Meitza, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Pfeiffer, Dr, Irmtraud, geb. **Kunze**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Poot, Elisabeth, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 10. Februar
Pulla, Heinz, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Schulz, Margarete, geb. **Laupichler**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böttcher-Pannwitz, Hildegard, geb. **Przygodda**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Bubienko, Hildegard, geb. **Czypull**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Bütow, Brigitte, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Dewor, Heinrich, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Februar
Fabricius, Irmgard, geb. **Kurowski**, aus St. Lorenz, Kreis Samland, am 13. Februar
Frei, Erna, geb. **Jortzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar
Günther, Horst, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Guß, Herbert, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 9. Februar
Hebing, Käthe, geb. **Koslowski**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Heske, Fritz, aus Fedderau/Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 13. Februar
Hinz, Horst, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 6. Februar
Jeschke, Liesbeth, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Kroll, Gerhard, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 8. Februar
Lippach, Edith, aus Königsberg, am 11. Februar
Loosen, Horst Wihelm, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Mossakowski, Walter, aus Skurpien Soldau, Kreis Neidenburg, am 10. Februar
Mundt, Christel geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Nößler, Ruth, geb. **Poesze**, aus Kurwensee, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Pfeil, Willi, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 10. Februar
Prietzel, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Schlicht, Kurt, aus Pobethen, Kreis Samland, am 9. Februar
Schönfeld, Elfriede, geb. **Druba**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Schulz, Fritz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Schwarz, Heinz, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Schwittay, Heinz, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Stenzel, Kurt, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Trinoga, Eva, geb. **Oppermann**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Februar
Zielonkowski, Günter, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Februar
Zimmermann, Heinz, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Armbrust, Margot, aus Willgaiten, Kreis Samland, am 11. Februar
Aßmann, Edith, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Aßmann, Heinz, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Aukthun, Edith, geb. **Szonall**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Bohl, Siegfried, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 8. Januar
Brehme, Jürgen-Dieter, aus Königsberg-Rossgarten, Weißgerberstraße 6/7, am 7. Februar
Casemir, Hansjürgen, aus Königsberg, am 12. Februar
Dekarz, Horst, aus Metgethen, Kreis Samland, am 7. Februar
Dziondziak, Norbert, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 12. Februar
Gollub, Helmut, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 8. Februar
Günther, Käthe, geb. **Naussed**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Hinze, Ruth, geb. **Palm**, aus Grenzburg, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Kähler, Rudolf, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 10. Februar
Kassebaum, Ruth, aus Lehmfelde, Kreis Ebenrode, am 10. Februar
Kloss, Ursula, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Februar
Köppen, Bruno, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Kotzan, Dietrich, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 8. Februar
Lepom, Irmgard, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Meier, Irmgard, geb. **Dau**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, 13. Februar
Möller, Lieselotte, geb. **Schmeer**, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, am 4. Februar
Neubacher, Horst, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Sawitzki, Heinz, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Schaerffer, Adelheid, geb. **Kischkel**, aus Lyck, am 12. Februar
Schlicht, Gerhard, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 9. Februar
Spelter, Irene, geb. **Schröder**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Stobbe, Arno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Taruttis, Rudolf, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beisbart, Bärbel, geb. **Konietzko**, aus Wehlau, am 9. Februar
Bloch, Edeltraut, geb. **Schimanski**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Blume, Gisela, geb. **Kühn**, aus Grenzburg, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Bodschwinna, Dieter, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 14. Februar
Freitag, Irene, geb. **Lemke**, aus Bludau, Kreis Samland, am 10. Februar
Grabosch, Joachim, aus Ortelsburg, am 13. Februar
Hartmann, Erika, geb. **Butzke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Herfort, Fritz, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Hoff, Gisela, geb. **Hoff**, aus Rantau, Kreis Samland, am 9. Februar
Hucke, Margitta, geb. **Jordan**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. Februar
Konietzko, Dr. Hans, aus Wehlau, am 9. Februar
Liedtke, Dorothee, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Februar
Mantione, Barbara, geb. **Kowitz**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Masch, Dr. Karl, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Masuch, Werner, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Oletz, Erika, geb. **Lange**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Reipsch, Erika, geb. **Hoffmann**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 10. Februar
Rottmann, Ursel, geb. **Sadrinna**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Schirrmann, Sieghard, aus Wehlau, am 13. Februar
Schönfeld, Gerhard, aus Hammersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 6. Februar
Schröder, Renate, aus Reddenau, Kreis Preußisch Eylau, am 1. Februar
Schulat-Rademacher, Reinhard, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, Ma 11. Februar
Schulz, Martin, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Februar
Tiedemann, Günter, aus Kuben, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. Februar
Tybussek, Rüdiger, aus Groß Koschlau, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Unruh, Jürgen, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 1. Januar
Wochnowski, Ulrich, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

TERMINE DER LO

Jahr 2015

7. bis 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
13. bis 15 März: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Agnes-Miegel-Tage in Bad Nenndorf
Natürlich wird auch der Denkmal-Streit (*PAZ* 5, Seite 20) ein Thema sein, wenn am Freitag, 6. März, und Sonnabend, 7. März, das Bad Nenndorfer Hotel Hannover, Buchenallee 1, ganz im Zeichen der Mutter Ostpreußens steht. Veranstaltet von der Agnes-Miegel-Gesellschaft stehen diese Vorträge auf dem Programm:
Freitag, 16 Uhr: „Abschied von Königsberg“ Vor 70 Jahren – Literarisches und Biographisches.
17,30 Uhr: „...denn meine Weimarer Pension war sehr fein.“ Aus Briefen und Erinnerungen von Agnes Miegel über ihre Zeit im Mädchenpensionat 1894–1896
Sonnabend, 7. März, 10 Uhr: Mitgliederversammlung
14.15 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab
15 Uhr: „Immer nach Erkenntnis schrie mein Herz“ Dr. Marianne Kopp über Agnes Miegels Märchenspiel „Zein Alasman“
16,15 Uhr: „Zein Alasman“. Ein Märchenspiel – gelesen von Heike Schaufus und Fritz Köhncke
18 Uhr: Papiertheater-Vorstellung mit Heike Schaufus
Weitere Informationen: Agnes-Miegel-Gesellschaft, Agnes-Miegel-Platz 3, 31542 Bad Nenndorf, Telefon: (05723) 917317, Internet: www.agnes-miegel-gesellschaft.de

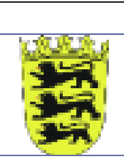
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Bad Pyrmont – Freitag, 20., bis Sonntag, 22. Februar, Ostheim: BJO-Frühjahrsseminar mit den Themen „2015 – Jahr der Jahrestage: Deutschland und (die) Ostpreußen im 20. Jahrhundert“. Die bekannte DDR-Bürgerrechtlerin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld zieht eine Bilanz zur Aufarbeitung des SED-Unrechts im Jahr 2015, während Dr. Heike Amos vom Institut für Zeitgeschichte auf die Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR in Bezug auf die Vertriebenen eingeht. Der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, und der LO-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Manfred F. Schukat, können uns aus erster Hand über die Bedeutung des Mauerfalls für die Vertriebenen informieren. Dabei werden persönliche Erfahrungen aus der Zeit der DDR ebenso in den Fokus genommen wie die Herausforderungen diesseits und jenseits von Oder und Neiße nach 1990. Dr. Walter T. Rix teilt seine Erkenntnisse zum Ersten Weltkrieg in Ostpreußen mit uns, während wir zu den Geschehnissen im Frühjahr 1945 noch einmal Zeitzeugen zu Wort kommen lassen möchten. Auskünfte und Anmeldung bei Jochen Zauner unter Presse@Ostpreussen-NRW.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

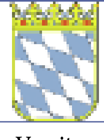
Buchen – Sonnabend, 7. Februar, 14 Uhr, Pfarrscheuer, Buchen-Hainstadt: Bratapfel-Nachmittag

Lahr – Sonnabend 14. Februar, 12 Uhr, Gasthaus Zarko: Eisbeinessen.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Die Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des ersten Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

Reutlingen – Mittwoch, 18. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Edelweiß: Faschingsnachmittag. Gerne mit Hütchen und Kostümierung.

Stuttgart – Dienstag, 10. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Faschingsnachmittag der Kreisgruppe und Frauengruppe unter dem Motto „Stint ahoi“ mit Friedel Binder, der mit Musik für gute Stimmung sorgt. Amüsante Geschichten, Gedichte, Sketche und Beiträge von Mitgliedern sind erwünscht. Gäste und Freunde sind herzlich eingeladen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 20. Februar, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Der große Unbekannte – Albrecht von Brandenburg-Ansbach“, Vortrag von Peter Bräunlein aus Ansbach.

Ansbach – Sonnabend, 21. Februar, 14.30 Uhr, Film „Jokehnen“ (Arno Surminski) mit anschließendem Schmandheringessen. Bitte anmelden.

Bamberg – Mittwoch, 18. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose Bamberg: Vortrag „Der Kreis Schlossberg 1944/1945“.

– Bericht –

Die Vorsitzende Rosemarie Pezzei eröffnete die ordentliche Mitgliederversammlung mit dem Bericht über die letzte Jahresversammlung. Sie erinnerte daran, dass in diesen Januartagen vor 70 Jahren die große Flucht und Vertreibung von Millionen aus dem deutschen Osten begann.

Nach dem Jahresbericht wurde in der anschließenden Diskussion beschlossen, weiterhin die Struktur der monatlichen Treffen beizubehalten. Das heißt, immer ein Thema aus Geschichte, Kultur und Brauchtum Ost- und Westpreußens zu behandeln sowie anschließend Gesprächen und Gemütlichkeit Raum zu lassen. Leider hat sich die Zahl der Teilnehmer verringert. Es war im letzten Jahr zwar kein Todesfall zu beklagen, aber Beschwerden des Alters verhindern bei einigen das Kommen. Erfreulicherweise ist das Interesse der Aktiven an den Treffen ungebrochen.

Der Schatzmeister Hubert Sakowski legte den von Kassenprüfer Erwin Ramer genehmigten Bericht vor und wurde danach entlastet. Die Neuwahlen bestätigten mit einer Ausnahme die bisherigen Ämter. Erster Vorsitzende bleibt weiterhin Rosemarie Pezzei. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Wolf-Dieter Jacobi einstimmig neu gewählt. Wie bisher bleiben Schatzmeister Hubert Sakowski, Schriftführerin Rosemarie Pezzei, Presse- und Kulturreferentin Ruth Leskien, Kassenprüfer Lydia und Erwin Ramer.

Nunmehr gehören beide Vorsitzende der Nachkriegsgeneration an. So ist die Kontinuität gewährleistet. Nach einem Ausblick auf die Themen der nächsten monatlichen Treffen endete die Versammlung mit der Ostpreußen-Hymne „Land der dunklen Wälder“. *Ruth Leskien*

Erlangen – Donnerstag, 12. Februar, 15.45 Uhr, Raum 20, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35: Tilsiter-Käse-Essen mit anschließenden Vertellchens und Gedichten. Gäste sind herzlich willkommen.

Hof – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen.

– Bericht –

Am Samstag, 10. Januar, trafen sich die Mitglieder der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung in der Altdeutschen Bierstube. Nachdem der Vorsitzende Christian Joachim alle Anwesenden begrüßt hatte und den Geburtstagskindern aus dem Vormonat gratuliert hatte, hielt er einen Rückblick auf die landsmannschaftliche Arbeit des vergangenen Jahres. Insbesondere hob er die Teilnahme an der Kulturtagung im April im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen hervor. Außerdem ging er auf die dort behandelten Themen wie den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und seine Folgen für Ost- und Westpreußen ein. Joachim wies darauf hin, dass im Prinzip auf deutschem Boden nur in Ost- und Westpreußen Kampfhandlungen stattgefunden haben. Dank der Strategien durch Generalfeldmarschall von Hindenburg kam die bereits geplante Aufgabe dieser Region zum Schutz des restlichen Deutschen Reiches nicht zum Tragen. Joachim erinnerte auch daran, dass die damaligen Flüchtlinge nach Ende der Kampfhandlungen wieder zurück in ihre Heimat konnten. Ein Glaube, der fälschlicherweise von vielen auch im Zweiten Weltkrieg bestand – und sich dann nicht erfüllte.

Neben den monatlichen Zusammenkünften im Kreise der ost- und westpreußischen Familie hob Joachim unter anderem die gemeinsame Veranstaltung mit dem Bund der Vertriebenen zum Tage der Heimat hervor. Sie fand unter dem Leitwort „Deutschland geht nicht ohne uns“ statt. Die Tanz- und Jugendgruppe unter Leitung von Jutta Starosta, Hof, war dabei. Als Festredner trat der Landtagsabgeordnete Klaus Adelt aus Naila auf.

Danach sprach Joachim über die Arbeit im kommenden Jahr und erinnerte daran, dass sich in diesem Jahr das Ende des schrecklichen Zweiten Weltkrieges mit seinen Auswirkungen für die Vertriebenen und Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen zum 70. Mal jährt. „Wir werden in diesem Jahr unser Augenmerk darauf legen müssen, dass wir unsere Sitten und Gebräuche sowie auch das Interesse an der langen deutschen und europäischen Geschichte von Ost- und Westpreußen an die nachfolgenden Generationen unserer Kinder, Enkel und Urenkel weitergeben. Dazu sind wir, die wir noch Zeitzeugen sind, verpflichtet! Wir müssen Freunde und Interessenten für Ost- und Westpreußen auch in der hiesigen Bevölkerung finden.“

Abschließend bedankte sich Joachim bei den Vorstandsmitgliedern für die vergangene gute Zusammenarbeit sowie auch bei den Mitgliedern, die mit ihrer fleißige Teilnahme an den Veranstaltungen zeigen, dass man auf dem richtigen Weg sei. Einen ganz besonderen Dank richtete Joachim an Jutta Starosta für die Betreuung der Tanz- und Jugendgruppe bei den verschiedenen Veranstaltungen im Laufe des vergangenen Jahres.

Im Auftrag der Landesgruppe sprach Joachim dann seinen Dank und seine Anerkennung für die langjährige Mitgliedschaft in der Kreisgruppe aus. Geehrt für ihr langjähriges Bekenntnis und ihre Treue zu unserer Heimat wurden Georg Knihs (55 Jahre), Hedwig Burchard, Christl Starosta, Beate Schardt, Erich Kiutra (alle 35 Jahre), Eva Sukup (30 Jahre) und Elfriede Schüllner (20 Jahre). Allen anwesenden Mitgliedern konnte Joachim die Treueurkunden gleich direkt überreichen.



Gratulation! Vorsitzender Christian Joachim ehrt die anwesenden Teilnehmer Christl Starosta und Erich Kiutra Bild: privat

Kitzingen – Freitag, 6. Februar, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalische Umrahmung durch unseren Landsmann Günter Schmidt.

München – Freitag, 13. Februar, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 28. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vortrag von Erika Lausch über Emil von Behring und den Heimatkreis Rosenberg, zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg – Noch bis Sonntag, 22. Februar, wird im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen (Bahnstation) bei Weißenburg in Mittelfranken die Sonderausstellung „August 14 – Der Erste Weltkrieg

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 7. Februar, 6.10 Uhr, ServusTV: Die großen Geheimnisse der Geschichte (13): Johanna von Orleans.

Sonnabend, 7. Februar, 8.15 Uhr, Phoenix: Deutsche Dynastien (53): Das Fürstenhaus Thurn und Taxis.

Sonnabend, 7. Februar, 9 Uhr, Phoenix: Deutsche Dynastien (54): Die Hardenbergs.

Sonnabend, 7. Februar, 9.45 Uhr, Phoenix: Deutsche Dynastien (55): Das Haus Faber-Castell.

Sonnabend, 7. Februar, 11.10 Uhr, n-tv: Der Silberpfeil – Geburt einer Legende.

Sonnabend, 7. Februar, 18.32 Uhr, rbb: Die rbb Reporter: Ärger mit der Kanzlerbahn – Bärlinde sitzt fest.

Sonnabend, 7. Februar, 19.05 Uhr, n-tv: Die großen Geheimnisse der Geschichte (7): König Artus.

Sonnabend, 7. Februar, 19.30 Uhr, n-tv: Die großen Geheimnisse der Geschichte (3): Robin Hood.

Sonnabend, 7. Februar, 20.15 Uhr, Das Erste: Laconia. TV-Kriegsdrama, D/GB 2011.

Sonnabend, 7. Februar, 21.45 Uhr, ZDFinfo: Der Bunker – Hitlers Ende. Dokudrama, D 2005.

Sonnabend, 7. Februar, 22.30 Uhr, Phoenix: Majestät brauchen Sonne – Wilhelm II. Dokumentation, D/NL 2000.

Sonntag, 8. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 150 Jahren: Gregor Johann Mendel stellt die Ergebnisse seiner Experimente zur Vererbungslehre vor.

Sonntag, 8. Februar, 10.45 Uhr, 3sat: Tod eines Handlungsreisenden. TV-Drama, USA/D 1985.

Sonntag, 8. Februar, 14 Uhr, Phoenix: Das Drama von Dresden.

Sonntag, 8. Februar, 15.30 Uhr, Phoenix: Wir Kriegskinder – Wie die Angst in uns weiterlebt.

Montag, 9. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 150 Jahren : Der Geograf und Polarforscher Erich Dagobert Drygalski geboren.

Montag, 9. Februar, 20.15 Uhr, Kabel eins: Alexander. Biografie-Epos, USA/GB/D/NL 2004.

Montag, 9. Februar, 22 Uhr, WDR: Steuerfrei – Wie Konzerne Europas Kassen plündern.

Dienstag, 10. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 125 Jahren: Der russische Schriftsteller Boris Pasternak geboren.

Dienstag, 10. Februar, 18.45 Uhr, ZDFinfo: Das Drama von Dresden.

Dienstag, 10. Februar, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Als Feuer vom Himmel fiel – Der Bombenkrieg. Dokumentation, D 2009.

Dienstag, 10. Februar, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Alltag in Trümmern – Hamburg nach dem Feuersturm.

Dienstag, 10. Februar, 0 Uhr, NDR: Altwerden und andere Kleinigkeiten – Die Kunst zu altern. Dokumentation, D 2014.

Dienstag, 10. Februar, 0.20 Uhr, MDR: Die gläserne Fackel (6/7): Die Entscheidung. Carl-Zeiss-Chronik, DDR 1989.

Donnerstag, 12. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 50 Jahren: Die Bundesregierung gibt die Einstellung ihrer Waffenhilfe an Israel bekannt.

Freitag, 13. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 70 Jahren: Die Luftangriffe der Alliierten auf Dresden beginnen.

Freitag, 13. Februar, 22.10 Uhr, MDR: Mythos Dresden – Der lange Schatten einer Bombennacht.

Freitag, 13. Februar, 23.25 Uhr, MDR: Gebrannt fürs Leben – Kinderschicksale in der Dresdner Bombennacht.

Freitag, 13. Februar, 22.55 Uhr, MDR: Der Tag nach dem Feuersturm – Das Panorama Dresden 1945.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

in Ostpreußen“ – gezeigt. Dazu gibt es ein Sonderheft mit 366 Seiten, das zum Preis von sechs Euro zuzüglich Porto im Kulturzentrum bestellt werden kann.

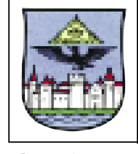


BERLIN

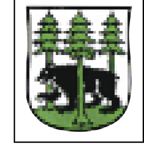
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier, Anfragen Heilsberg: Benno Boese, Telefon (030) 7215570, Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.




Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, „Ratskeller Charlottenburg“, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

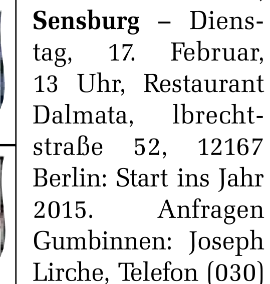


Rastenburg – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

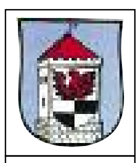


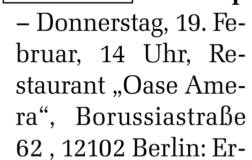
Frauengruppe – Mittwoch, 11. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117: Treffen (letztes Treffen bis April). Anfragen, Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, lbrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start ins Jahr 2015. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 403 2681, Johannisburg, Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 19. Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Erinnerung an Ostpreußen vor 70 Jahren. Anfragen: Marianne Bekker (030) 7712354.

Texte, Termine und Fotos für die Heimatseiten senden Sie bitte an:
Das Ostpreußenblatt
z. H. Frank Horns
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.
Oder per E-Mail:
horns@ostpreussenblatt.de

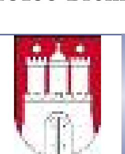


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: West- und Ostpreußentag. Zur Unterhaltung wird ein Programm mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien geboten. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit traditionellem Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse (oder Gemüseteller). Die Veranstaltung soll wieder durch den antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Daher gelten folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro. Eintritt und Essen (Königsberger Klops oder Gemüseteller): 15 Euro. Eintritt ohne Essen: Fünf Euro. Anmeldungen bitte unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718 (auch auf dem Anrufbeantworter). Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

Frauengruppe – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: Treffen.



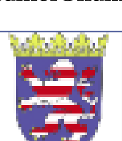
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 14. Februar, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: An diesem Tag wollen wir kräftig „Preußisch Fastelowend“ feiern. Wer hierzu einen närrischen Vortrag halten möchte, kann dies gerne tun. Man braucht auch nicht im Sonntagsanzug in die Bütt zu steigen. Alle Mitglieder unserer Landsmannschaft, ebenso interessierte Gäste, sind herzlich willkommen. Wir hoffen, dass viele Mitglieder und auch Gäste, dem Narrenaufruf folgen können, und den Weg nach Kranichstein nicht scheuen.

Wiesbaden – Sonnabend, 7. Februar, 15.11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Närrischer Nachmittag mit Kreppel–Kaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ sollen alle Anwesenden eine fröhliche Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und viel Gesang. Mit von der Partie ist das Stimmungs-Duo Mathias Budau und Markus Hübenthal. Wer zu dem Programm mit Lustigem beitragen möchte, melde sich bitte bei Dieter Schetat oder einem anderen Vorstandsmitglied – Dienstag, 10. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Treffen der Frauengruppe unter dem Motto „Allerlei zur Fassenacht – Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud“. – Donnerstag, 19. Februar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“.

Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 13. Februar, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

– Bericht –

Die Veranstaltungsreihe der Monatstreffen im neuen Jahr startete mit einem Heimatnachmittag. Lieselotte Paul las das Gedicht von „Ospreußischen Mädchen“, die sich gerne im Café Gehlhaar trafen oder zu einer Kahnfahrt. Anschließend erzählte sie die Geschichte vom „Leierkastenmann auf der Königsberger Holzbrücke“. Vielen Bürgern wurde sein gewohntes Dasein erst richtig bewusst, als dessen angestammter Platz eines Tages verwaist war und die Töne der Drehorgel nicht mehr erklangen.

Von den Treffen der ehemaligen Schüler der Tilsiter Johanna-Wolff-Schule berichtete Irmgard Steffen. Viele Jahre hindurch sorgt sie nun schon dafür, dass die jährlichen Zusammenkünfte in jeweils anderen Orten gut gelingen – wie auch zum 15. Mal im vergangenen Jahr in Berlin. Ihre Ausführungen schloss sie mit einigen Zeilen der Tilsiter Schriftstellerin Hannelore Patzelt-Hennig: „Ich denke gerne an das Fleckchen Erde im Osten, fern, wo ich geboren bin. Ich weiß, dass ich es nie vergessen werde. Die Sehnsucht trägt mich immer zu ihm hin.“

Vom „Trampeltorf“ handelte der Beitrag von Helga Kukwa. Der Name entstand wohl, weil der Torfbrei mit bloßen Füßen glatt getreten wurde; nach dem Trocknen nahm man die Torfstücke zum Heizen oder Brotbacken. „Opa und der Brandwein“ war ihr nächstes Thema. Zu den Eigenarten Opas gehörte, dass er seine Rente stets im schwarzen Anzug abholte und sich den Heimweg mit einem kräftigen Schluck aus dem Flachmann verschönte.

Aus ihrem Büchlein „Erlebnisse aus meiner südostpreußischen Heimat in Masuren“ las Helga Schneider die spaßige Geschichte von der „Kaufmannsfrau Lies“, die gut und gerne 100 Kilogramm wog und mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuß stand. Läutete ihr Telefon, meldete sie sich mit „Helo, helo, Frau Lies hier an Radio, was Sie winschen?“

Zur Anfertigung einer späteren Dokumentation bat Hannelore Neumann von der LOW-Kreisgruppe Darmstadt um Berichte Königsberger Mitbürger, die in dunkler Zeit (1945 bis 1948) im Raum Königsberg gelebt haben. „Wir wollen das Geschehen von damals nicht allein dem Wissen von Historikern überlassen, sondern dem Erlebten das Wort geben“, resümierte Neumann.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte Dieter Schetat den neuen BdV-Präsidenten Dr. Bernd Fabritius vorgestellt und über Aktuelles aus dem Königsberger Gebiet berichtet. Bald werden Motorbootausflüge entlang der Küste des Kurischen Haffs mit Blick auf die einmalige Landschaft möglich sein. Planungen zufolge sind solche etwa zweistündigen Ausflüge für zirka zehnköpfige Touristengruppen vorgesehen. Sie sollen am Museumskomplex „Kurische Nehrung“ starten.

Königsberg bereitet sich emsig auf die Fußballweltmeisterschaft 2018 vor. Allerdings muss das geplante Stadion im Lomse-Gebiet [heute Insel Oktjabrskij] wegen des schwer zu entwässernden Sumpfbodens um 10 000 Sitzplätze auf 35 000 verringert werden. Für den Fußball wird auch die jahrzehntelange Bauruine „Haus der Räte“ Verwendung finden. Auf dort anzubringenden großformatigen Videobildschirmen können Fußball-Fans Live-Übertragungen der Spiele auf dem Königsberger Zentralplatz miterleben.

Mit „Muttergeld“ hat man die Geburtenzahl im Gebiet erfolgreich gefördert. Mütter von drei und mehr Kindern erhalten bei der Geburt eines dritten oder vierten Kindes eine Geldprämie von 100 000 Rubel. Bei Drillingen winken sogar eine Million Rubel. Laut „Königsberger Express“ steht diese stolze Summe bereits 13 Familien im Gebiet zu. Positiv sei auch der demografische Trend: Geburten kinderreicher Familien stiegen 2013 um 25 Prozent, Geburten in Familien mit drei Kindern nahmen im letzten Jahr um 10 Prozent zu.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2, 19370 Parchim: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um bei Kaffee und Kuchen über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545

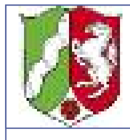


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenthaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen mit Vortrag „Ohne Thesen nichts gewesen: Martin Luther“ von Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo. Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe findet am 14. März 2015 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an!

Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns besonders, dass wir Dr. Mario Kandil für einen Vortrag über Bismarck gewinnen konnten. Interessant werden auch die Ausführungen von Dr. Becker sein, der über seine Eindrücke in Ostpreußen sprechen wird. Sehr erfreut sind wir, dass die Broschüren von Professor Hartmut Fröschle „Die Deutschen in Polen 1918–1939“ und Schultze-Rhonhofs „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939“ großes Interesse finden. Wir möchten es nicht versäumen, auch Ihnen diese Broschüre ans Herz zu legen. Sie wird auch auf unserer Tagung zu erwerben sein.

Brigitte Gomolka

Bad Godesberg – Jeder erste Mittwoch des Monats, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe – jeder dritte Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Bonn – Samstag, 28. Februar, 19.30 Uhr, kleiner Saal, Stadthalle Bad Godesberg: Winterball der „Ostdeutschen Landsmannschaften“ mit buntem, kulturellen Programm und einer großen Tombola. Eintritt: 15 Euro, Jugend und Studenten: 10 Euro.

Dortmund – Montag, 16, Februar, 14 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße: Rosenmontag. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Sonnabend, 31. Januar, 14 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Ostdeutscher Karnevalsnachmittag für alle Landsmannschaften (Eintritt sieben Euro). – Mittwoch, 4. Februar, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt – Mittwoch, 4. Februar, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Film „Im Herzen von Ostpreußen. – Donnerstag, 5. Februar, 19.30 Uhr, Raum 412, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 6. Februar, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Kriegerdenkmal 1914 – Hundert Jahre später“, Lesung mit Franz Heinz. – Mittwoch, 11. Februar, 19 Uhr, Saal 1, VHS Düsseldorf, Bertha-von-Suttner-Platz 1: „Wir Angepassten. Überleben in der DDR“. Buchpräsentation mit Roland Jahn. Kartenreservierungen unter Telefon (0211) 92427. – Freitag, 13. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 19. Februar, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Das preußische Arkadien“, Buchvorstellung mit Hans-Dieter Rutsch.

Essen – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Jahreshauptversammlung mit anschließendem Mattjes-Essen

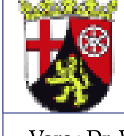
Köln – Dienstag, 10. Februar, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung. Wir möchten darauf hinweisen, dass das für den 17. Februar geplante Treffen wegen Karneval um eine Woche vorverlegt worden ist.

Neuss– Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr (Einlass: 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben”, Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Wesel – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Eine Kaffeetafel ist vorbereitet.

Witten – Montag, 16. Februar, 14.30 Uhr, Versammlungsraum Evangelisch-Lutherische-Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Lustiges zum Rosenmontag.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

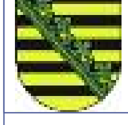
Ludwigshafen/Rhein – Freitag 20. Februar, 12 Uhr, Schiller-Stube, Ludwigshafen-Oggersheim, Kapellengasse 25: Treffen der Gruppe zum Heringsessen.

Neuwied – Brigitte Schüller-Kreuer aus Königsberg und ihr Ehemann Wilhelm Kreuer laden alle Heimatvertriebenen der Erlebens-, aber auch der nachfolgenden Generationen zur Neugründung einer Gruppe ein. Heimatvertriebene, die im Kreis Neuwied wohnen, sind eingeladen,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

bei uns und mit uns in einen Gedankenaustausch über die ehemalige ostdeutsche Heimat zu treten. Mit anderen möchten wir über das im Land zwischen Weichsel und Memel in über sieben Jahrhunderten gewachsene ostpreußische Kulturerbe sprechen und erhoffen uns neben anregenden Gesprächen auch Geselligkeit. Selbstverständlich sind Vertriebene aus anderen Gebieten als Ostpreußen – Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Schlesien, das Baltikum oder aus südost- und osteuropäischen Gebieten – herzlich willkommen. Kontakt: Brigitte Schüller-Kreuer, Wilhelm Kreuer. Backesweg 37, 53572 Unkel. Telefon (02224) 9873767 oder per Email: w.kreuer@gmail.com.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Die erste Veranstaltung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen der Kreisgruppe fand am 17. Januar im Eschemuseum statt. Es waren viele Landsleute der freundlichen Einladung gefolgt. Der Vorsitzende der Kreisgruppe Reinhard Gerullis begrüßte alle Teilnehmer herzlich und bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen. Er wünschte allen ein gesegnetes gesundes neues Jahr. Elli Springwald trug zu Beginn ein Gedicht vor, welches vom neuen Jahr erzählte.

Ein spannendes Referat wurde von einer kompetenten Persönlichkeit der Versicherung vorgetragen. Renate Kietzmann war aus Gera angereist, ihre Geschäftsstelle befindet sich in Erfurt. Es wurden viele Fragen gestellt in Bezug der Versicherungen im Alter. Unsere Landsleute der KG hatten eine Sterbeversicherung bei der Hamburg-Mannheimer abgeschlossen, welche inzwischen von der Ergo-Versicherung, eine der größten Versicherungen Deutschlands, übernommen wurde. Diese Versicherung kann bis zum 80. Lebensjahr ohne Probleme abgeschlossen werden. Allen Versicherten konnte bestätigt werden, dass unter sehr guten Konditionen bei der Ergo-Versicherung angelegt wurde. Kurt Weihe stellte weitere Fragen und wollte wissen, ob es möglich sei, eine Gruppenunfallversicherung abzuschließen – und welche Bedingungen dazu gestellt werden.

Für den Fall, dass es bei ehrenamtlichen Arbeiten – wie Vorbereitungen und Aufräumungsarbeiten – zu einem Unfall kommt. Renate Kietzmann versprach uns ein schriftliches Angebot zu unterbreiten. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit Fragen zu stellen. Es folgten anschließend noch viele individuelle Einzelgespräche.

Reinhard Gerullis sprach über die bevorstehenden Aufgaben und geplanten Veranstaltungen im Jahr 2015. Der Vorsitzende der Landesgruppe der LOW Alexander Schulz, gleichzeitig Mitglied der KG Limbach–Oberfrohna, überbrachte eine herzliche Einladung zum Kirchentag der Evangelischen Ostpreußen. Er findet am 11. April in der Matheuskirche zu Chemnitz statt. Alle sind herzlich eingeladen.

Nun folgte eine Pause und bei einem Imbiss konnten wir plachandern. Danach folgte der Finanzbericht, vorgetragen von Kurt Weihe. Es konnte sachlich richtig und exakt bestätigt werden, dass mit den finanziellen Mitteln, welche uns zur Verfügung stehen, sehr sorgsam und sparsam umgegangen wurde. Anschließend gab Weihe bekannt, dass wir zwei neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen können. Es sind Tobias Weber und Monika Weihe – welche auch bereit sind, in der Gruppe aktiv zu werden. Sie wurden von allen Teilnehmern mit großem Beifall und Freude begrüßt Es sind zwei neue Mitglieder der jüngeren Generation.

Kurt Weihe sprach anschließend über die Arbeit mit den Schülern der Gerhardt-Hauptmann-Schule Limbach–Oberfrohna. Er konnte dabei große Erfolge im Jahr 2014 verzeichnen. Reinhard Gerullis gab noch wichtige Informationen bekannt. So findet auch in diesem Jahr eine Dankeschönreise für alle Mitglieder statt.

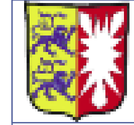
Alle geplanten Veranstaltungen für das Jahr 2015 mit den genauen Terminen erhielten die Landsleute bereits zum Jahresabschluss 2014. Reinhard Gerullis hielt noch einmal Rückblick auf das vergangene Jahr und wünschte allen Teilnehmern für das neue Jahr viele schöne gemeinsame Stunden im Sinne unserer verlorenen Heimat. In heimatlicher Verbundenheit **Hannelore Kedzierski.**



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 8. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Faschingsmonat. Worüber Ostpreußen lachen können. – Dienstag, 3.. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen – Freitag, 6. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 7. Februar, 20 Uhr, Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1: Winterfest 2015. Die Ostpreußen laden herzlich ein, mit ihnen die Bad Schwartauer Ballsaison zu eröffnen. Flotte Tanzmusik und ein bunter Abend mit netten Gästen erwarten Sie. Eintritt 10 Euro im Vorverkauf, 11 Euro an der Abendkasse. Vorverkauf im Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann's Bistro) und in der Lotto- und Toto-Annahmestelle Cleverhofer Weg 120. Telefonische Anmeldungen nehmen Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 und Regina Gronau, Telefon (0451) 26706 entgegen.

Fehmarn – Dienstag, 10. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg: Monatliches Treffen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig". Späße und humorvolle Geschichten aus der „kalten Heimat" sollen an diesem Nachmittag die Mitglieder und Gäste unterhalten, denn der ostpreußische Humor ist den Landsleuten keineswegs abhanden gekommen, im Gegenteil! Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Vortrag über die Gemeinde Harrislee, Referent: Thomas Pantléon, Leiter der Volkshochschule Harrislee und Archivleiter der Gemeinde.

Neumünster – Sonnabend, 7. Februar, 12 Uhr, Restauration Johann und Amalia, Stadthalle am Kleinflecken: traditionellen Königsberger Klopsessen. Gäste sind willkommen. Anmeldung bitte unter Telefon (04321) 82314.

Malente – Freitag, 20. Februar, 16 Uhr, „Lenter Kate", Bahnhofstraße 13A, Bad Malente-Gremsmühlen: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: 1) Eröffnung, 2) Totenehrung, 3) Jahresbericht des Vorsitzenden, 4) Kassenbericht des stellvertretenden Kassenwartes, 5) Bericht des Kassenprüfers, 6) Entlastung des Vorstandes, 7) Wahlen für Kassenwart und Beisitzer 8) Anfragen und Verschiedenes.

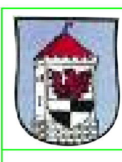
Gäste und Freunde des Landsmannschaft sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 15. Februar, 15 Uhr: Fröhlicher Nachmittag. Bitte um telefonische Voranmeldung (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

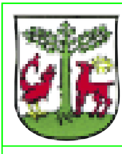
Heimatpolitische Tagung

Es ist zur Tradition geworden, dass wir das neue Jahr mit einer heimatpolitischen Tagung einleiten. Die Tagung findet vom Sonnabend, 21., bis zum Sonntag, 22. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule, statt. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Zu der Auftaktveranstaltung laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg geschichtlich und kulturell interessierte Ost- und Westpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger aus nah und fern sehr herzlich ein.

Für die Tagung konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen. Am 21. Februar 2015 ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Teilnehmer in der Aula der Theodor-Heuss-Schule wird Dr. Dr. Wolfgang Dörfler mit seinem Referat „Das junge Land Niedersachsen und die Heimatbewegung" die Tagung einleiten. Nach einer kurzen Pause hören wir einen Vortrag von Hartmut Vollmer „Die Ablösung der Grundherrschaft in der Börde Sittensen".

Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir bei einem Glas Wein den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 22. Februar, wird die Tagung um 9.30 Uhr mit einem Vortrag von Archäologieoberrat Dr. Stefan Hesse „Moorleichen – Germanen – Burgen. Aktuelle archäologische Projekte im Landkreis Rotenburg" fortgesetzt.

Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder» wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen, für das Elchbratenessen zum Preis von 25 Euro pro Person und für eventuelle Übernachtungswünsche, bis spätestens 15. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

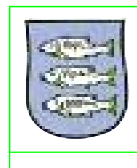
Zum Streit um das Miegel-Denkmal

Kreisvertreter Manfred Ruhnau bittet um Veröffentlichung dieses Briefes, den er an die Stadtverwaltung von Bad Nenndorf geschrieben hat:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister und Stadtrat von Bad Nenndorf!

Sehr erschüttert erreichte mich die Nachricht, dass das Denkmal unserer Dichterin Agnes Miegel im Kurpark von Bad Nenndorf entfernt werden soll. Frau Agnes Miegel hat die Stadt Bad Nenndorf nach dem Zweiten Weltkrieg zu Ihrem Wohnsitz gewählt. Den Vorwurf, den man ihr heute macht, sie habe ein Gedicht für Adolf Hitler geschrieben, ist zwar richtig. Aber sie hat zu der Zeit keine andere Wahl gehabt. Wer weiß, was ihr sonst widerfahren wäre. Einige Mitglieder unserer Kreisgemeinschaft Braunsberg e. V. sind sehr enttäuscht über den Beschluss der Stadt Bad Nenndorf, das Denkmal zu entfernen. Da ich zugleich auch Vorsitzender der Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn e. V., bin, melde ich auch für die Ostpreußischen Mitglieder an, das man sehr enttäuscht reagiert über das geplante Vorhaben. Wir bitten Sie, Ihr Vorhaben zu überdenken und den Beschluss rückgängig zu machen. Bin gespannt eine Nachricht zu erhalten und verbleibe hochachtungsvoll, Manfred Ruhnau

Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Braunsberg e. V. und Vorsitzender der Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn e. V.

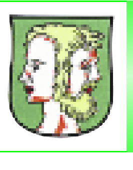


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Heimatbrief Nr. 116

Der Lötzener Heimatbrief Nr. 116/November 2014 wurde vom 18. November 2014 an ausgeliefert. Doch haben – wie sich in den Wochen danach herausstellte – nicht alle Heimatbriefe ihre Empfänger erreicht. Ungeachtet richtig und vollständig angegebener Adresse haben sich Heimatbriefe „in Luft aufgelöst", und dieses Phänomen betrifft vor allem Orte in Mittel- und Westdeutschland. Wer seinen Heimatbrief vermisst, melde das bitte in der Geschäftsstelle. Noch können Ersatzexemplare zugeschickt werden. Es ist niemand aus der Liste der Bezieher des Lötzener Heimatbriefes herausgenommen worden – es sei denn, auf eigenen Wunsch oder durch Todesfall. Sehr willkommen sind die Adressen von neuen Beziehern des Lötzener Heimatbriefs. Auch ein Bezug „auf Probe" (drei Exemplare) ist möglich.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Frühjahrstreffen

Unser Frühjahrstreffen der mittleren Generation findet vom 28. bis 29. März im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Beginn ist am Sonnabend ab 14 Uhr: Die Programmpunkte:

- Begrüßung
- Vortrag von Dr. Manuel Ruoff: „5. Besatzungsmacht im Emsland von 1945–1948"
- Kaffeepause
- Besprechung und Beschluss neuer Frühjahrstreffpunkt
- Herbsttreffen 2016
- Lyckreise 2015
- Herbstfahrt Ellingen vom 23. Oktober bis 25. Oktober 2015

Ab 18 Uhr: Abendessen mit anschließendem gemütlichem Beisammensein. Der Sonntag beginnt um 8 Uhr mit einem gemeinsamen Frühstück. Dann folgen:

- 9 Uhr: Zeitzeuge Heinz Bartschies berichtet von seinem früheren Leben in Lyck
- Kaffeepause
- Verschiedenes und Verabschiedung
- 12Uhr: Mittagessen

Das Ostheim schließt Ende 2015, dies wird also unser letztes Treffen hier sein. Die Fahrkosten werden von der Kreisgemeinschaft bezahlt. Die Übernachtung und Verpflegung muss jeder selbst bezahlen. Der Preis beinhaltet Vollpension. Er beträgt 47 Euro pro Person im Doppelzimmer und 53 Euro im Einzelzimmer. Außerdem sind alle Gäste

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

kurtaxenpflichtig. Die Kurtaxe beträgt pro Person und Tag 3 Euro, mitreisende Ehepartner zahlen 2,30 Euro. Bei nachgewiesener Behinderung ab 50 Prozent (Schwerbehindertenausweis) beträgt die Kurtaxe 2,80 Euro. Sie ist bar vor Ort zu entrichten. Bitte meldet Euch bis zum 28. Februar 2015 bei Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, E-Mail: heidi-mader@gmx.de, Telefon (0421) 67329026. Ich freue mich auf eine schöne Zeit mit Euch in Bad Pyrmont. An dieser Veranstaltung kann jeder Interessierte teilnehmen! *Bärbel Wiesensee*

Reise nach Lyck

Vom 11. bis 18. Juni 2015 findet die Fahrt der mittleren Generation nach Lyck statt. Jeder kann teilnehmen. Wir treffen uns in Warschau am Hotel Novotel Warszawa Airport, von dort starten wir gemeinsam mit dem Bus nach Lyck und werden im Hotel Rydzewski wohnen. Geplante Aktivitäten sind:

– Stadtrundgang in Lyck
– Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm
– Kleinbahnfahrt mit Picknick
– Fahrt nach Nikolaiken
– Schiffsfahrt
– Besichtigung des historischen Museums
– Fahrt durch den Kreis Lyck mit Bunelka
– Besuch des Soldatenfriedhofs in Bartossen
– Bootsfahrt auf dem Lyck-See

Die Unkosten für Übernachtung und alle aufgeführten Aktivitäten betragen circa 450 Euro pro Person. Der Einzelzimmerzuschlag liegt bei 70 Euro (Die Anreise bis Warschau und die Rückreise ab Warschau sind nicht im Preis inbegriffen). Anmeldefrist: 15. Februar. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Website www.kreis-lyck.de unter Mittlere Generation. Ansprechpartner per Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon: (0421) 67329026. Auf eine interessante Fahrt freue ich mich und hoffe auf rege Beteiligung. Heidi Mader. Sprecherin der Mittleren Generation



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Königsberg-Stadt

Hinweis auf eine eine zehntägige Busreise nach Königsberg vom Freitag, 5. Juni, bis Sonntag, 14. Juni: Abfahrt ist in Duisburg um 6 Uhr mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg, Braunsberg zur Grenze Richtung Königsberg, Hotel Kaliningrad, sieben Übernachtungen. Tagesfahrt am 7. Juni: Richtung Tilsit über Labiau. 8. Juni: Waldau, Heiligenwalde. 9. Juni: Richtung Kurische-Nehrung über Cranz. 10. Juni: Zur freien Verfügung. 11. Juni: Palmnicken-Rauschen. 12. Juni: Letzter Tag in Königsberg noch mal zur freien Verfügung. 13. Juni: Richtung Stettin, Hotel Panorama. 14. Juni: Richtung Deutschland. Änderungen vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Anmeldungen erhalten Sie bei, Willi Skulimma Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746. Oder; Greif Reisen, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten-Heven, Telefon (02302) 24044.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Hauptkreistreffen am 11. September

Wir laden Sie herzlich ein zu unserem satzungsgemäßen Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung mit der Wahl des neuen Kreistages am Freitag, 11. September, um 14 Uhr im Hotel Hannover, Buchenallee 1, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 7920. Die Programmpunkte sind:

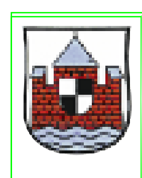
1) Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter
2) Totenehrung und geistliches Wort
3) Bericht des Kreisvertreters über die Tätigkeit in der abgelaufenen Wahlperiode
4) Erläuterung des Wahlvorgangs
5) Wahl des Versammlungsleiters, der Wahlhelfer und des Protokollführers
7) Wahl der Mitglieder des Kreistages für die Wahlperiode 2015 bis 2019
8) Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages
9) Gemütliches Beisammensein und Ausklang

Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 10. Juni an den Kreisvertreter Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen.

Bei Ihrer Terminplanung beachten Sie bitte, dass – ebenfalls in Bad Nenndorf – am Sonnabend, 12. September, am Tag nach unserem Hauptkreistreffen, ab 10 Uhr die Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit stattfinden. Ort ist das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8a.

Kommen Sie bitte zu beiden Veranstaltungen, sofern es Ihnen möglich ist und bringen Sie Ihren Nachwuchs mit! *Dieter Neukamm*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimatbrief vermisst?

Der Heimatbrief „Land an der Memel-Tilsiter Rundbrief“ Nr. 95/Weihnachten 2014 wurde im Dezember 2014 ausgeliefert. Doch haben – wie sich herausgestellt hat – nicht alle Heimatbriefe ihre Empfänger erreicht, obwohl niemand aus der Liste der Bezieher herausgenommen wurde – es sei denn, auf eigenen Wunsch oder durch Todesfall. Wer seinen Heimatbrief vermisst, kann ein Ersatzexemplar anfordern bei Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden.

56. Sonderreise

Vom Mittwoch, 10. Juni, bis Freitag, 19. Juni, veranstaltet der Heimatkreis eine zehntägige Busreise mit vier Übernachtungen in Tilsit, drei in Nidden und zwei bei An- und Abfahrt auf der Fähre. Hier das Programm im Einzelnen:

Mittwoch, 10. Juli: Mit dem Bus ab Bochum, Zusteigemöglichkeiten in Hannover und Hamburg. In Kiel mit dem Bus auf das Fährschiff der LISCO-Linie. Schiffreise von Kiel nach Memel.

Donnerstag, 11. Juni: Von Memel mit dem Bus über Heydekrug nach Tilsit zum Grenzübergang Luisenbrücke. In Tilsit: Übernachtung im Hotel Kronus.

Freitag, 12. Juni: Frühstück. Stadtrundfahrt mit Besuch des Königin-Luisen-Denkmals im Park Jakobsruh. Weiter durch die Elchniederung, Heinrichswalde, Weinoten. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus.

Sonnabend, 13. Juni: Tag zur freien Verfügung. Taxen für Tages- oder Halbtagsausflüge vermittelt die örtliche Reiseleitung auf Wunsch.

Sonntag, 14. Juni: Nach dem Frühstück Fahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit. In Ragnit kurze Stadtrundfahrt. Besuch des Ostpreußen-Museums in Breitenstein. Weiterfahrt nach Untereißeln am Memelstrand. Zurück nach Tilsit. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus.

Montag, 15. Juni: Frühstück. Fahrt über Kreuzingen, Labiau nach Königsberg. Stadtrundfahrt und Stadtbesichtigung. Besuch des Bernsteinmuseums. Weiterfahrt über Cranz, Kurische Nehrung nach Rossitten zur Vogelwarte. Weiterfahrt zum russisch-litauisch Grenzübergang nach Nidden. Abendessen und Übernachtung im Hotel Jurate in Nidden.

Dienstag, 16. Juni: Tag zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung im Hotel Jurate.

Mittwoch, 17. Juni: Frühstück. Fahrt zur Hohen Düne und Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses. Weiterfahrt zu den Sehenswürdigkeiten der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung im Hotel Jurate.

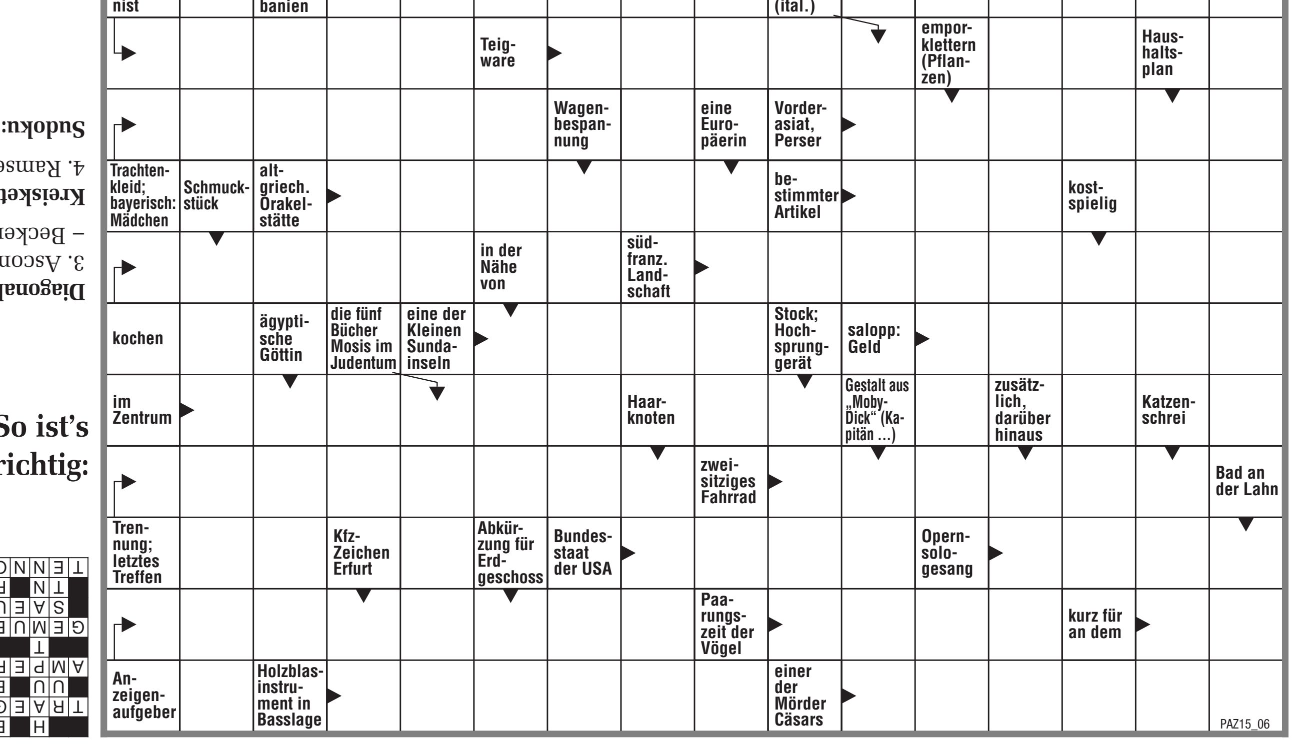
Donnerstag, 18. Juni: Frühstück. Rückfahrt über Schwarzort nach Memel zur Stadtrundfahrt. Stadtbummel nach eigenen Wünschen. Nachmittags per Bus zur Einschiffung und Rückfahrt nach Kiel. Freitags, 19. Juni: Ankunft in Kiel. Rückfahrt über BAB Hamburg nach Bochum.

Achtung: Seit 1. November 2010 sind für deutsche Staatsbürger aufgrund des Prinzips der Gegenseitigkeit die Veränderungen des Beantragungsverfahrens von einigen Arten von Visa eingeführt. Zur Beantragung des russischen Visums benötigen wir bis spätestens sechs Wochen vor Reisebeginn von jedem Reisegast den Original-Reisepass, ein biometrisches Lichtbild sowie einen Renten-/Pensionsbescheid (in Kopie), oder den Nachweis eines regelmäßigen Einkommens durch eine Arbeits- und Verdienstbescheinigung. Bitte beachten Sie auch, dass die Reisepässe noch mindestens ein halbes Jahr über das Reiseende hinaus gültig sein müssen. Bei Reisen nach Russland muss zudem eine Auslandsreise-Krankenversicherung, die Osteuropa einschließt, abgeschlossen werden. Für Reisegäste, die mit der Bahn zum Zustiegsort fahren, sind stark ermäßigte Fahrkarten erhältlich, die spätestens drei Wochen vor der Abreise bestellt werden sollten. Anmeldungen bitte direkt an: Greif-Reisen, A. Manthey GmbH, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten, Telefon (02302) 24044, Fax (02302) 25050, E-Mail: manthey@greifreisen.de, Internet: www.greifreisen.de.

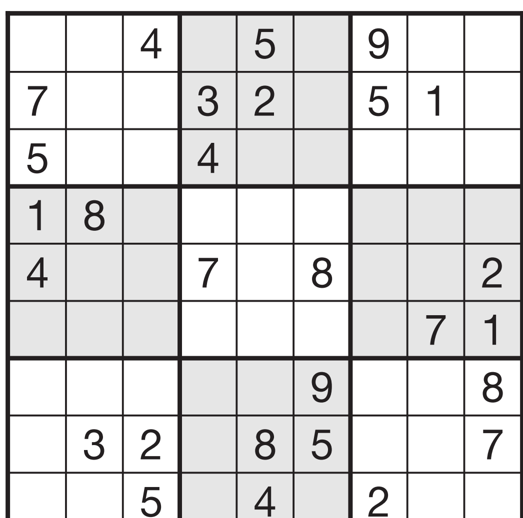
SRT-Schultreffen

Das nächste SRT-Schultreffen wird im Mai wieder im Altstadthotel, Dortusstrasse 9–10, 14467 Potsdam, stattfinden. Telefon (0331) 284990, Fax: (0331) 284 9930 E-Mail: Altstadthotel@tnp-online.de. Anmeldungen bitte unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2015“. Die Übernachtungspreise haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Das Treffen beginnt am Sonnabend, 16. Mai, um 15.30 Uhr mit der Kaffeetafel. Für die nächsten Tage sind Dampferausflug, Busrundfahrt und Besichtigung des Neuen Palais Sanssouci vorgesehen. Abreisetag ist Dienstag, 19. Mai.

Auf ein Wiedersehen freut sich *Gerhard Pfiel*, stellvertretender Schulsprecher.

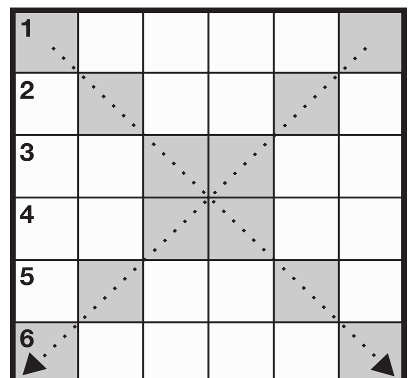


Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



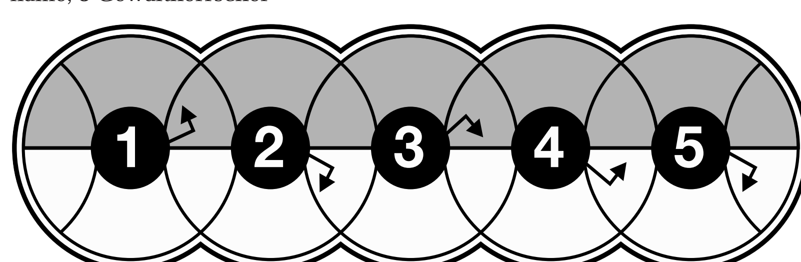
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Musikinstrumente.

1 erforderliche Menge
2 Aufständischer
3 Kurort im Kanton Tessin
4 Lake, Salzlösung
5 aufgeschichteter Haufen
6 Hauptstadt Armeniens

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Unterhändler.

1 Klangfarbe der Stimme, **2** Korbblütler, **3** Schuhband, **4** ägyptischer Königsname, **5** Gewaltherrscher



So ist's richtig:

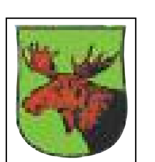


Diagonalrätsel: 1. Bedarf, 2. Rebell, 3. Ascona, 4. Poekel, 5. Stapel, 6. Eriwan – Becken, Floete

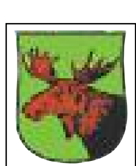
Kreiskette: 1. Timbre, 2. Klette, 3. Senkel, 4. Ramses, 5. Tyrann – Mittelsmann

Sudoku:

3	1	4	8	5	7	9	2	6
7	9	8	3	2	6	5	1	4
5	2	6	4	9	1	7	8	3
1	8	7	9	6	2	4	3	5
4	5	3	7	1	8	6	9	2
2	6	9	5	3	4	8	7	1
6	4	1	2	7	9	3	5	8
9	3	2	6	8	5	1	4	7
8	7	5	1	4	3	2	6	9



»Da wurde es ganz still im Bus«



Über seine Fahrt nach Ostpreußen verfasste Michael Adelholz einen ganz persönlichen Reisebericht

Vor etwa einem Jahr überlegten wir, dass in Anbetracht sich reduzierender Gesundheit eine etwas größere Reise unbedingt bald durchzuführen sei. Es ergab sich, dass kurz nach dem 75. Geburtstag meiner Frau Sabine die Landsmannschaft Elchniederung – es ist Sabines Heimatkreis – eine passende Reise organisiert hatte. Vom 19. bis 27. Mai 2014 führte sie in die Heimat, in die Elchniederung und in das Samland. Wir haben sofort gebucht und sind dann im Mai zunächst nach Magdeburg – meiner Heimat, gefahren – haben dort das Auto im Garten stehen lassen und sind mit dem Zug nach Berlin zum Flughafen Tegel weitergereist. Von dort sind wir in 50 Minuten nach Königsberg geflogen, wo sich die Reisegesellschaft, 42 Personen, in der Ankunftshalle traf.

Mit einem Bus ging es nach Tilsit, dem ersten Ausgangspunkt für unsere Fahrten in die Umgebung. Nach vier Tagen siedelten wir für weitere vier Tage nach Cranz, dem „Bade-Vorort" von Königsberg, über. Von dort wurden Ausflüge in das Samland, nach Königsberg und auf die Kurische Nehrung unternommen. Die Reiseleitung, eine junge kompetente Dame, brauchte dabei kaum historische Erklärungen abzugeben. Die Mitreisenden waren gut informiert. Es zeigte sich, dass bei den Jüngeren entweder Mutter oder Vater aus Ostpreußen stammten, bei den älteren Paaren einer der Partner.

Mit einem Ziegelstein kamen sie wieder

Für alle war es ein tiefes Erlebnis: Das weite Land – und wie die Natur es sich zurückholt. Weißdornbüsche überwuchern die endlosen Wiesen. Auf den Kirchenruinen der Elchniederung nisten unglaublich viele Störche. Viele Dörfer sind einfach verschwunden. Auf Anfrage von Mitreisenden hielten wir am Wegesrand. Einige stiegen aus und kamen mit einem Ziegelstein in der Hand wieder – oder auch ohne ein solches Relikt, weil nichts mehr da war. Nichts. So stoppten wir auch in Sabines Heimatdorf Neukirch. Von ihrem Elternhaus ist nichts geblieben, nur die Eichen hinter ihrem Garten schauen auf die Zeiten herab.

Mit der jetzigen dort lebenden Bevölkerung gab es nur vereinzelte, aber positive Kontakte. Dies rührte auch von Patenschaften her, die aktiv unterhalten werden. Im Rahmen der Patenschaft mit Pinneberg sangen am Abend im Hotel in Cranz Vorschulkinder für uns deutsche und englische Lieder. Ein Gitarrenduo beendete die gelungene Darbietung. Es wurde für die Musikausbildung gesammelt und kleine Geschenke wurden an die Kinder verteilt.

Bei der Fahrt durch das Samland besichtigten wir auch Pillau – Endpunkt des Unternehmens Hannibal, der Evakuierung Ostpreußens durch die Marine. Dies rief besondere Erinnerungen wach. Ein Mitreisender berichtete, dass er dort in der Nähe von der russischen Front überrollt worden ist – das letzte Schiff hatte bereits abgelegt. Da war es still im Bus. Ganz still.

Der achte Reisetag führte uns dann über die Kurische Nehrung. Erster Halt war an der berühmten Vogelwarte von Rossitten. Wir bekamen eine Führung samt Vorführung einer Beringung. Der zweite Halt galt dem „tanzenden Wald", einer großen Baumgruppe mit skurril gewachsenen Stämmen. Dann ging es zur 63 Meter hohen Epha-Düne. Von dort hatten wir einen herrlichen Ausblick über die Dünenlandschaft, über das Kurische Haff bis hinüber zur Elchniederung auf der anderen Haff-Seite. Es wäre ein phantastisches Segelrevier. Auf der Seeseite blieben wir zwei Stunden am Strand. Auf der Rückfahrt hielt der Bus in Sarkau, um den Badestrand zu inspizieren.

Einen Tag später dann die Rückreise. Mit der „Air Berlin" ging es am Nachmittag vom Flughafen Königsberg aus zurück. Nach 70 Minuten Flugzeit landeten wir in Tegel. Abends erreichten Sabine und ich das Magdeburger Gartenhaus. Zeit für einen ersten Rückblick: Vom Wetter wurden wir verwöhnt mit Temperaturen um 28 Grad. Der Ausflug auf die Kurische Nehrung war ein besonderes

Auf der Epha-Düne: Michael und Sabine Adelholz Bild: privat

Geschichte auch vor den »Urknall«

Naturerlebnis. Die Fahrt nach Königsberg war eindrucksvoll durch den wieder aufgebauten Dom und die behutsame Rückerinnerung an die alten versunkenen Zeiten.

Die Elchniederung ist das „Armenhaus" des nördlichen Ostpreußen. Aber eine Heimat bleibt eine solche. Sie ist wie eine Mutter. Im Gegensatz dazu befindet sich Königsberg und das Samland in einer aufstrebenden ökonomischen Form. Wir haben zwei prosperierende Regionen gesehen.

In der nachwachsenden Generation setzt sich nun der Gedanke durch, dass es auch vor 1945 – dem „Urknall" – eine Geschichte gegeben hat. Die Zeugnisse dieser Zeit wurden nach dem Krieg weitgehend systematisch vernichtet. Es kommen aber in den Museen laufend neue Exponate vor allem durch Schenkungen hinzu. Diese Entwicklung sehen wir sehr positiv.

Wieder unter der Leitung von Dieter Wenskat organisiert die Kreisgemeinschaft Elchniederung auch in diesem Jahr eine ähnliche Flugreise. Siehe dazu auch PAZ, Nr. 5, 2015, Seite 17. Weitere Informationen erhalten sie bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501 oder bei Partner-Reisen-Grund-Touristik in Lehrte, Telefon (05132) 58834940



Ein tiefes Erlebnis: Das weite Land – und wie es sich die Natur zurückholt Bild: privat



Erster Ausgangspunkt: Tilsit. Hier ein Blick auf die alte Straßenbahn am Hohen Tor. Bild: privat

Wat wellste maache?

Die »fünfte Jahreszeit« bricht an – Kölner Karnevalsgesellschaften rüsten sich für die ultimativen Kalauersalven

Die „Meinungsfreiheit“ bleibt diesmal halb auf der Strecke. Jedenfalls stoppte das Kölner Festkomitee einen Rosenmontagswagen zum Thema „Charlie Hebdo“, bei dem ein Jecke einem islamischen Terroristen einen Buntstift in den Waffenlauf steckt. Zum Thema Islam setzt man sich lieber selbst den Maulkorb auf. Doch sonst lassen sich die Karnevalsgesellschaften auch in diesem Jahr nicht den Mund verbieten.

Kölns „fünfte Jahreszeit“ startet an jedem Elften im Elften. Im Klartext: Am 11. November wird in der Kölner Altstadt der Karneval eröffnet, handgestoppt um 11 Uhr 11, wobei 70 000 Jecken (Narren) die letzten Sekunden im Chor mitzählen. Man feiert den ganzen Tag, um anschließend den Karneval, seit 1341 aktenkundig, auf Wochen in Festsäle zu verlegen. In den Sälen ist „Kölsche Eigenart“ gedämpft: Es herrscht „Weinzwang“, wo der Kölner von Wein höchstens singt, als Getränk aber sein obergäriges Bier „Kölsch“ aus zylindrischen Gläsern („Stangen“) bevorzugt. Es gibt auch keine „Blootwoosch“ oder „Flönz“, jene Blutwurst, deren „richtige“ Aussprache den echten „Kölschen“ vom „Imi“ (Imitierten) unterscheidet. Aber „wat wellste maache“ (Kölsches Grundgesetz § 7)?

In Köln bestehen zirka 150 Karnevalsgesellschaften (KG), die „Sitzungen“ abhalten mit närrischem „Elferrat“ „Büttenrednern“, und Liedern. Immer 46 Tage vor Ostern steigt im Februar dann der Straßenkarneval an den „tollen Tagen“ von „Weiberfastnacht“ mit dem fantasievollen „Zoch“ (Zug) durch die Stadt über „Rosenmontag“ bis „Aschermittwoch“ mit dem Fischessen, Und ganzjährig gilt „Kölle Alaaf!“ (Köln über alles).

Das Wappen der Hansestadt Köln zeigt elf Flammen, das launige „Kölsche Grundgesetz“ zählt elf Artikel, und der in Köln allgegenwärtige Elfer-Kult kennt kühne Deutungen wie den „ELF“-Anfang von „Égalité, Liberté, Fraternité“. Das verweist auf die französische Besatzung ab 1794, welche die Preußen beendeten. Zurück blieb eine Fülle von Gallizismen in „us Kölsche Sproch“, zum Beispiel „pavé“ (Straßenpflaster), das als Kölner Berufsbezeichnung „Paveier“ überlebte.

So nennt sich auch die 1983 entstandene, jetzige Kult-Band, die allein im Januar und Februar 210 Auftritte in Nordrhein-Westfalen absolviert, also sechs bis acht pro Tag. Lieder hören eben alle gern, besonders solch unsterblichen wie den schmissigen Marsch „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“, mit dem der Komponist und Texter Karl Berbuer am 11. November 1948 einen Ohrwurm von politisch-prophetischem Tiefgang schuf. Die „Trizone“ aus den Besatzungszonen der USA, Englands und Frankreichs entstand erst am 8. April 1949, und als der geistvolle Berbuer sie vorwegnahm, grollten die Londoner „Times“ und die Moskauer „Prawda“, es seien „die Deutschen wieder frech geworden“. Nicht doch, die anderen waren humorlos und unmusikalisch, keine „Kölschen“ eben.

Jede Karnevals-Saison (oder „Session“) hat ihren Hit, 2014/15 ist es „Uns jeiht es joot“ von den „Paveiern“, die am 15. Januar Kölns gute Stube, den Festsaalbau „Gürzenich“, 1447 im Kölner Zentrum errichtet, aufkochen ließen. Nicht sie allein, der Abend war ein karnevalistisches Gipfeltreffen zwischen „Paveiern“ und „Höhnern“, der befreundeten Konkurrenzband, dazu brillante Unterhalter wie „Blötschkopp“ (Beulenschädel) Marc Metzger, der 300 Auftritte pro „Session“ hat, unter solcher Last 2013 aber auch zusammenbrach. Jetzt entzückte er in seinem geliebten „Gürzenich“ die Gäste wieder mit respektlosen Scherzen („Karneval ist wie Fasching, nur lustiger“). Gastgeber dieser begeisternden Schau, die sich die TV-Anstalten aus unerklärlichen Gründen entgehen ließen, war die KG „Treue Husaren blau-gelb“ von 1925, also heuer 90 Jahre jung.

Die „Treuen Husaren“ sind eines von neun „Traditionskorps“, ein Ehrentitel, den nur erlauchte Gesellschaften tragen dürfen. Wie alle paramilitärischen Formationen – „Garden“, „Funken-Artillerie“, „Reiterkorps“ – entstanden sie ursprünglich als Persiflage auf Armee und Soldatentum, was aber längst frommer Selbstbetrug ist. Die Husaren in ihren stilechten blauen Uniformen, die nur der rotzfreche „Blötschkopp“ als „Aral-Jacken“ zu verulken wagt, treiben seit 1925 enormen Dress-Aufwand. Schon unterste Dienstgrade müssen 3500 bis 4000 Euro hinblättern, höhere werden für Litzen, Rangabzeichen, Orden, Säbel und so weiter stärker zur Kasse gebeten. Aber das zahlt man gern, und man wird nur eifersüchtig, wenn man zu lange auf eine Beförderung warten muss.

Die Gesellschaft umfasst rund 170 aktive Mitglieder (plus 40 Pferde), aufgeteilt in je ein Reiter-, Offiziers- und Tanzkorps. Dazu kommen Reservisten und Förderverein („Korps à la Suite“), Mädels kommen nur im KG-Lied vom treuen Husaren vor, denn „der Treue Husar ist eine reine Männergesellschaft“, heißt es auf der Website der KG. Weibliche Wesen sind das „Tanz-Mariechen“, ohne welches eine Kölner KG undenkbar ist, oder Mädchen von den rund 40 „Husaren Pänz“ (Kinder), eine hervorragend trainierte Truppe. Moment der Wahrheit ist für alle KG der Rosenmontagszug, wonach die Aktiven vier Wochen Pause haben, bis nach Ostern Arbeit, Mühe und endloses Training wieder beginnen. „Spaß an d'r Freud ist manchmal ein harter Job“, sagt Oberstleutnant Markus Simonian, der es als Schriftführer wissen muss.

Alle großen Kölner KG haben „Feldkuraten“, normale Priester im Kirchendienst, die das als Nebenjob betreiben. Bei den Husaren ist es Pfarrer Frank Müller, die Kölner Husaren haben ihn einfach vereinnahmt, als sie in seiner Gemeinde einen leerstehenden Bau als Zeughaus mieteten: „Kölscher Klüngel“ auf sympathischste Art, der verpflichtet: „Ich habe bei den Treuen Husaren schon Kameraden verheiratet oder beerdigt“, sagt Hochwürden Müller. Und er weiß: „KKK – Köln, Kirche, Karneval gehören zusammen“, wenn auch in neuem Mischungsverhältnis. Protestanten mehren sich im „hilligen Kölle“, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften auch, Multikulti im Karneval, in Bonn war sogar mal ein Muslim Karnevalsprinz.

Warum auch nicht? Der jetzige Kölner Oberhirte, Kardinal Woelki, singt in vollem Ornat auf einer Karnevalssitzung schon mal das Lied „Wir sind alle kleine Sünderlein“ mit. Und seinem Vorgänger Kardinal Joseph Frings setzten die Kölner ein einmaliges „Denkmal“, als der in der Silvesterpredigt 1946 den Kohlenklau verzeihlich nannte. Bis nach Aschermittwoch 1947 klauten die Kölner 900 Tonnen Kohlen, bis heute steht bei ihnen „fringsen“ für Diebstahl aus Not. *Wolf Oschlies*



Die drei „K“s auf einem Blick: Köln, Karneval und Kirche sind untrennbar miteinander verbunden Bild: action press

Wenn der Hoppeditz kommt

Uralter Narrenstall – Karneval an der Ruhr hat lange Tradition

Düsseldorf, Köln und Mainz sind den Fernsehzuschauern als karnevalistische Hochburgen hinlänglich bekannt. Doch auch das Ruhrgebiet mit seinen vielen Kumpeln aus den ostdeutschen Provinzen kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Feierlichkeiten gehen nachweislich bis ins Mittelalter zurück. Schon im Jahr 1377 haben die Duisburger Ratsherren ausgiebig gefeiert. Das geht aus der ältesten auf Deutsch geschriebenen Karnevalsrechnung hervor.

Doch trotz jahrhundertelanger Karnevalstradition nahm man bei den Feiern Anleihen aus den Hochburgen. So wurde aus der Nachbarstadt Düsseldorf das Erwachen des Schelms Hoppeditz am 11.11. eines jeden Jahres übernommen. In Städten wie Duisburg handelt es sich zumeist um kleinere Veranstaltungen auf Marktplätzen, bei denen die Jekken unter sich bleiben.

Ab dem Dreikönigstag am 6. Januar treten dann die Duisburger Karnevalsgesellschaften mit ihren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit. Die Kür des Prinzenpaares bei den Erwachsenen und Kindern steht hier genauso auf dem Programm wie etwa Prunksitzungen.

Auffällig dabei: Vom Opernball im Stadttheater und einigen wenigen Sitzungen in städtischen Hallen abgesehen hat sich das Schwergewicht der Veranstaltungen auf kirchliche und gastronomische Veranstaltungsorte verlagert. Die mangelnde finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand und die schwierige monetäre Situation der Karnevalsgesellschaften wird hier hier deutlich sichtbar, zumal selbst die örtliche Duisburger Stadtinformation nicht über die Veranstaltungen informiert ist und keinerlei Werbung dafür macht.

Wie in anderen Städten auch folgt am Altweibertag der Sturm des Rathauses durch die Möhnen, wie hier die älteren Damen heißen. Deutlich attraktiver sind am folgenden Sonntag die Kinderkarnevalsumzüge. Sie sind gut besucht, liebevoll gestaltet und haben zumindest in Duisburg-Serm noch familiär-dörflichen Charakter.

„Beim Zebra und im Affenstall – Duisburg feiert Karneval“ lautet das Motto des diesjährigen Rosenmontagsumzuges. Er führt von Neudorf aus durch die Innenstadt an den Innenhafen. Selbst bei schlechtem Wetter sind in den vergangenen Jahren immer rund 100 000 gut gelaunte Besucher gekommen, von denen viele verkleidet sind. Ein paar Themenwagen, viel Musik und noch mehr Kamellen für die Kinder zeichnen diese bunten Rosenmontagsumzüge aus.

Etwas störend, aber vorgeschrieben sind die Ordner, die bei jedem Wagen jeweils an den Wagenrädern mitlaufen müssen. Der Alkoholgenuss – vorzugsweise Pils – hält sich in Grenzen, zu schwereren Unfällen ist es zum Glück nie gekommen. Ein Effekt wie in Düsseldorf, dass ein generelles Glas-Verbot ausgesprochen werden musste, war in Duisburg jedenfalls nicht zu verzeichnen.

Und Aschermittwoch? Wird an der Ruhr nicht groß begangen. Wenn die Stadtreinigung dem Zug folgt und die Straßen saubermacht, ist zumindest gefühlt der Karneval zu Ende. *Andreas Rüdig*


Bild: pa
Zum Sieg gelacht: Karneval auch beim Meidericher SV

Wunder des Elends

Musicalproduktionen setzen nicht allein auf eine heile Welt

Dass sich das Format Musical ähnlich wie beim Karneval sehr wohl als ernst zu nehmender Spiegel sozialer Verhältnisse und Befindlichkeiten des Volkes vor dem Hintergrund geschichtlicher Ereignisse eignet, beweist neben „Les Misérables“ nun auch „Das Wunder von Bern“. Die nach Victor Hugos Roman „Die Elenden“ entstandenen, 1980 in Paris uraufgeführten „Les Misérables“ wurden zum Musical der Superlative schlechthin: Mit mittlerweile über 11 000 Vorstellungen in 30 Jahren ununterbrochenen Spielbetriebs allein in London hat es die längste je von einem Musical erreichte Laufzeit. Die weltweite Gesamtbesucherzahl addiert sich auf über 65 Millionen in 42 Ländern und 23 gesungenen Sprachen. Derzeit ist es neben London auch am New Yorker Broadway zu sehen, in dritter Auflage seit 1987, und in Linz. Selbst nach 35 Jahren sind die Karten so begehrt, dass sie in Oberösterreichs Landeshauptstadt schon jetzt bis zum Ende der Spielzeit ausverkauft sind.

Das Musical „Das Wunder von Bern“, das am 23. November 2014 im neuen Musicaltheater an der Elbe in Hamburg Weltpremiere feierte, könnte ein ähnlicher Publikumsmagnet werden. Schon jetzt wurden 200 000 Karten verkauft. Birgt die Nahaufnahme auf das Volk in Form von Einzelschicksalen doch enormes Potenzial. Die Vorlage jedenfalls, der gleichnamige Spielfilm des Regisseurs Sönke Wortmann von 2003, der gemeinsam mit Rochus Hahn auch das Drehbuch dazu schrieb, lockte über vier Millionen Zuschauer in die Kinos.

Ob im Frankreich Anfang des 19. Jahrhunderts oder im Nachkriegs-deutschland, das Volk leidet unter den Verhältnissen. Ob der entlassene Strafgefangene Jean Valjean oder der aus der Kriegsgefangenschaft spät heimkehrende Richard Lubanski, immer müssen verwirrte und verhärtete Herzen ihren Weg zurück ins Leben finden. Ob Cosette und Marius, Bruno und Ingrid Lubanski – die Jugend will nach vorne blicken. Die Zeiten aber haben sich geändert. Keine Revolution, sondern sportlicher Wettkampf sorgt für neue Perspektiven. Die siegreichen Spieler bei der Fußball-WM 1954 in Bern geben einem ganzen Volk ein neues Selbstwertgefühl und Lebensmut.

Revolutionär ist das Musical „Das Wunder von Bern“ dennoch. Zwar reicht die Wucht der Musik nicht an die des französischen Musikdramas heran, dafür aber werden technisch alle Register gezogen. Geradezu filmreif lässt das Musical die 1950er Jahre auf der Bühne beinahe live erleben. Dank neuester Bühnentechnik und überbordender Kreativität entsprechen die schnellen Szenen- und Bühnenwechsel den modernen Fernsehgewohnheiten mit schnellen und harten Filmschnitten. Auch die mehrdimensionalen gleichzeitigen Handlungen, wie man sie heute kennt, waren so auf der Bühne bislang noch nicht zu sehen.

Ergänzend sind im Hintergrund Filmprojektionen zu sehen, die zwischen der schwarzweißen Ruinenlandschaft in Deutschland und der heilen farbigen Bergwelt der Schweiz abwechseln. Schließlich wird die Leinwand sogar zum Fußballfeld, auf dem sich das WM-Endspiel noch einmal in seiner ganzen Dramatik abspielt. Wie die Akteure das an der vertikalen Wand bewerkstelligen, ist der finale Höhepunkt und soll hier nicht verraten werden. *Helga Schnehagen*


Bild: Stage Entertainment
Ruhrpott-Asse: Szene aus „Das Wunder von Bern“



Bulldozer statt Frauen?

Brisante Forschungen

Die Bezeichnung Trümmerfrau ist emotional sehr belegt. Wie kaum ein anderes Wort steht es für die Stärken der Frauen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit auf sich allein gestellt waren, sich durchkämpfen mussten und danach am Wiederaufbau beteiligt waren. Ein Buch stellt nun allerdings in Frage, dass es Trümmerfrauen überhaupt in nennenswerter Zahl gegeben hat.

Die Historikerin Leonie Treber, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Duisburg-Essen, hat in „Mythos Trümmerfrauen“ untersucht, in welchem Ausmaß Frauen an der Trümmerräumung beteiligt waren.

Nachdem die britische Luftwaffe ab Mai 1940 den Luftkrieg eröffnet hatte, wurde schnell deutlich, wie wichtig die Aufräumarbeiten nach den Angriffen waren, um das städtische Leben funktionsfähig zu halten. Sicherheits- und Hilfsdienst, Soldaten, die nicht an der Front kämpften, und später Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge kamen zum Einsatz. Nach Kriegsende wurden Kriegsgefangene, ehemalige Parteigenossen und Arbeitslose eingesetzt, unterstützt vom wieder in Betrieb gekommenen Bauhandwerk. Da viele Frauen kaum ausgebildet waren, konnten sie nicht für andere Arbeiten vermittelt werden und kamen so auch zur Trümmerräumung.

Die Autorin kommt allerdings zu dem Ergebnis, dass sie beim Trümmerräumen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Das zeigt sich, wenn man die Anzahl der tatsächlich eingesetzten Frauen mit der gesamten weiblichen Bevölkerungszahl vergleicht, auch wenn sie in Ost-Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone eine Sonderrolle einnahmen. Meist waren professionelle Firmen mit technischem Großgerät und andere Fachkräfte die Hauptakteure.

Sehr detailliert hat die Wissenschaftlerin dabei die verschiedenen Zeitphasen aufgeführt, aber auch, wie die Trümmerfrauen in den Medien glorifiziert wurden und so ein Mythos entstand.

Gerade in den in Berlin und der sowjetisch besetzten Zone wieder erscheinenden Frauenzeitschriften waren die Trümmerfrauen in vielen Abbildungen medial sehr präsent. Die Schuttbeseitigung wurde als Voraussetzung für den Wiederaufbau propagandistisch aufgewertet, da niemand dieser schweren und monotonen Arbeit gern nachging. Und so betonte die Presse das Bild der Trümmerfrau als Säule in einem neuen aufstrebenden Staat. Im Westen dagegen wurden die Trümmerfrauen in den Medien nach Kriegsende kaum erwähnt, der Begriff verselbstständigte sich erst später auch in der gesamtdeutschen Betrachtung nach der Wiedervereinigung.

Baufirmen waren die Hauptakteure

Treber hat den „Mythos Trümmerfrauen“ aus verschiedenen Blickwinkeln intensiv recherchiert. Es geht ihr nicht um die Abwertung der Trümmerfrauen, denn das waren nicht nur Frauen, die Loren mit Steinen befüllten, sondern auch solche, die ihre in Trümmer liegenden Familien zusammenhalten und versorgen mussten. Ihre Leistungen in der Nachkriegszeit bleiben unbestritten.

In dem Buch wird der „Mythos“ um die Trümmerfrauen erklärt. Die fast 500 Seiten sind trotz der sachlichen Thematik recht abwechslungsreich geschrieben und durch Abbildungen und ein ausführliches Literatur- und Quellenverzeichnis ergänzt. Damit hat Leonie Treber ein Grundlagenwerk geschaffen, das den tatsächlichen Hintergrund der Trümmerbeseitigung ausführlich schildert.

Britta Heitmann

***Leonie Treber: „Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes“**, Klartext Verlag, Essen 2014, broschiert, 483 Seiten, 29,95 Euro*



Lob und Dankbarkeit

Trotz saloppen Titels: Ein sensibles Buch zum Pflegenotstand

Offiziell gibt es in Deutschland etwa 200 000 Pflegekräfte aus Osteuropa, meist aus Polen, die pflegebedürftige Deutsche betreuen. Die Dunkelziffer liegt aber weitaus höher. Experten schätzen, dass es rund eine halbe Million sind. Schon diese Zahlen bezeugen das Ausmaß des Pflege-Notstandes. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Trotz aller Bemühungen um eine Lösung ist bislang kein auch nur annähernd passables Ergebnis erreicht worden.

Das ist auch der für das ARD-Morgenmagazin arbeitende Redakteurin Ingeborg Haffert (55) nur zu klar. Sie hat sich schon lange mit dem Thema auseinandergesetzt und jetzt ihre Erfahrungen in das Buch „Eine Polin für Oma“ einfließen lassen. Haffert schreibt über die Geschäfte mit der Vollzeitbetreuung, über Vermittlungsagenturen, über Erfahrungen, die die Pflegerinnen hier machen, und darüber, wie die betreuten Senioren ihre Pflege erleben.

Trotz des flapsigen Titels schreibt sie mit großer Sensibilität. Kenntnisreich führt sie darüber hinaus durch den Wust der rechtlichen Bestimmungen und Verordnungen. Das Buch benennt offen Probleme, die häufig verschwiegen werden, und es leistet konkrete Hilfestellung, wie Kinder die Pflege ihrer Eltern menschenwürdig organisieren, ohne sich selbst dauerhaft zu überfordern. Man kann dieses Buch daher eigentlich nur jedermann empfehlen. Es geht schließlich, um ein Problem, das auf jeden einzelnen zukommt, das aber, wie die Autorin sagt, noch immer ein „erschreckendes Schattendasein“ führt.

Zu Hause bleiben die »Eurowaisen« zurück

Fast jeder erlebt es selbst oder kennt es aus seinem Umfeld: Kranke ältere Menschen wollen, selbst wenn sich Demenz und Alzheimer ankündigen, lieber in den eigenen vier Wänden bleiben. Mit einer oft nötig werdenden Rundumpflege sind – oder fühlen sich – die Angehörigen meist überfordert. Als Ausweg bietet sich eine fast immer aus Osteuropa kommende Pflegekraft an, die man ins Haus nimmt und die dann ständig bereitsteht. Bislang sind es größtenteils polnische Frauen und inzwischen auch polnische Männer, die dafür angeheuert werden.

Ingeborg Haffert beschreibt einfühlsam die psychischen und ganz praktischen Probleme beider Seiten. Auf deutscher Seite kann man sich mit der Idee einer fremden Hilfe meist nicht gleich abfinden, reagiert respektlos und aggressiv, was sich dann oft wandelt in Lob und Dankbarkeit, so wie es die Tochter einer pflegebedürftigen Mutter nach deren Tod sagt: „Die Polinnen waren sehr wichtig für mich. Ohne sie hätte ich das alles nicht ausgehalten.“

Umgekehrt betreten polnische Frauen bei Dienstantritt völliges Neuland. Auf Pflege sind sie anfangs mehr mit Goodwill als durch Kenntnis und Sprache vorbereitet. Aber sie wollen ihr Bestes geben, auch weil sie das Geld für die Familien zu Hause brauchen. Ihre Kinder werden regelmäßig in die Obhut der Großeltern gegeben mit der Folge einer wachsenden Entfremdung. Forscher sprechen bereits von „Euro-Waisen“. Kommt es, wie in vielen Fällen, zu einer 24-Stunden-Pflege, geraten die Frauen selbst rasch an die Grenze physischer und psychischer Erschöpfung. Und doch stellt sich in vielen Fällen ein vertrautes Verhältnis ein. Durch Wärme und Fürsorge gewinnen sie das Vertrauen der alten Menschen, nicht selten wird es ein beinahe familiäres Verhältnis.

Die Autorin zitiert zwei ganz gegensätzliche Meinungen: Eine Polin mit schlimmen Erfahrungen sagt: „Manchmal schaue ich mir heute mein Leben wie im Kino an. Ich lasse es nicht an mich ran. Sonst würde ich verrückt.“ Eine andere resümiert: „Wenn du eine gute Beziehung zu den alten Menschen aufbaust, dann läuft die Pflege viel leichter.“

Der springende Punkt ist oft die Bezahlung. Eine nach den gesetzlichen deutschen Vorschriften angestellte Polin „kostet“ inklusive Sozialversicherung annähernd 2000 Euro. Deshalb weichen viele deutsche Familien auf Schwarzarbeit aus, die um 800 bis 1000 Euro „billiger“ ist, in die aber viele Polinnen aus wirtschaftlichen Zwängen einwilligen. Haffert plädiert dafür, eine Anstellung und Bezahlung analog den gesetzlichen deutschen Bestimmungen

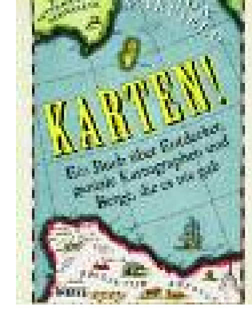
Springender Punkt ist oft die Bezahlung

vorzunehmen; Beide Seiten würden dadurch rechtlich und sozial besser abgesichert.

In Summa ist das Buch eine dringliche Aufforderung an die Gesundheitspolitik zu grundlegenden Verbesserungen: „Die Pflege und Betreuung der älteren Generation ist ein entscheidender Indikator für den sozialen Gesundheitszustand unserer Gesellschaft. Deutschland ist dringend therapiebedürftig“, schreibt die Autorin. Ausgenutzte Polinnen sind dabei nicht das richtige Mittel.

Dirk Klose

***Ingeborg Haffert: „Eine Polin für Oma. Der Pflege-Notstand in unseren Familien“**, Econ Verlag, Berlin 2014, broschiert, 256 Seiten, 16,99 Euro*



Karten sind Macht

Ein englischer BBC-Journalist über die Geschichte der Kartografie

Wer schon einmal in einem Museum in England war, stellt schnell fest, wie unterhaltsam die Ausstellungen angelegt sind. Es geht immer darum, dem Schauenden Spaß am Lernen zu vermitteln.

Beim aus dem Englischen übersetzten Buch „Karten“ des BBC-Journalisten Simon Garfield ist es ähnlich. Es handelt von Entdeckern, genialen Kartografen und Bergen, die es nie gegeben habe, heißt es auf dem Cover. Wer weiterliest erfährt schnell, dass die Geschichte der Kartografie ein unendlich wichtiges Thema ist. Wer Karten besaß, hatte die Macht. Er konnte neue Handelsmöglichkeiten erschließen oder zu Eroberungszügen aufbrechen. Daher wurden Karten, die lange Zeit sehr selten waren, auch gehütet wie Augäpfel, verschlossen und äußerst geheim gehalten.

In 22 Kapiteln nimmt uns Garfield mit auf Zeitreise. Bei den alten Griechen startet die Exkursion, führt uns über das alte Europa zu den Seefahrern der Neuzeit. Vorbei an Pirateninseln, auf denen Schätze vergraben sind. Vorbei an der unbekannten Neuen Welt, die einen falschen Namen erhielt, entlang der Längen- und Breitengrade unseres Planeten bis hin in unsere Zeit, in der wir von jedem Ort der Welt die Distanz zum gewünschten Landpunkt bestimmen können.

Wie selbst unsere Nachbarregionen kartografisch aussahen, wussten früher nur wenige. Die meisten kamen immer nur so weit, wie sie die eigenen Füße trugen. Das dann auch noch aufzuzeichnen, schien undurchführbar.

Der Autor fragt den Leser gleich zu Beginn, ob man selber in der Lage wäre, sein Schlafzimmer exakt zu skizzieren? Und wenn ja, wie wäre es dann mit dem Wohnzimmer unserer besten Freunde? Allein an der Aufgabenstellung erkennt man, wie schwer es für frühere Generationen war, ein exaktes Abbild der Meere und Kontinente zu liefern. Und welche Geschichten sich entwickelten bei den Versuchen, die Welt zu kartographieren, liest sich wie Robert Louis Stevensons Suche nach der berühmten Schatzinsel. Die Geschichte der Kartografie ist immer auch eine Geschichte der Menschheit. Und eine Geschichte der Fälschungen. Selbst bis heute, in Zeiten globaler Navigationssatellitensysteme. Das Fazit: Ein faszinierendes Buch, das in der Lage ist, fesselnd und anschaulich Wissen zu vermitteln.

Silvia Friedrich

Simon Garfield: „Karten! Ein Buch über Entdecker, geniale Kartographen und Berge, die es nie gab“, *Theiss Verlag, Darmstadt 2014. gebunden, 29,95 Euro*



Schriftliches Denkmal für ein Waisenheim

Zwei Zwillingsschwestern und ihr schweres Schicksal: Eine 1930 in Berin geborene Jüdin erzählt

Es ist Regina Steinitz offensichtlich nicht leicht gefallen, über ihr Erlebtes zu berichten. Die Autorin ist eine Überlebende des Holocausts. Ihre betont sachliche Sprache in „Zerstörte Kindheit und Jugend. Mein Leben und Überleben in Berlin“ wird oft durch gefühlsstarke Sentenzen durchbrochen. Das macht das Leseerlebnis sehr intensiv und ergreifend.

Regina Steinitz, geborene Anders, wächst mit ihrer Zwillingsschwester Ruth vor allem im jüdischen Kinderheim in der Fehrbelliner Straße auf. Und diesem Kinderheim mit dem gesamten Personal und den Bewohnern setzt sie ein schriftliches Denkmal. Die Zwillinge, 1930 geboren, leben mit ihren Halbbrüdern, der Mutter und dem Vater, ein sogenannter Ostjude, in einer kleinen Wohnung. Den Vater der Zwillinge möchte die Mutter heiraten, darf es aber aufgrund der „Rassenschande“, wie der Standesbeamte sagt, nicht. Und so behalten die Kinder den christlichen Mädchennamen der Mutter. Sie heißen Anders, was ihnen später das Leben rettet.

Der Vater muss sich ab 1935 regelmäßig beim Polizeipräsidium melden, um seine Arbeitserlaubnis verlängern zu lassen. Nie weiß die Familie, ob er zurückkehren wird. 1938 gelingt ihm die Ausreise in die USA. Doch ist es ihm nicht möglich, seine Familie nachzuholen. Ein Bruder kann nach Großbritannien ausreisen. Die drei in Deutschland verbliebenen Geschwister pflegen ihre an Tuberkulose erkrankte Mutter in Berlin. 1940 stirbt sie qualvoll. Ruths und Reginas Bruder wird in einem jüdischen Ausbildungslager aufgenommen. Sie selber kommen ins Kinderheim in der Fehrbelliner Straße, da die Familie ihres Onkels mütterlicherseits als „arischer Haushalt“ die Jüdinnen nicht aufnehmen kann. Es ist der Beginn einer zerrütteten Kindheit, geprägt von Angst, Demütigung und Lebensgefahr. Über allem schwebt die große Sehnsucht nach einer Familie und nach Sicherheit.

Der christliche Name rettet die Kinder

Nachdem das Kinderheim geschlossen wird, nehmen Pflegeeltern die Zwillinge auf. Nach deren Verhaftung gelingt es dem nicht-jüdischen Onkel, die Schwestern zu sich zu holen. 1945 erleben Regina und Ruth ihre Befreiung in Berlin. 1948 wandern sie nach Israel aus. Weder die Überfahrt noch der Start sind einfach. Da ist zum Beispiel das bedrückende Gefühl, selbst überlebt zu haben, während so viele andere sterben mussten.

Regina Steinitz berichtet ausführlich über die Zeit in Israel: Das Zusammenwachsen der Gemeinschaft, ihre Depressionen, die Hilfe von vielen Seiten, die schwere Erinnerungsarbeit, aus der heraus auch das Buch entstanden ist.

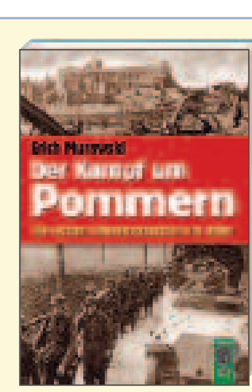
Depressionen und Erinnerungsarbeit

Erschienen ist es in der Zeitzeugenreihe der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Die bundeseigene Einrichtung betreut nicht nur das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas, sondern gibt auch eine Buchreihe mit Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden heraus („Ich wollte nach Hause, nach Ostpreußen! Das Überleben eines deutschen Sinto“).

Noch ein Wort zur Aufmachung des Buches: Das Vorwort von Klaus Wowereit kann man getrost überblättern, die Nachworte von den Kindern Reginas und den Herausgebern hingegen nicht. Auch der Bilderteil im Anhang lässt die Personen, über die Steinitz spricht, sehr viel greifbarer und deren Schicksal noch deutlicher werden.

Christiane Rinser-Schrut

Regina Steinitz mit Regina Scheer: „Zerstörte Kindheit und Jugend. Mein Leben und Überleben in Berlin“, *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin 2014, broschiert, 176 Seiten, erhältlich gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro unter info@stiftung-denkmal.de, per Post: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Georgenstraße 23, 10117 Berlin*



Erich Murawski
Der Kampf um Pommern
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Gebunden. 512 Seiten
Nr. P A0311 24,80 €

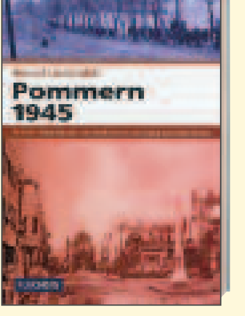
Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert-harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Absetzbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben den deutschen auch polnische und sowjetische Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk.





Hans von Ahlfen
Der Kampf um Schlesien 1944/1945
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Gebunden. 288 Seiten
Nr. P A0162 19,80 €

Der Verfasser dieser großangelegten, systematischen Darstellung über die Kriegsereignisse in ganz Schlesien, Generalmajor Hans von Ahlfen, hat dort selbst gekämpft. Durch mühevolle Forschungen, durch Befragungen vieler Persönlichkeiten – von Oberbefehlshabern der Armeen bis zu Bataillonsführern, von hohen Verwaltungsbeamten bis zu einfachen Flüchtlingen – sowie durch das Studium neu erschlossener Quellen konnte er das ergänzende authentische Material erarbeiten, das, zusammen mit seinen persönlichen Erinnerungen, diesem Dokumentarbericht zugrunde liegt. Der gesamte Ablauf des Kampfes vor, in und um Schlesien ist hier in klarer Gliederung dargestellt.



Helmut Lindenblatt
Pommern 1945
Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches
105 S/W-Abb. 404 Seiten
Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.



Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Aus dem Tagebuch eines Arztes von April 1945 bis März 1948
Hans Deichelmann arbeitete als Arzt in Königsberg, der alten Hauptstadt Ostpreußens, und erlebte die Einkesselung der Stadt durch die Truppen der Roten Armee im Frühjahr 1945. Sein Tagebuch dokumentiert authentisch und auf erschütternde Weise das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung in Königsberg. Von den 110.000 eingeschlossenen deutschen Zivilisten in Königsberg überlebten nur 27.000 das Martyrium. Ein fast vergessenes Kapitel deutscher Geschichte wird durch die Tagebuchschilderungen Dr. Deichelmanns wieder lebendig. 288 Seiten
Nr. P A0682 Kartoniert 19,80 €



Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Frauen an der Heimafront 1939–1945
Taschenbuch
320 Seiten
Nr. P A0676 10,90 €

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 sah man sie immer öfter im Straßenbild in Deutschland: die jungen Frauen in den Uniformen der Post oder der Bahn zum Beispiel, kriegsdienstverpflichtet und in Funktionen, die zuvor überwiegend Männer innehatten. Während diese an der militärischen Front kämpften, standen die Frauen im Deutschen Reich selbst an der so genannten Heimatfront. Im vorliegenden Buch schildern 28 Zeitzeuginnen der Jahrgänge 1913 bis 1929 und vier männliche Zeitzeugen die weitgehend unbekannte und vergessene Seite des Kriegsalltages in der Heimat. Sie erzählen von schweren Zeiten, die alle persönlichen Lebenspläne vereitelten und entscheidend in das Leben einschnitten.

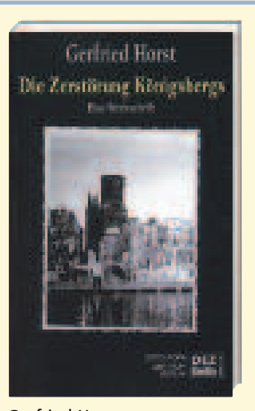


General Hans von Ahlfen/General Hermann Niehoff
So kämpfte Breslau
Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt
Die Festung Breslau kämpfte noch, als Hitler schon tot und Berlin gefallen war. Erst am 6. Mai 1945 kapitulierte der Festungskommandant General Niehoff. Monate eines besonders harten und leidvollen Abwehrkampfes hatten bis dahin Soldaten und Zivilisten der von der Roten Armee eingeschlossenen Stadt erdulden müssen. Wie war dieser lange Kampf möglich? Und welchen militärischen Sinn hatte er? In diesem erschütternden Dokumentarbericht geben diejenigen Männer auf diese Fragen umfassend Antwort, die über die Verteidigung Breslaus militärisch zu entscheiden hatten: Generalmajor Hans von Ahlfen (1. Februar bis zum 8. März 1945) und General Hermann Niehoff (9. März 1945 bis zur Kapitulation am 6. Mai 1945), die beiden letzten Festungskommandanten. Durch mühevolle Nachforschungen und zahlreiche Befragungen damaliger Mitkämpfer und ziviler Mitarbeiter konnten die Generäle eine authentische Darstellung vom Kampf und Ende der Festung Breslau rekonstruieren. 172 Seiten
Nr. P A0218 Gebunden mit Schutzumschlag 16,80 €

Kurt Dieckert/Horst Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Der umfassende Dokumentarbericht über das Kriegsgeschehen in Ostpreußen
Gebunden. 264 Seiten
Nr. P A0161 19,80 €

Nur noch wenige Exemplare

Diesem großen und umfassenden Dokumentarbericht über das Kriegsgeschehen der Jahre 1944 und 1945 in ganz Ostpreußen liegt eine einzigartige Materialsammlung zugrunde, die Major Kurt Dieckert in jahrelanger Kleinarbeit und mit größter Genauigkeit zusammengetragen hat. General der Infanterie Horst Großmann vervollständigte diese Dokumentation nach dem Tode Major Dieckerts. Sie ermöglichte es den Verfassern – nach ergänzenden Befragungen hoher Offiziere, einfacher Landser und Zivilisten – den Ablauf des Kampfes systematisch und lückenlos zu rekonstruieren und klar gegliedert zu schildern. Dabei stellt dieses Buch nicht nur die Frontentwicklung bis zum erschütternden Ende im Samland dar, sondern auch die Ereignisse im Hinterland.

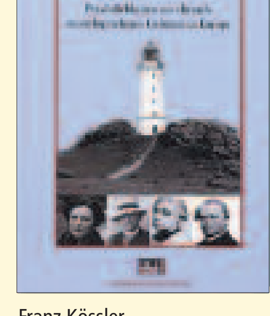


Gerfried Horst
Die Zerstörung Königsbergs
Eine Streitschrift
Kartoniert. 394 Seiten
Nr. P A0779 14,90 €

Gerfried Horst stellt in seiner Arbeit, die er als einen philosophischen Versuch versteht, den geschichtlichen Hintergrund der britischen Bombenkriegsstrategie im Zweiten Weltkrieg dar. Der Autor schildert anhand zahlreicher Zeitzeugenberichte die Zerstörung Königsbergs, der Stadt Immanuel Kants. Seine Darstellung enthält einige weitgehend unbekannte Tatsachen, z.B. dass der deutsche Luftschutz schon zu Zeiten der Weimarer Republik begann und die ersten großen deutschen Luftschutzübungen in den Jahren 1930 und 1932 in Königsberg stattfanden. Die britische Politik der unterschiedslosen Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung leitet der Verfasser aus dem schon von Kant kritisierten Kolonialkriegen her, mit denen das Britische Weltreich errichtet wurde.

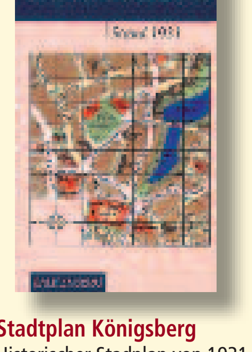


Johannes Voelker
Die letzten Tage von Kolberg
Kampf und Untergang einer deutschen Stadt im März 1945
Als am 4. März 1945 die sowjetischen Truppen vor den Toren Kolbergs standen, begann ein an Härte kaum zu übertreffender Verzweiflungskampf der nur rund 3.300 Soldaten unter Führung des Festungskommandanten Oberst Fritz Fullriede gegen eine vielfache Übermacht der russischen und polnischen Verbände. Kolberg – diese seit 700 Jahren deutsche Hafenstadt in Hinterpommern – war im März 1945 von Flüchtlingen aus West- und Ostpreußen überfüllt. Nur eine zähe und aufopferungsvolle militärische Verteidigung von Stadt und Hafen bot den Bewohnern, Flüchtlingen, Verwundeten und Soldaten die Aussicht, über See zu entkommen und dem Schicksal von Gefangenschaft, Deportation und der Willkür unbarmherziger Sieger zu entgehen. Während der vierzehntägigen Belagerung gelang die Rettung von 70.000 Zivilisten. 208 Seiten
Nr. P A0389 Gebunden 16,80 €



Franz Kössler
Lebensbilder
Persönlichkeiten aus ehemals deutschsprachigen Gebieten in Europa
Gebunden. 735 Seiten
Nr. P A0780 44,90 €

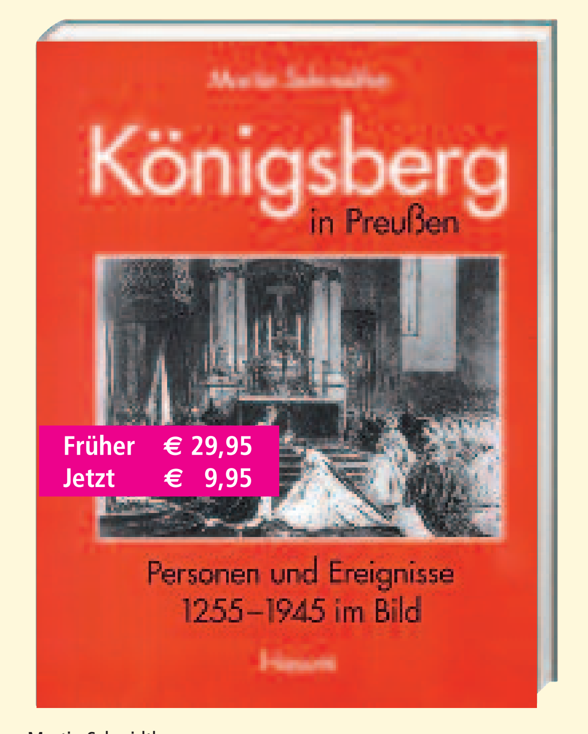
Wohlstand und kulturelle Vielfalt unserer Zeit basieren auf Leistungen von Persönlichkeiten, die aus zahlreichen Gebieten stammen, die heute nicht mehr zum deutschen Sprachraum gehören. Während sich Historiker und Politiker überwiegend mit den räumlichen und zeitlichen Veränderungen beschäftigen, geraten die Verdienste herausragender Personen aus diesen Regionen in den Hintergrund. Das Buch stellt aus der Fülle nennenswerter Personen eine subjektive Auswahl von rund 650 Namen mit kurzen Biografien vor. Damit individuelle Entwicklung und Leistungen räumlich und zeitlich besser einzuordnen sind, werden den Persönlichkeiten der einzelnen Regionen jeweils kurze Beschreibungen vorangestellt.



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €



Stadtplan Königsberg/Kaliningrad
Russ.–Dt./Dt.–Russisch; 1: 15.000
Nr. P 533099 9,95 €



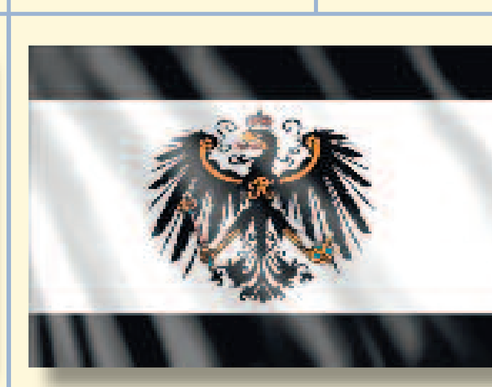
Martin Schmidtke
Königsberg in Preußen
Personen und Ereignisse 1255–1945 im Bild
Die Stadt Königsberg in Preußen blickt auf eine über siebenhundertjährige wechselvolle Geschichte zurück. Ins „wahre", 1945 untergegangene Königsberg führen heute nur noch vereinzelte Spuren, denn auf ihren Trümmern entstand eine andere Stadt. Martin Schmidtke folgt den Spuren und geht weit in die Geschichte zurück. Er hält das Königsberg unserer Erinnerungen im Bild fest, gedenkt Ereignissen, die in Königsberg stattfanden, und stellt Persönlichkeiten vor, die in den Mauern der Stadt lebten und die das Leben der Menschen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus prägten. Ein Personenverzeichnis sowie ein Sach- und Ereignisregister komplettieren den Band. Großbildbandformat 24 x 30 cm. 360 Seiten
Nr. A0690 Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Fahne Westpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9954 Fahne 12,50 €

Jetzt mit 300 Gramm Marzipan



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

KZ-Gedenken: Kaum Zuschauer

Berlin – Die TV-Sendungen zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz haben ein bemerkenswert geringes Zuschauerinteresse gefunden. Die Live-Übertragung der Bundestagsfeierstunde sahen nur 5,7 Prozent, von den zahlreichen anderen Sendungen erreichte keine mehr als acht Prozent der Zuschauer, meldet die Agentur epd. Ausnahme: Günther Jauchs Talk zu dem Thema band 20 Prozent, was für die beliebteste Talk-Sendung des Fernsehens indes ebenfalls mager ist. *H.H.*

Negativ-Zins für Hauskredite

Kopenhagen – Erstmals in der Geschichte gewährt eine dänische Bank Hypothekenkredite für einem negativen Zinssatz. Die Kreditnehmer der „Nordea Kredit“ bekommen also noch Geld dazu, wenn sie sich welches leihen. Allerdings müssen Gebühren entrichtet werden. Ökonomen warnen, dass die historischen Tiefstände bei den Zinsen zu Fehlinvestitionen und unsolidem Haushalten verleiten können. *H.H.*

ZUR PERSON

Italiens neuer »Mann in Grau«

Auf Sizilien soll es zwei grundverschiedene Arten von Politikern geben: entweder korrupt und mit der Mafia verstrickt oder unbestechlich und aufrecht bis in die Nasenspitze. Letzteren Ruf hat sich der neue italienische Staatspräsident erworben, vor allem auch, weil **Sergio Mattarella** als einer der wenigen Politiker einen Schmiergeldskandal völlig schadlos überstanden hat, der 1994 zur Auflösung seiner Partei Democrazia Cristiana geführt hat.

Anders als in Griechenland verlief wenigstens im potenziellen Euro-Krisenland Italien eine Politikerwahl nach dem Geschmack der EU-Bosse. Der 73-jährige Mattarella, der nach dem altersbedingten Rücktritt von Giorgio Napolitano das höchste Staatsamt bekleidet, gilt als integer, verbindlich und bescheiden. Aber politisch auch als farblos, weshalb der öffentlichkeitsscheue Vater dreier Kinder in Italien auch wenig respektvoll als „Mann in Grau“ bezeichnet wird. Damit gibt er einen matten Kontrast zum schillernden Ministerpräsidenten Matteo Renzi.



Anders als sein Vater und sein älterer Bruder, die beide hohe politische Ämter ausübten, wollte der in Palermo geborene Mattarella nicht in die Politik gehen. Er lehrte Rechtswissenschaften, als die Mafia einen Mordanschlag auf seinen Bruder verübte. Der Sizilianer war dabei, als es passierte, zog den Bruder noch aus dem Auto, eher er in seinen Armen starb. Um dessen politisches Vermächtnis fortzusetzen, ging Mattarella in die Politik, legte sich als Bildungsminister mit Medienmogul Silvio Berlusconi an, schaffte als Verteidigungsminister die Wehrpflicht ab, gründete 2007 die Mitte-links-Partei Partito Democratico (PD), die derzeit Italiens stärkste Kraft ist, und wurde 2011 Verfassungsrichter, ehe er jetzt zum Präsidenten gekrönt wurde. *H. Tews*



Verbündete

Betrügen ohne Lügen

Was den Euro-Gruppenchef schockiert hat, wie sich die Deutschen an jede Zumutung gewöhnen, und wie die Sprache kopfsteht / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die gemeinsame Pressekonferenz von Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem und dem neuen griechischen Finanzminister Giannis Varoufakis ist anders gelaufen, als es der wichtige Mann aus Brüssel von solchen Anlässen gewohnt ist. Normalerweise rollt man zu solchen Auftritten seine Meinungsverschiedenheiten in dicke Wolle aus wolkigen Floskeln, damit sie nicht so feist hervorstechen. Statt den Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, beschwört man die „gemeinsame Verantwortung“ und andere nette Sachen.

Diesmal war alles anders, es ging um das Reizthema „Troika“. Das sind die Herren von der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission, die immer mal wieder in Athen vorbeischauen, um nach den „Fortschritten beim Reformprozess“ zu suchen, wobei sie in der Regel wenig bis gar nichts finden können.

Varoufakis tat mit schneidender Stimme kund, dass er diese Typen rausschmeißen werde, wenn sie sich bei den Griechen noch mal blicken ließen. Das schlug ein: Wir sahen einen schockierten Dijsselbloom, der in die Runde der Journalisten blickte, als habe ihm der Grieche gerade einen Eimer Gülle über den Kopf geschüttet. Vor Wut bebend fingerte der konsternierte Holländer zittrig nach seinem Kopfhörer, warf dem Nachbarn einen kurzen, giftigen Blick zu. Hat der das jetzt wirklich gesagt? Veräppelt mich der Übersetzer? Oder träume ich das alles bloß?

Es war sehr taktlos von einer deutschen Nachrichtensendung, diesen ungewollten Slapstick-Auftritt in voller Breite zu zeigen. Das wurde den Programm-Machern denn auch schnell klar: In den weiteren Sendungen des Abends war nur noch Varoufakis im Bild, als er redete, sein entsetzter Tischnachbar blieb währenddessen unsichtbar.

Als sich die Lachmuskeln wieder entspannt hatten, fragte man sich: Wieso war der Dijsselbloem nur so überrascht? Die hatten sich doch vorher unterhalten, da hätte er doch ahnen können, was jetzt kommt. Ja sicher, doch hatte der Euro-Funktionär augenscheinlich darauf vertraut, dass sich der Grieche an die Gepflogenheiten hält – also die mit Wolle und Floskeln und so. Schließlich gibt es den Eurokraten-Ehrenkodex, der da lautet: Man darf den Völkern doch nicht so einfach die Wahrheit sagen. Oder wie es Dijsselbloems Vorgänger Jean-Claude Juncker so atemberaubend schlicht formulierte: „Wenn es ernst wird, muss man lügen!“

Wir sind trotz dieser Panne zuversichtlich, dass die neue griechische Regierung das mit dem Lügen noch lernt. Erste Anzeichen bestärken uns in unserem Optimismus. Etwa, wenn wir hören, dass Athen statt eines Schuldenerlasses auch damit zufrieden wäre, wenn die Kredite auf unbegrenzte Laufzeit umgestellt würden. Ist beides das Gleiche, die zweite Lösung klingt aber viel besser, mehr noch: Sie ist geradezu ein „Juncker der Extraklasse“ – man betrügt uns, ohne uns belügen zu müssen.

> Heute kann man den Deutschen am hellen Tag das Fell über die Ohren ziehen, ohne dass sie sich wehren

Eigentlich muss man auch gar nicht mehr flunkern. Juncker gab sein Lügen-Bekenntnis zu einer Zeit ab, als die Deutschen noch hellwach auf alles starrten, was vor ihren Augen und auf ihre Kosten verbockt wurde. Als der Mega-Rechtsverstoß gegen den Maastricht-Vertrag noch für helle Empörung sorgte. Da war höchste Verschleierungskunst gefragt, um keinen Aufstand zu riskieren. Da musste eben gelogen werden, bis das Blaue von der EU-Fahne blätterte.

Schnee von gestern: Heute kann man den Deutschen am hellen Tage das Fell über die Ohren ziehen. Sie maulen vielleicht, beruhigen sich aber schnell wieder. Sehen wir doch: Pegida und Co. zerfasern vor unseren Augen. Das wäre überstanden, uff!

Statt ihrer gehört die Straße wieder Schülern, Mitarbeitern des öffentlichen Sektors und Angehörigen staatstragender und/oder subventionierter Vereine, Verbände und Körperschaften, die gemeinsam mit ihren gewaltverliebten Freunden von der Antifa überall Zeichen für mehr Toleranz und gegen Rassismus setzen.

In Dresden haben sie sogar den Opernball zum „Zeichen“ umfunktioniert. Vorneweg trällerte Schlagerstar Roland Kaiser die Massen auf Linie. Im Interview schwärmte SPD-Mitglied Kaiser von der „Zivilcourage“, welche die Menschen bewiesen hätten durch ihre Teilnahme an der Kundgebung mit Musik.

Zivilcourage. Die beweist man also, indem man auf eine Veranstaltung geht, die von durchweg allen Personen und Instanzen über den grünen Klee gelobt wird, die im Lande auch nur irgendetwas zu sagen haben.

Das Gegenteil von Zivilcourage zeigt demnach derjenige, der den Mächtigen öffentlich die Gefolgschaft verweigert, sich dafür beschimpfen und verleumden lässt, gar seinen Job riskiert (und nicht mehr selten verliert) und dennoch standhaft bleibt. Nein, nicht standhaft, in diesem Falle müsste es natürlich heißen: uneinsichtig, oder besser: unbelehrbar!

Wenn das totgerittene Wort Zivilcourage einen Geist besessen hat, müsste der jetzt im Hause Kaiser mit den Ketten rasseln und wimmern: Roland, was hast du mir angetan!

Aber, liebe Zivilcourage, gräme dich nicht zu sehr, deiner Schwester „Toleranz“ geht es keinen Deut besser. Die demonstriert man heute, indem man anders Meinende mit einem Maximum an Verachtung und Diffamierung überzieht. In Dresden haben die Toleranten nach den Pegida-Demos den Platz gefegt, um symbolisch den „Dreck“ wegzumachen, der sich da vorher versammelt habe. Die stolzen Straßenreiniger wollten damit – kein Scherz! – ein Signal für Toleranz und Weltoffenheit setzen.

In Wien hat ein führender Grünen-Politiker gefordert, dass es der FPÖ verboten werden solle, ihren alljährlichen Akademikerball in der Hofburg abzuhalten. Nicht weil die Freunde der drittstärksten Partei Österreichs schlechte Tänzer wären oder das Mobiliar demolieren. Nein, weil die FPÖler politisch anders denken als die Grünen, die mit ihrer Verbotsforderung natürlich auch ein „Zeichen für mehr Toleranz“ setzen möchten.

Es führt kein Weg mehr drum herum: Wir müssen unsere Sprache in weiten Teilen völlig neu lernen. Sie steht gewissermaßen Kopf: Seien Sie also nicht gleich betrübt, wenn Ihnen jemand von einem Todesfall in seiner Sippe berichtet. Gut möglich, dass er Ihnen in Wahrheit mitteilen wollte, dass man sich bei den Seinen über die Geburt von Familiennachwuchs freut. Die Grundregel für Neudeutsch lautet: Man sagt das Eine und meint das Gegenteil. Eigentlich gar nicht so schwierig. Muss man nur wissen.

Hat man das aber erst mal verarbeitet, wird vieles verständlich, was wir uns bislang nicht erklären konnten. Da dröhnen seit Jahren schon antideutsche Hetztiraden aus Griechenland herüber, ja selbst die einst so deutschfreundlichen Spanier treten uns neuerdings vors Schienbein. Was also meint Angela Merkel bloß damit, wenn sie unablässig behauptet, der „Euro hat die Menschen in Europa zusammengeführt“?

Genau das: den Hass, die Hetze und die Tritte. Eben das Gegenteil des Gesagten. Und was empfiehlt Ihnen die Kanzlerin, wenn sie Ihnen zuruft, dass Deutschland eine „gute Zukunft“ vor sich habe? Na klar: Dass Sie sich oder Ihrem Nachwuchs ein Exemplar des kanadischen Einwanderungsgesetzes besorgen sollten. Schließlich versprechen die Verantwortlichen in Berlin und Brüssel, dass die europäische Integration noch weiter vertieft werden solle, was auf Neudeutsch nur heißen kann: Es fliegt alles auseinander!

Apropos: US-Präsident Barack Obama hat beteuert, dass die USA alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um den Konflikt in der Ukraine zu entschärfen und den Frieden in Europa zu sichern. Wenn wir ihn „richtig“ verstanden haben, wäre das wohl der Moment, die vergilbten Pläne für den Luftschutzbunker vom Dachboden zu holen, die dort seit 1989 vor sich hin rotten.

MEINUNGEN

***Gerd Held** erklärt im Netzportal „Achse des Guten“ (1. Februar) warum das **Aufatmen** der Mächtigen über das Abflauen der **Pegida**-Bewegung **verfrüht** sei:*

„Den Pegida-Demonstrationen ist vielleicht die Spitze abgebrochen, aber den Menschen ist nichts abgebrochen. Ihr Anliegen verweist auf fundamentale Schwächen der gegenwärtigen Bundesrepublik. Es ist nicht zu erwarten, dass die Entwicklung der nächsten Zeit diese Opposition widerlegen wird. Nicht sie ist am Ende, aber in der heiligen Allianz (der Etablierten) auf der Gegenseite wird es ungemütlicher werden.“

***Ramin Peymani**, Autor des Buches „Endstation Klodeckel“, das mit einem Vorwort des bekannten Euro-Kritikers Frank Schäffler (FDP) erschien, geißelt in der „Huffington Post“ (31. Januar) die subtile **Diktatur der „Politischen Korrektheit“**:*

„Staatliche Ächtung und Ausgrenzung Andersdenkender gibt es heute ebenso wie damals. Sie funktioniert inzwischen zwar viel subtiler als vor 70 Jahren, ist aber vielleicht gerade deswegen weit wirkungsvoller ... Abweichende Meinungen werden ... mit kollektiver politischer Anstrengung kleingeredet, lächerlich gemacht oder als populistisch verunglimpft. Die sogenannte politische Elite, eine Schar von wenigen tausend Menschen, hat sich der Demokratie bemächtigt. Sie arbeitet an der Erschaffung des Einheitsmenschen, der sich viel leichter lenken lässt als die in Sonntagsreden beschworene pluralistische Gesellschaft.“

***Alexander Marguier** kritisiert im „Cicero“ (29. Januar) den Auftritt von Bundespräsident a. D. **Christian Wulff** als Vertreter Deutschlands bei der Trauerfeier für den verstorbenen **saudischen König**:*

„Anstatt sich dem rückständigen Mittelalter-Islam saudischer Prägung anheischig zu machen, hätte er ja auch ein Zeichen setzen können, welcher Islam seiner Ansicht nach zu Deutschland gehört. Und welcher eben nicht. Diese Chance hat er ohne Not vertan. Gut, dass Christian Wulff nicht mehr Bundespräsident ist. Er war diesem Amt offenbar wirklich nicht gewachsen.“

***Andreas Tögel** hat sich angesichts der ersten Pegida-Kundgebung in Wien Gedanken darüber gemacht, warum sich das **bürgerliche Lager** so schwer tut mit dem **Demonstrieren**. Im Internet-Portal der Zeitschrift „Eigentümlich frei“ (3. Februar) findet er eine plausible Erklärung:*

„Die bürgerliche Seite ist bei der Organisation von Straßenkundgebungen klar unterlegen. Konservative und Liberale neigen – anders als die von braun bis grün chargierenden Sozialisten – grundsätzlich nicht zur Kollektivbildung. Die Bourgeoisie folgt – anders als der linke Pöbel – nicht gerne einem fahnenschwenkenden Führer. Und schließlich: Wer mehr zu verlieren hat als einen Gewerkschaftsausweis und am nächsten Tag wieder zur Arbeit muss, ist eben weniger leicht für Demonstrationen zu mobilisieren als Langzeitstudenten, Dauerarbeitslose und Gemeindebürokraten.“